

Erfolgsorientierte Agrarprämie

Ein mögliches Konzept für die Gemeinsame Agrarpolitik
nach 2027?

--- Abschlussbericht ---

AZ 38918/01-322

13.10.2023 – 13.12.2024

Dr. Marlene Noack

Florian Tietjens

Prof. Dr. Uwe Latacz-Lohmann

Kiel, Dezember 2024

Bitte zitieren als: Noack, M. E., Tietjens, F. und Latacz-Lohmann, U.: Erfolgsorientierte Agrarprämie – Ein mögliches Konzept für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027? Abschlussbericht für die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. 88 Seiten. Dezember 2024.

Inhalt

ABBILDUNGSVERZEICHNIS	III
TABELLENVERZEICHNIS	V
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	VI
ZUSAMMENFASSUNG	1
1. EINLEITUNG	2
1.1 ZIELSETZUNG	4
1.2 AUFBAU	5
2. WIE FUNKTIONIERT DIE EOAP – EIN KURZER RÜCKBLICK	7
3. DATENERHEBUNG, WEBANWENDUNG UND WISSENSTRANSFER.....	10
3.1 DATENERHEBUNG UND WEBANWENDUNG.....	10
3.2 WISSENSTRANSFER	13
4. WORKSHOPS MIT LANDWIRTEN IN 16 BUNDESLÄNDERN – WER HAT TEILGENOMMEN?.....	16
5. WIE KOMMT DIE EOAP IN DER PRAXIS AN? ERGEBNISSE AUS DEN WORKSHOPS.....	22
6. WERDEN DIE GREEN DEAL-ZIELE ERREICHT? UND WENN JA, WIE?	30
6.1 ANZAHL DER ERREICHTEN ZIELE SOWIE ZIELVORGABEN UND ERREICHTE FLÄCHEN BEI 100 %.....	30
ZIELVORGABE	30
6.1.1 <i>Reduktion der N-Düngung um 20 % (GD 1)</i>	30
6.1.2 <i>Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 % (GD 2)</i>	33
6.1.3 <i>Reduktion der N-Verluste um 50 % (GD 3)</i>	36
6.1.4 <i>Aufstockung der nicht-produktiven Flächen (NPF) auf 10 % (GD 4)</i>	39
6.1.5 <i>Biodiversitätsstrategie (GD 5)</i>	41
6.1.6 <i>Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen</i>	44
6.2 ANZAHL DER ERREICHTEN ZIELE, SOWIE ZIELVORGABEN UND ERREICHTE FLÄCHEN BEI VERRINGERTEN ZIELVORGABEN VON 50 % BIS 90 %.....	46
6.2.1 <i>Reduktion der N-Düngung um 20 % (GD 1)</i>	46
6.2.2 <i>Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 % (GD 2)</i>	47
6.2.3 <i>Reduktion der N-Verluste um 50 % (GD 3)</i>	49
6.2.4 <i>Aufstockung der nicht-produktiven Fläche (NPF) auf 10 % (GD 4)</i>	50
6.2.5 <i>Biodiversitätsstrategie</i>	52
6.2.6 <i>Zusammenfassung und Empfehlungen</i>	53
6.3 WELCHE MAßNAHMEN WÄHLEN DIE LANDWIRTE BEVORZUGT, UM DIE ZIELE ZU ERREICHEN?.....	54
6.3.1 <i>Gewählte Maßnahmen auf Grünland</i>	55
6.3.2 <i>Gewählte Maßnahmen auf Ackerland</i>	56
6.3.3 <i>Gewählte Maßnahmen auf der nicht-produktiven Fläche</i>	57

6.3.4	<i>Gewählte übergreifende Maßnahmen</i>	58
6.4	REICHT DAS GELD? IMPLIKATIONEN FÜR DEN AGRARHAUSHALT	59
7.	WIE SCHNEIDEN ÖKOBETRIEBE IN DER „ERFOLGSORIENTIERTEN AGRARPRÄMIE“ AB?	62
8.	WAS HABEN WIR GELERNT? FEINABSTIMMUNG DER EOAP	66
8.1	ERKENNTNISSE AUS DEN WORKSHOPS DER EOAP	66
8.1.1	<i>Zielerreichung</i>	67
8.1.2	<i>Anpassung des Maßnahmenkataloges</i>	70
8.1.3	<i>Regionalisierung der EOAP</i>	72
8.1.4	<i>Bezahlung und Einkommenswirksamkeit</i>	75
8.2	EMPFEHLUNGEN FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DER EOAP	76
8.3	ZUSAMMENFASSUNG	78
9.	ANHANG	80
	LITERATURVERZEICHNIS	93

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Regionale Verteilung der Workshopteilnehmer	17
Abbildung 2: Vorhandene Betriebszweige in % der Betriebe	20
Abbildung 3: Bewirtschaftete Fläche der Betriebe nach Regionen betrachtet	21
Abbildung 4: Anteil der Betriebe, die GD 1 „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ erreicht haben	30
Abbildung 5: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 1 „Reduktion der N-Düngung um 20 %“	31
Abbildung 6: Anteil der Betriebe, die GD 1 „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ erreicht haben im regionalen Vergleich	32
Abbildung 7: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 1 „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ im regionalen Vergleich	33
Abbildung 8: Anteil der Betriebe, die GD 2 „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ erreicht haben	34
Abbildung 9: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD2 „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“	34
Abbildung 10: Anteil der Betriebe, die GD 2 „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ erreicht haben im regionalen Vergleich	35
Abbildung 11: Abbildung: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 2 „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ im regionalen Vergleich	36
Abbildung 12: Anteil der Betriebe, die GD 3 „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ erreicht haben	36
Abbildung 13: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 3 „Reduktion der N-Verluste um 50 %“	37
Abbildung 14: Anteil der Betriebe, die GD 3 „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ erreicht haben im regionalen Vergleich	38
Abbildung 15: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 3 „Reduktion der N-Verluste um 50 %“, im regionalen Vergleich	38
Abbildung 16: Anteil der Betriebe, die GD 4 „Aufstockung der NPF auf 10 %“ erreicht haben	39
Abbildung 17: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 4 „Aufstockung der NPF auf 10 %“	40
Abbildung 18: Anteil der Betriebe, die GD 4 „Aufstockung der NPF auf 10 %“ erreicht haben im regionalen Vergleich	40
Abbildung 19: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 4 „Aufstockung der NPF auf 10 %“, im regionalen Vergleich	41
Abbildung 20: Anteil der Betriebe, die GD4 „Biodiversitätsstrategie“ erreicht haben	42
Abbildung 21: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 4 „Biodiversitätsstrategie“	42
Abbildung 22: Anteil der Betriebe, die GD 5 „Biodiversitätsstrategie“ erreicht haben, im regionalen Vergleich	43
Abbildung 23: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 5 „Biodiversitätsstrategie“ im regionalen Vergleich	44

Abbildung 24: Anzahl der Betriebe die eins bis fünf Ziele erreichen konnten, bzw. ohne Ziel beendet haben.....	44
Abbildung 25: Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (GD 1).....	46
Abbildung 26: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (GD 1).....	47
Abbildung 27: Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ (GD 2).....	48
Abbildung 28: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ (GD 2).....	49
Abbildung 29: Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ (GD 3).....	49
Abbildung 30: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ (GD 3).....	50
Abbildung 31: Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Aufstockung der NPF auf 10 % (GD 4).....	51
Abbildung 32: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Aufstockung der NPF auf 10 %“ (GD 4).....	51
Abbildung 33: Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Biodiversitätsstrategie“ (GD 5).....	52
Abbildung 34: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Biodiversitätsstrategie“ (GD 5).....	53
Abbildung 35: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) im Vergleich für alle Green Deal-Ziele.....	54
Abbildung 36: Von den Teilnehmern gewählte Maßnahmen auf Grünland.....	56
Abbildung 37: Von den Teilnehmern gewählte Maßnahmen auf Ackerland.....	57
Abbildung 38: Von den Teilnehmern gewählte Maßnahmen auf der nicht-produktiven Fläche (NPF).....	58
Abbildung 39: Von den Teilnehmern gewählte übergreifende Maßnahmen.....	59
Abbildung 40: Anzahl der erreichten Ziele der betrachteten Ökobetriebe.....	62
Abbildung 41: Anteil der erreichten Betriebe mit Zielerreichung – Ökobetriebe.....	63
Abbildung 42: Zielvorgaben und erreichte Flächen der teilnehmenden Ökobetriebe.....	64

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht der Workshops in den einzelnen Landesbauernverbänden	10
Tabelle 2: Wissenstransfer zur EOAP im Rahmen der DBU-Projektlaufzeit.....	13
Tabelle 3: Soziodemografische Merkmale der Workshopteilnehmer	16
Tabelle 4: Betriebsspezifische Charakteristika der Workshopteilnehmer	18
Tabelle 5: Vorhandene Betriebszweige	19
Tabelle 6: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Innovationsbereitschaft"	23
Tabelle 7: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Allgemeines politisches Interesse"	24
Tabelle 8: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Umwelt- und Naturschutz"	24
Tabelle 9: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Aktuelle Agrarpolitik"	26
Tabelle 10: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Einstellung gegenüber der erfolgsorientierten Agrarprämie"	27
Tabelle 11: Betrachtete Regionen aufgeschlüsselt in Bundesländer.....	32
Tabelle 12: Abgerufene Prämien je Ziel der erfolgsorientierten Agrarprämie (N=140)	60
Tabelle 13: Prämienvergleich zwischen Ökobetrieben und Gesamtstichprobe	64

Abkürzungsverzeichnis

AUKM	=	Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen
CC	=	Cross Compliance
ES	=	Eco-Schemes (engl. Öko-Regelungen)
DVL	=	Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V.
EOAP	=	Erfolgsorientierte Agrarprämie
EK	=	Europäische Kommission
EU	=	Europäische Union
FFH	=	Flora-Fauna-Habitat
GAB	=	Grundanforderungen an die Betriebsführung
GAP	=	Gemeinsame Agrarpolitik
GD	=	Green Deal
GLÖZ	=	Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand von Flächen
ha	=	Hektar
N	=	Stickstoff
o.ä.	=	oder ähnliches
ÖR	=	Öko-Regelungen
PSM	=	Pflanzenschutzmittel
WSD	=	Wirtschaftsdünger
x~	=	Median
z.B.	=	zum Beispiel

Zusammenfassung

Die *Erfolgsorientierte Agrarprämie* (EOAP) wurde als alternatives Modell zur Förderung der Green Deal-Ziele im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erdacht und in einer Reihe von Workshops mit Praktikern und Funktionären aus der Landwirtschaft getestet. Die Ergebnisse zeigen, dass die EOAP das Potenzial hat, als effektives Instrument in der Agrarförderung eingesetzt zu werden.

Die Erreichung der beiden Green Deal-Ziele „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ und die „Biodiversitätsstrategie“, stellt für einen Großteil der Landwirte keinerlei Probleme dar. Allerdings bestehen bei der „Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes um 50 %“ und der „Aufstockung der nicht-produktiven Fläche auf 10 %“ deutliche Defizite. Weiterhin lassen sich Unterschiede in der Umsetzung des Maßnahmenangebots feststellen: Während Maßnahmen wie der Pflugverzicht und artenreiches Grünland hohe Akzeptanz finden, bleiben andere, weniger bekannte oder komplexere Maßnahmen (z.B. Schlaginterne Segregation I und II), hinter den Erwartungen zurück. Die regionale Analyse zeigt, dass strukturelle und geografische Unterschiede die Zielerreichung erheblich beeinflussen. Regionen wie der Süden profitieren von bestehenden Vorteilen und Erfahrungen mit der dort starken 2. Säule, während intensive landwirtschaftliche Regionen wie der Nord-Osten auf größere Herausforderungen stoßen.

Aus den Ergebnissen lässt sich ableiten, dass einige Maßnahmen und Ziele gut in die bestehenden Produktionsprogramme zu integrieren sind, es jedoch weiterer Nachbesserungen für eine ganzheitliche Zielerreichung bedarf. So könnte beispielsweise eine stärkere regionale Differenzierung und finanzielle Anpassung der Maßnahmen in Kombination mit gezielten Beratungsangeboten die Effektivität erhöhen. Zudem ist eine Überarbeitung des Maßnahmenkatalogs und eine Vereinfachung der Bezahlung erbrachter Leistungen vonnöten, um nicht erreichte Ziele besser anzusteuern und die Transparenz zu steigern. Die EOAP bietet ein großes Potenzial, die GAP effizienter, ökologischer und gerechter zu gestalten. Mit einer Reduktion der bürokratischen Komplexität, durch eine Abschmelzung der Politikinstrumente, gezielten Anreizen und einem kontinuierlichen Monitoring könnte die Akzeptanz der Landwirte erhöht und die Ziele des europäischen Green Deals in Deutschland langfristig erreicht werden. Zukünftige Entwicklungen sollten sich auf eine verbesserte Umsetzbarkeit und die Integration praktischer Erkenntnisse konzentrieren, um eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft zu gewährleisten.

1. Einleitung

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) hat seit ihrer Gründung einen Dauerreformprozess durchlaufen. Sie wurde im Kontext der Römischen Verträge 1957 ins Leben gerufen, um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sichern, die Produktivität der Landwirtschaft zu fördern und die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung zu verbessern (Große Hüttmann und Wehling 2013; Schubert und Klein 2021). Im Laufe der Jahrzehnte erlebte die GAP zahlreiche Reformen, die ihre Ausrichtung immer wieder neu definierten und an gesellschaftliche Anforderungen anpassten.

In den 1960er und 1970er Jahren lag der Fokus auf der Steigerung der Produktivität. Der sogenannte „*Mansholt-Plan*“ von 1968 zielte darauf ab, durch Modernisierung der Betriebe eine autarke europäische Landwirtschaft zu schaffen und so die Nahrungsmittelversorgung langfristig zu sichern (Europäischer Rat 2023). Die Preispolitik der damaligen GAP führte jedoch zur Überproduktion, die in den 1980er Jahren in sogenannten „Milchseen“ und „Butterbergen“ gipfelte und massive Störungen auf den Weltagrarmärkten hervorrief (Europäischer Rat 2023). Selbst die Einführung einer Milchquote im Jahr 1984 führte zu keiner Besserung, weshalb der Druck auf die EG (Europäische Gemeinschaft) weiter stieg und eine GAP-Reform unumgänglich wurde (Europäisches Parlament 2015).

Mit der *MacSharry-Reform* von 1992 kam es zu einem entscheidenden Paradigmenwechsel, infolgedessen die direkte Einkommensstützung das System der Marktstützung ablöste. An die Einkommensstützung knüpfte MacSharry erstmals Vorgaben zur Reduktion der Überproduktion und damit indirekt zum Schutz der Umwelt (z.B. obligatorische Flächenstilllegungen) (Weingarten 2021). Fortgeführt wurde dieser Gedanke in der *Agenda 2000*, die auf eine noch stärkere Umweltorientierung der GAP abzielte, Einkommensverluste durch Direktzahlungen abpufferte und die Entwicklung ländlicher Räume in der neu etablierten 2. Säule förderte (Weingarten 2021; Europäischer Rat 2023; Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2014).

Mit der *Halbzeitbewertung 2003* wurden die Nachhaltigkeitsbestrebungen fortgesetzt, indem eine vollständige Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion erfolgte und stattdessen die Auszahlung an die Einhaltung von *Cross Compliance* (CC)-Auflagen (z.B. Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz) geknüpft wurde (Bayrisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bayrisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz 2022). Mit der *GAP 2013* kamen Themen wie Klimawandel, Tierwohl, Nahrungsmittelsicherheit und die Nutzung natürlicher Ressourcen hinzu, was zusätzlich zu den CC-Auflagen die Einführung der *Greening*-Vorgaben (z.B. Anbaudiversifizierung oder Bereitstellung ökologischer Vorrangflächen) bedingte (Europäischer Rat 2019b, 2019a). Die Integration dieser Maßnahmen in die GAP zeigt, dass diese zunehmend an ökologische und soziale Ziele ausgerichtet wurde, was sich auch in der aktuellen GAP-Reform ab 2023 in Form der neuen Grünen Architektur widerspiegelt. Die Konditionalität und damit die

Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB) sowie die Standards des guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustands (GLÖZ) lösten die bisherigen Umweltstandards (CC und Greening) ab, um den Umwelt- und Klimaschutz noch stärker zu integrieren (Infodienst Landwirtschaft, Ernährung, Ländlicher Raum 2023). Als weiteres neues Element präsentieren sich die Öko-Regelungen (Eco-Schemes), bei denen es sich um die Honorierung freiwillig erbrachter zusätzlicher Umweltleistungen, wie z.B. die Anlage von Brache und Blühflächen auf Acker- bzw. Grünland (ÖR 1) oder auch eine weitere Anbaudiversifizierung (ÖR 2) handelt (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2023; Michalczyk 2023).

Der beschriebene Reformprozess zeigt, dass die Agrarpolitik über die Jahrzehnte hinweg einem ständigen Wandel unterworfen war, der sich an den gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Anforderungen orientierte. War die GAP anfangs vor allem durch Produktionssteigerung und Marktstabilisierung geprägt, hat sie sich zunehmend zu einem Instrument des Umwelt- und Klimaschutzes entwickelt. Dieser Wandel geht jedoch nicht reibungslos vonstatten, wie es die Bauernproteste von 2019 und 2024 verdeutlichen.

Viele Landwirte und Landwirtinnen empfinden die zunehmende Komplexität der GAP bzw. die Vielzahl an Auflagen als belastend und fühlen sich in ihrer unternehmerischen Freiheit eingeschränkt. Die Politik, die auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit abzielt, wird oft als wenig praxisnah und bürokratisch wahrgenommen. Dies hat zu einer tiefen Unzufriedenheit innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors geführt, die sich in zahlreichen Protesten in den letzten Jahren entladen hat. Die Forderung der Landwirte ist eindeutig: Sie wollen in die politische Gestaltung eingebunden werden und bei der Entwicklung neuer Modelle aktiv mitwirken. Dies ist besonders im Kontext der kommenden GAP-Reform nach 2027 von zentraler Bedeutung, da die neue GAP die Ziele des Green Deals aufgreifen und in einer Weise umgesetzt werden muss, die den Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Praxis gerecht wird (Michel-Berger 2023; Heinze et al. 2021).

Die Landwirtschaft steht heute vor tiefgreifenden Herausforderungen und weitreichenden politischen Veränderungen, die durch die Unzufriedenheit der Landwirte und den europäischen Green Deal mit dessen Zielsetzung, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, geprägt sind. Neben der generellen Unzufriedenheit der Landwirte mit der Agrarpolitik zwingt auch die Umsetzung der Farm-to-Fork-Strategie die deutsche Agrarpolitik zu einer Neuausrichtung. Die EU verfolgt mit dieser Strategie ambitionierte Ziele, wie die Reduktion des Düngemiteleinsatzes um 20 %, die Reduktion der Nährstoffverluste um 50 %, die Halbierung des Einsatzes chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel sowie die Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Flächen auf 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Europäische Kommission 2020). Diese Ziele stellen hohe Anforderungen an die landwirtschaftliche Praxis und werden in der aktuellen Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik

(GAP) nur unzureichend berücksichtigt. Eine Anpassung der GAP an die neuen gesellschaftlichen Anforderungen ist daher unausweichlich.

Aber worauf basiert überhaupt die zunehmende Unzufriedenheit der Landwirte mit der aktuellen GAP? Laut einer Studie von Heinze et al. (2021) zum Zeitpunkt der Bauernproteste 2019 hatten 95,9 % der befragten Landwirte und Landwirtinnen Sorgen vor der wirtschaftlichen Zukunft und nur 4,1 % machten sich „keine Sorgen“. „Sorgen“ um die generelle Zukunft der Landwirtschaft machten sich 98,2 % der Befragten. Ebenfalls großes Potenzial zur „Sorge“ boten für 97,5 % der befragten Landwirte „Neue politische Vorgaben für die Landwirtschaft“, gefolgt von „Klimawandel“ (84,9 %), „Ansehen des eigenen Berufsstandes“ (83,8 %) und „Umwelt“ (57,5 %). Die Studie zeigt, dass Landwirte und Landwirtinnen vor allem von ökonomischen Sorgen getrieben werden, durch die sie ihre Existenzen gefährdet sehen. Zudem werden die aktuellen Fördermechanismen von vielen Landwirten als zu komplex und unflexibel empfunden. Der Frust und die Desillusionierung haben sich bis zu den erneuten Protesten 2024 nicht gelegt, sondern sind eher angewachsen. Den Landwirten geht es heute allerdings nicht allein um die direkte ökonomische Sicherheit ihrer Betriebe, es geht ebenso um Planungssicherheit. Eine grundlegende Neuausrichtung der GAP ist somit erforderlich, um die politischen Zielsetzungen zu erreichen und gleichzeitig eine praktikable Lösung für die Betriebe zu ermöglichen. Hierbei ist es entscheidend, dass die Landwirtschaft in den Umgestaltungsprozess der GAP stärker eingebunden wird und ihre Erfahrungen und Bedürfnisse Berücksichtigung finden. Die Stimmen der Landwirte müssen in der politischen Entscheidungsfindung Gehör finden, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, die sowohl die Bedürfnisse des Agrarsektors als auch die Anforderungen der Politik in Einklang bringt.

1.1 Zielsetzung

Das vorliegende Forschungsprojekt setzt genau an dieser Stelle an und zielt darauf ab, die Diskrepanzen zwischen Politik und Landwirtschaft zu verringern. Mit der *Erfolgsorientierten Agrarprämie* (EOAP) wurde 2022 ein Konzept vorgestellt, das die Erreichung agrarpolitischer Ziele ermöglichen könnte und gleichzeitig den landwirtschaftlichen Betrieben Handlungsspielraum eröffnet, um betriebs- und standortindividuell optimale Produktionsentscheidungen zu treffen. Die *Erfolgsorientierte Agrarprämie* ist ganzheitlich gedacht und soll die aktuellen Politikinstrumente (Basisprämie, Konditionalität, Öko-Regelungen, Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen) ablösen, zu einer Vereinfachung der komplexen Grünen Architektur beitragen und dem GAP-Strategieplan gerecht werden. Da es sich jedoch bislang nur um ein Konzept handelt, bestand weiterer Forschungsbedarf, um es in einen praktikablen Reformvorschlag zu überführen. Aus diesem Grund sollte mit dem vorliegenden Projekt der folgenden zentralen Forschungsfrage nachgegangen werden:

Stellt die Erfolgsorientierte Agrarprämie aus Sicht der Landwirtschaft ein tragfähiges Konzept für die GAP-Förderperiode nach 2027 dar?

Um die zentrale Forschungsfrage zu beantworten, wurden mehrere Teilfragen untersucht. Dabei wurde eine Akzeptanzanalyse unter landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt, bei der auch die *Erfolgsorientierte Agrarprämie* angewendet wurde. Ein Teilziel war es, die Haltung der Landwirtschaft zu den Umwelt- und Klimaschutzzielen des europäischen Green Deals zu ermitteln. Außerdem wurde untersucht, ob es Unterschiede in der umweltbezogenen Wahrnehmung und Denkweise gibt, die die Teilnahme an Agrarumweltprogrammen beeinflussen könnten. Zudem wurde die Innovations- und Risikobereitschaft berücksichtigt, da die *Erfolgsorientierten Agrarprämie* eine Neuerung darstellt, mit der Betriebsleiter noch nicht vertraut sind. Zusätzlich zur Bereitschaft, am neuen Konzept der *Erfolgsorientierten Agrarprämie* teilzunehmen, sollte auch untersucht werden, wie Landwirte die aktuelle Agrarpolitik bewerten. Dies ermöglicht Rückschlüsse darauf, wie offen sie für alternative Ansätze sind. Die Anwendung der *Erfolgsorientierten Agrarprämie* auf Betriebsebene sollte das Potenzial des Konzeptes verdeutlichen, zeigen, welche Ziele erreicht werden können und prüfen, ob das Budget ausreicht, um die erbrachten Leistungen zu honorieren. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden abschließend genutzt, um notwendige Anpassungen für die *Erfolgsorientierten Agrarprämie* vorzunehmen und diese zukunftsfähig zu gestalten.

1.2 Aufbau

Der vorliegende Abschlussbericht ist in mehrere Kapitel gegliedert. Im zweiten Kapitel wird das Modell der *Erfolgsorientierten Agrarprämie* vorgestellt. Diese Erläuterung dient als Basis für die nachfolgende Ergebnisdarstellung. Im dritten Kapitel wird die für die Datenerhebung genutzte Webanwendung detailliert beschrieben, ebenso wie der Ablauf der Workshops. Im vierten Kapitel wird die Stichprobenbeschreibung der beteiligten landwirtschaftlichen Betriebe dargestellt. Es wird gezeigt, welche Betriebsraten an der Befragung und den Workshops teilgenommen haben, welche regionalen Schwerpunkte zu erkennen sind und wie die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen der teilnehmenden Landwirte und Landwirtinnen sowie deren Betriebe aussehen. Zudem werden die sozioökonomischen Merkmale der Probanden analysiert, um eine bessere Einordnung der späteren Ergebnisse zu ermöglichen. Im fünften Kapitel folgt eine Analyse der persönlichen Einstellungen der Landwirte zur aktuellen Agrarpolitik. Dabei wird gezeigt, wie die Teilnehmer das bestehende GAP-Fördersystem bewerten und welche Erwartungen sie an die künftige Agrarförderung haben. Das sechste Kapitel widmet sich den Ergebnissen der durchgeführten Webanwendung. Es wird dargestellt, welche Maßnahmen die Probanden bevorzugt gewählt haben, inwieweit sie die politischen Zielvorgaben erreichen konnten und welche Flächenanteile sie für die Umsetzung bereitgestellt haben. Zudem wird analysiert, welches Budget erforderlich wäre, um eine flächendeckende Umsetzung der

EOAP zu ermöglichen und welche Betriebstypen besonders von diesem Modell profitieren könnten. Abschließend wird im siebten Kapitel ein Ausblick zur Weiterentwicklung der *Erfolgsorientierten Agrarprämie* gegeben. Es werden mögliche Anpassungen des Modells diskutiert, um dessen Praxistauglichkeit und Akzeptanz weiter zu erhöhen.

2. Wie funktioniert die EOAP – Ein kurzer Rückblick

Die *Erfolgsorientierte Agrarprämie* (EOAP) ist ein innovatives Prämien-Modell für die GAP nach 2027, das landwirtschaftliche Betriebe dazu motivieren soll, konkrete Umwelt- und Klimaziele zu erreichen. Dabei werden sie für tatsächlich erbrachten Umwelt- und Klimaleistungen honoriert. Das Modell reagiert auf Kritik an den bisherigen Förderinstrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die vielfach als zu bürokratisch und wenig zielgerichtet empfunden wurden. Die EOAP fokussiert sich auf die Erreichung der Ziele des Green Deals anstatt auf die Umsetzung einzelner Maßnahmen, wie bisher bei z.B. den Eco-Schemes oder AUKM der Fall war. Dabei werden die im Rahmen des europäischen Green Deals formulierten Ziele für den Sektor Landwirtschaft berücksichtigt, darunter fallen im Rahmen der Farm-to-Farm Strategie die Reduktion von N-Düngern, die Reduktion von N-Verlusten, die Reduktion von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln, die Aufstockung der nicht-produktiven Fläche, die Aufstockung der Ökolandbaufläche und im Rahmen der Biodiversitätsstrategie die allgemeine Förderung der Artenvielfalt in der Kulturlandschaft.

Das Modell basiert auf der Annahme, dass die bisherige Struktur der GAP mit mehreren Förderinstrumenten – darunter die Einkommensgrundstützung (gebunden an GLÖZ und GAB), Eco-Schemes und AUKM - zu komplex ist und keine ausreichenden Anreize für eine nachhaltige Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen bietet. Daher vereinfacht die EOAP das Fördersystem, indem sie sich auf ein einziges Instrument konzentriert: die erfolgsabhängige Prämienzahlung für das Erreichen von Umweltzielen. Dies bedeutet, dass Landwirte nur dann eine Prämie erhalten, wenn sie ein oder mehrere Ziele des Green Deals tatsächlich erreichen. Eine freiwillige Teilnahme und die flexible Umsetzung betriebsindividueller Maßnahmen stehen dabei im Vordergrund.

Das Modell konzentriert sich auf die Außenwirtschaft der Betriebe, insbesondere auf den Ackerbau und die Grünlandbewirtschaftung. Zukünftig könnte es jedoch um weitere Bereiche, etwa die Tierhaltung, erweitert werden. Durch diese Flexibilität unterscheidet sich die EOAP stark von der bisherigen GAP und bietet eine innovative Möglichkeit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit in der Landwirtschaft miteinander zu verbinden und zu fördern.

Das primäre Ziel der EOAP ist es, den Beitrag der Landwirtschaft zur Klimaneutralität der EU bis 2050 sicherzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, orientiert sich das Modell an spezifischen Teilzielen, die auch in den nationalen Strategieplänen der GAP 2023 sowie den Vorgaben des Green Deals verankert sind. Die Modellziele der EOAP umfassen:

1. Reduktion der Stickstoffdüngung um 20 %
2. Reduktion der Stickstoffverluste um 50 %
3. Reduktion des Einsatzes von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln um 50 %
4. Aufstockung der nichtproduktiven Flächen auf 10 % der Ackerfläche
5. Förderung der Biodiversität

Um diese Ziele zu erreichen, können Landwirte Maßnahmen aus einem speziell entwickelten Katalog auswählen, die jeweils auf eines oder mehrere Ziele „ein zahlen“. Jede Maßnahme trägt zur Erreichung eines oder mehrerer Ziele bei, und die Flächen, die mit diesen Maßnahmen belegt werden, erhalten eine entsprechende Vergütung. Ein zentrales Element der EOAP ist das *Schwellenwertprinzip*: Eine Prämie wird nur dann ausgezahlt, wenn ein Landwirt eine betriebsindividuelle Zielvorgabe erfüllt hat. Dies soll sicherstellen, dass öffentliche Gelder ausschließlich für konkrete und messbare Umweltleistungen verwendet werden.

Der Maßnahmenkatalog der EOAP ist in drei Kategorien unterteilt: *ackerbauliche Maßnahmen*, *Grünlandmaßnahmen* und *übergreifende Maßnahmen*. Diese Kategorien umfassen spezifische Maßnahmen zur Förderung verschiedene Umweltziele.

1. *Ackerbauliche Maßnahmen*: Diese umfassen den Anbau von großkörnigen Leguminosen, den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger, die Anlage von Blühstreifen und den mehrjährigen Ackerfutterbau. Diese Maßnahmen tragen insbesondere zur Reduktion von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie zur Förderung der Biodiversität bei. Die Prämien variieren je nach Maßnahme. Beispielsweise beträgt die Vergütung für die Anlage einer Grünbrache 750 €/ha (vgl. Latacz-Lohmann et al. 2021).
2. *Grünlandmaßnahmen*: Hierzu gehören die Anlage von Altgrasstreifen, extensive Weidetierhaltung oder auch der Verzicht auf Düngemittel. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Stickstoffverluste zu reduzieren und die Artenvielfalt auf Grünlandflächen zu fördern. Für die extensive Weidetierhaltung wird beispielsweise eine Prämie von 350 €/ha gewährt.
3. *Übergreifende Maßnahmen*: Diese Maßnahmen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie sich nicht direkt einer bestimmten Kultur zuordnen lassen, sondern sowohl auf Acker- als auch auf Grünland angewendet oder im Jahresverlauf zwischen Hauptkulturen umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind die Winterbegrünung, der Verzicht auf Stoppelbearbeitung sowie der räumliche Kulturartenwechsel. Diese Maßnahmen tragen zur Verbesserung der Bodengesundheit und zur Verringerung der Stickstoffverluste bei. Die Winterbegrünung wird mit 100 €/ha vergütet.

Jede Maßnahme wird mit einem *Anrechnungsfaktor* versehen, der ihren Beitrag zur Erreichung eines bestimmten Ziels misst. Beispielsweise wird der Anbau von großkörnigen Leguminosen im Ziel der „Reduktion der Stickstoffdüngung um 20 %“ mit dem Faktor 5 angerechnet, da diese Kulturen keinen Stickstoffdünger benötigen und somit einen um den Faktor 5 höheren Beitrag zur Stickstoffdüngerreduktion leisten als etwa Getreide mit einer um 20 % reduzierte Stickstoffdüngung. Die Anrechnung erfolgt immer nur für ein Ziel, um Doppelförderungen zu vermeiden.

Die EOAP sieht vor, dass Landwirte über eine eigens entwickelte Webanwendung ihre Maßnahmen auswählen und deren Zielerreichung verfolgen können. Diese Anwendung berechnet auch die

erzielten Prämien und zeigt auf, wie viel Fläche ein Landwirt für die Erreichung eines bestimmten Ziels bereitstellen muss. Zudem ermöglicht die Anwendung die Ermittlung des Budgets, um festzustellen, welche Mittel erforderlich sind, um die Umweltziele flächendeckend umzusetzen. Durch diese transparente Darstellung soll nicht nur die Akzeptanz des Modells gesteigert, sondern auch die Effizienz bei der Zuweisung von Fördermitteln verbessert werden. Im folgenden Kapitel werden die Webanwendung und der Ablauf der Workshops mit den teilnehmenden Landwirten ausführlicher erläutert.

3. Datenerhebung, Webanwendung und Wissenstransfer

3.1 Datenerhebung und Webanwendung

Die Datenerhebung erfolgte mit Unterstützung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und der dazugehörigen Landesbauernverbände, die nach der Veröffentlichung des Konzeptes in der Zeitschrift „Berichte über Landwirtschaft“ („Erfolgsorientierte Agrarprämie“ in Berichte über Landwirtschaft, Band 101 Ausgabe 2) auf die *Erfolgsorientierte Agrarprämie* aufmerksam wurden. Zwischen Februar und November 2024 wurden 16 Workshops mit einer Dauer von jeweils 3 Stunden und insgesamt 140 Landwirten organisiert und durchgeführt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Übersicht der Workshops in den einzelnen Landesbauernverbänden

Datum	Verband
05.03. 2024	Bauernverband Schleswig-Holstein e.V.
13.03.2024	Landesbauernverband in Baden-Württemberg e.V.
18.03.2024	Thüringer Bauernverband e.V.
20.03.2024	Bayerischen Bauernverband
25.03.2024	Hessischen Bauernverband e.V.
05.04.2024	Sächsischen Landesbauernverband e.V.
11.04.2024	Landvolk Niedersachsen
16.04.2024	Bauernverband Saar e.V.
29.04.2024	Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband e.V.)
04.06.2026	Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V.
05.09.2024	Fokus Tierwohl
23.10.2024	Gesamt Betriebs Beratung Landwirtschaft
28.10.2024	Gesamt Betriebs Beratung Landwirtschaft
07.11.2024	Gesamt Betriebs Beratung Landwirtschaft

Quelle: Eigene Darstellung

Da eine reine Onlinebefragung als wenig sinnvoll erachtet wurde – insbesondere, weil die EOAP umfassend erläutert werden musste, um das Gelingen an der Teilnahme zu garantieren -, war die Einführung der Workshops ein zentrales Element des Prozesses. Die Workshops begannen mit einem Kurzvortrag, in dem die Grundzüge und die Funktionsweise der EOAP anhand eines Beispielbetriebes erläutert wurden. Nach der Klärung offener Fragen konzentrierte sich der Hauptteil der Veranstaltungen auf die Datenerhebung. Hierfür wurde eine professionell entwickelte Webanwendung genutzt, deren drei Hauptbereiche im Folgenden erläutert werden.

Im ersten Teil wurden sozioökonomische und betriebliche Charakteristika der Teilnehmer erfasst (vgl. Anhang 1). Im zweiten Teil sollten die Landwirte verschiedene Statements auf einer Likert-Skala von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“ bewerten (vgl. Anhang 2). Inhaltlich thematisierten die Statements die Umwelteinstellung, die Umweltkognition, das Umweltbewusstsein, die Innovationsbereitschaft und die Risikoeinstellung. Des Weiteren wurden die Einstellungen zur aktuellen Agrarpolitik und den wesentlichen Bestandteilen der neuen Grünen Architektur erfasst. Der dritte Teil konzentrierte sich schließlich auf die praktische Anwendung der EOAP. Zunächst wählten die Landwirte Maßnahmen aus dem Maßnahmenkatalog aus, die entweder bereits auf ihrem Betrieb umgesetzt werden oder für den Betrieb interessant erschienen. Der Maßnahmenkatalog unterteilte sich in Grünland, Ackerland, nichtproduktive Flächen und betriebszweigübergreifende Maßnahmen. Die einzelnen Maßnahmen wurden durch den Moderator detailliert vorgestellt und erläutert, um die Auswahl zu erleichtern und mögliche auftretende Fragen klären zu können. Im Anschluss daran erfolgte, bezogen auf die Außenwirtschaft, die Eingabe des Ist-Zustandes (Ausgangssituation) des jeweiligen Betriebes (siehe Anhang 4). Hierbei wurden die Anbauumfänge der einzelnen Kulturen summarisch erfasst. Auf eine schlagspezifische Datenerfassung wurde aus Zeitgründen vermieden, ist aber in der Webanwendung möglich. Nach der Erfassung des Ist-Zustandes konnten die Landwirte die Anbauumfänge der Ausgangssituation für jede Maßnahmenkategorie in die EOAP spiegeln und Anpassungen vornehmen, um mögliche Veränderungen im Anbauprogramm zu simulieren. Ziel war es dabei, mögliche Veränderungen im Anbauprogramm, die durch das neue Modell hervorgerufen werden können, zu erfassen.

Um nun die vorausgewählten und damit präferierten Maßnahmen den Kulturen zuzuordnen, bestand die Möglichkeit über eine Drop-Down-Liste jeder Kultur Maßnahmen zuzuordnen. Die Landwirte sind nicht gezwungen, die gesamte Kultur (z.B. Maßnahme A auf 100 ha Weizen von 100 ha Weizen) mit einer Maßnahme zu belegen, im Sinne einer schlagspezifischen Antragsstellung ist es ebenfalls möglich, Teilflächen einzubringen (z.B. Maßnahme A wird lediglich auch 20 ha Weizen von 100 ha Weizen umgesetzt). Da die Flächen auch parallel mit mehreren Maßnahmen belegt werden können, sofern sich diese nicht gegenseitig ausschließen, konnten bis zu drei Maßnahmen je Kultur ausgewählt werden.

Den gegenseitigen Ausschluss der Maßnahme kontrolliert die Anwendung automatisch (anhand einer im Hintergrund hinterlegten Matrix), wodurch sich fehlerhafte Eingaben minimieren lassen. Hinzu kommt, dass bestimmte Kulturen, wie die „Großkörnigen Leguminosen“, automatisch einer Maßnahme entsprechen, wodurch der Eingabeaufwand und die Fehleranfälligkeit reduziert werden. Im Gegensatz zu den Maßnahmen auf Ackerland, Grünland und den nichtproduktiven Flächen weichen die betriebszweigübergreifenden Maßnahmen von der Systematik der Zuordnung einer Kultur ab, da diese keiner konkreten Kultur zugeordnet werden können. Daher wurden für die übergreifenden Maßnahmen lediglich Maßnahmenumfänge erfasst (z.B. die Anlage von 50 ha Zwischenfrüchten für

den gesamten Betrieb). Eine weitere Besonderheit stellte die Maßnahme „Fruchtfolgeerweiterung“ dar, an die drei Bedingungen geknüpft sind, die eingehalten werden müssen. Diese kontrolliert die Webanwendung automatisch und erst bei Einhaltung der drei Bedingungen wird die Maßnahme freischaltet. Bei der Programmierung der Webanwendung wurde gezielt auf eine benutzerfreundliche Gestaltung geachtet, um auch bei wenig technischer Erfahrung eine intuitive Bedienung zu ermöglichen.

Nachdem die Anbauumfänge eingegeben und die Maßnahmen ausgewählt worden waren, konnten die Landwirte die Ergebnisse abrufen (siehe Anhang 5). Hierfür wurden die Zielvorgaben, die erreichten Flächen und die Prämien für jedes Ziel berechnet und übersichtlich dargestellt. Im Nachhinein bestand die Möglichkeit, die getätigten Eingaben zu optimieren und Maßnahmen tauschen oder zu ergänzen. Waren die Landwirte vollends mit ihren Ergebnissen zufrieden, wurden die Eingaben schließlich gespeichert.

Im letzten Schritt sollten die Teilnehmer die EOAP final bewerten. Dies erfolgte erneut anhand von Statements auf einer Likert-Skala von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“. Zudem wurden die Landwirte vor die Entscheidung zwischen der aktuellen Agrarpolitik, der *Erfolgsorientierten Agrarprämie* und einem Ausstieg aus der Agrarförderung gestellt. Für eine bessere Einordnung der Ergebnisse wurden außerdem die aktuellen Förderumfänge abgefragt.

Auf der letzten Seite stand den Landwirten ein offenes Kommentarfeld zur Verfügung, hier konnten sie ihre Meinung kundtun, Kritik oder Lob für die EOAP und die Webanwendung dalassen. Diese Möglichkeit wurde aktiv genutzt, lieferte wertvolles Feedback und zeigte, dass die Webanwendung gut bei den Workshopteilnehmern angekommen ist. So lobten die Teilnehmer den „guten und logischen Aufbau des Programms“ und fanden das „Rechentool klar verständlich und auf den ersten Blick praktikabel“. Sie konnten sich „durchaus vorstellen, dass in der kommenden GAP-Periode damit gearbeitet wird“ und führten an, dass das „Tool an sich gut funktioniert“. Auch inhaltlich sind die Workshopteilnehmer gut mit der EOAP zurechtgekommen, konnten das Konzept gut verstehen und fanden diese übersichtlich („Das Modell ist übersichtlich und gut zu verstehen“, „Von der Übersichtlichkeit her, ist dieses Modell vorteilhaft“). Zudem fühlten sie sich mitgenommen und nicht ausgegrenzt („Grundsätzlich gefällt mir das Modell sehr. Es ist das Erste, wo ich wirklich das Gefühl habe, dass unsere kleine Struktur, welche viel für die Biodiversität leistet, sich auch monetär auszahlt“). Insgesamt bewerteten die Teilnehmer den Workshop positiv und regten zum Weitermachen an („Die EOAP ist ein top Ansatz! Unbedingt weiterverfolgen“, „Sehr gut gestalteter Kurs! Vielen Dank für die Möglichkeit der Teilnahme!“, „Sehr interessante Möglichkeit!“).

3.2 Wissenstransfer

Neben den Workshops und der Datenerhebung spielte auch der Wissenstransfer eine entscheidende Rolle. Im Rahmen verschiedener Veranstaltungen, Fachvorträge und Diskussionsrunden wurde das Konzept der EOAP der Politik sowie einem breiten Fachpublikum vorgestellt und diskutiert. Die Vorträge und Workshops richteten sich an Landwirte, politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler und Vertreter von Interessenverbänden.

Tabelle 2 zeigt eine Übersicht über die Veranstaltungen, bei denen die EOAP präsentiert wurde. Hierbei wurden sowohl wissenschaftliche Tagungen als auch politische Fachveranstaltungen genutzt, um die Möglichkeiten der EOAP und die Herausforderungen einer zukunftsorientierten GAP zu diskutieren. Besonders hervorzuheben sind die Beiträge im Rahmen interministerieller Arbeitsgruppen, Fachgremien sowie Veranstaltungen des Deutschen Bauernverbands (DBV) und des Umweltbundesamtes, die eine Brücke zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik schlugen.

Tabelle 2: Wissenstransfer zur EOAP im Rahmen der DBU-Projektlaufzeit

Datum und Referent	Veranstaltung	Titel des Vortrags
16.11.2023 Uwe Latacz-Lohmann	Ringvorlesung zum Thema „Agrar- und Ernährungssysteme der Zukunft“	„A plea for a forward-looking CAP to achieve the goals of the Farm-to-Fork Strategy“
06.12.2023 Uwe Latacz-Lohmann	Interministeriellen Arbeitsgruppe zur GAP nach 2027 (bestehend aus Vertretern des MLLEV und des MEKUN) in Kiel	„Erfolgsorientierte Agrarprämie: Ein Konzept für die GAP nach 2027?“
16.01.2024 Uwe Latacz-Lohmann	Agrarökonomischen Seminar der Universität Göttingen	„Agrarpolitik nach 2027: Plädoyer für einen Neuanfang“
30.01.2024 Uwe Latacz-Lohmann	BNUR-Veranstaltung zum Thema „Die zukünftige GAP nach 2027 – Ist die Gemeinwohlprämie ein Gewinn für alle?“	„Erfolgsorientierte Agrarprämie: Ein Konzept für die Umsetzung der GAP nach 2027 in Deutschland?“
02.02.2024 Uwe Latacz-Lohmann	Online-Vortrag vor Mitgliedern des Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverbands e.V. in Freiburg	„Erfolgsorientierte Agrarprämie: Ein Konzept für die Umsetzung der GAP nach 2027 in Deutschland?“
16.02.2024 Uwe Latacz-Lohmann	Einladung von Minister Werner Schwarz am agrarpolitischen Diskussionsabend „Schwarz trifft“ in Molfsee	„Erfolgsorientierte Agrarprämie“
21.02.2024 Florian Tietjens	Impulsforum Forschung und Innovation: GAP, Gemeinwohlprämie	„Erfolgsorientierte Agrarprämie“

	und andere Honorierungssysteme der DLG-Wintertagung in Leipzig	
11.07.2024 Florian Tietjens	MLLEV des Landes Schleswig-Holstein	Biodiversitäts- und klimagerechte Landwirtschaft in Schleswig-Holstein – geeignete Konzepte und Maßnahmen
30.09.2024 Uwe Latacz-Lohmann	Vortrag vor dem Fachausschuss Unternehmensführung und Beratung beim Verband der Landwirtschaftskammern (VLK), Haus Düsse (NRW)	„Modelle zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik: Die Erfolgsorientierte Agrarprämie“
14.11.2024 Uwe Latacz-Lohmann, Marlene Noack und Florian Tietjens	Online-Vortrag den Mitgliedern des Fachausschusses Agrarpolitik des Deutschen Bauernverbands	Vorstellung des Konzeptes der „Erfolgsorientierten Agrarprämie“
21.11.2024 Uwe Latacz-Lohmann	Gemeinsamen GAP-Fachtagung des UBA und des BfN im Bundespresseamt in Berlin	„Die Erfolgsorientierte Agrarprämie - Eine Alternative für die GAP nach 2027?“
29.11.2024 Uwe Latacz-Lohmann, Marlene Noack und Florian Tietjens	Abschlussveranstaltung zum DBU-Forschungsprojekt „Erfolgsorientierte Agrarprämie“, Seeburg in Kiel, durch ein Grußwort von Minister Werner Schwarz eröffnet	„Erfolgsorientierten Agrarprämie“
17.12.2024 Uwe Latacz-Lohmann	Fachveranstaltung des MLLEV und des MEKUN zum Thema „Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027 – Für eine nachhaltige Landwirtschaft sowie lebendige ländliche Räume“ im Wissenschaftszentrum Kiel	„Erfolgsorientierten Agrarprämie“
10.01.2025 Uwe Latacz-Lohmann	Soester Agrarforum „Raus aus den Subventionen – innovative Steuerungsinstrumente!“, in Soest	„Die Erfolgsorientierte Agrarprämie - eine Alternative für die GAP nach 2027“
30.01.2025 Uwe Latacz-Lohmann, Marlene Noack und Florian Tietjens	Online-Vortrag den Mitgliedern der Bund-Länder-Arbeitsgruppe GAP nach 2027	Vorstellung des Konzeptes der „Erfolgsorientierten Agrarprämie“

Quelle: Eigene Darstellung

Neben den Rückmeldungen aus den Workshops wurden auch die Erkenntnisse und Anmerkungen aus diesen Veranstaltungen systematisch ausgewertet und in die Weiterentwicklung des EOAP-Konzepts integriert. Der interdisziplinäre Austausch mit Landwirten, politischen Entscheidungsträgern, Wissenschaftlern und Interessenverbänden ermöglichte eine umfassende Betrachtung der Potentiale und Herausforderungen der EOAP, die für eine erfolgreiche Implementierung der EOAP von zentraler Bedeutung sind.

4. Workshops mit Landwirten in 16 Bundesländern – Wer hat teilgenommen?

Im Rahmen der Workshops wurden insgesamt 140 Teilnehmer aus der landwirtschaftlichen Praxis befragt. Die Untersuchung umfasste eine Vielzahl von Themenbereichen, darunter soziodemografische Merkmale, Betriebsausrichtung und -struktur sowie die Gestaltung der aktuellen Agrarpolitik in den Betrieben.

Tabelle 3: Soziodemografische Merkmale der Workshopteilnehmer

Attribut	Ausprägung	Befragungsteilnehmer (N = 140)
Alter	In Jahren	43,7
Geschlecht	Weiblich	17,1 %
	Männlich	82,9 %
Höchster Bildungsabschluss	Abgeschlossene landwirtschaftliche Berufsausbildung	8,6 %
	Abgeschlossene landwirtschaftliche Fachschule/Meisterschule	31,4 %
	Landwirtschaftlicher (Fach-) Hochschulabschluss	50,7 %
	Berufsausbildung außerhalb der Landwirtschaft	7,1 %
	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	2,1 %
Parteinähe	Keine Partei	35,7 %
	SPD	1,4 %
	Bündnis 90/Die Grünen	2,1 %
	CDU/CSU	52,9 %
	FDP	5,7 %
	AfD	0,7 %
	Die Linke	1,4 %
Region	Nord-Ost	30,7 %
	Ost	11,4 %
	Nord-West	17,1 %
	Mitte-West	27,9 %
	Süd	12,9 %

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die soziodemografischen Merkmale der befragten Landwirte. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer lag bei 43,7 Jahren. Der Anteil männlicher Befragter war mit 82,9 %

deutlich höher als der weiblicher Befragter (17,1 %). Im bundesdeutschen Vergleich sind die Frauen allerdings in dieser Stichprobe überrepräsentiert, da lediglich 11 % der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe von Frauen geführt werden (vgl. Bundesinformationszentrum Landwirtschaft 2024). Hinsichtlich des Bildungsniveaus wies die Mehrheit der Workshopteilnehmer einen landwirtschaftlichen (Fach-) Hochschulabschluss auf (50,7 %), gefolgt von einer landwirtschaftlichen Fachschul- oder Meisterausbildung (31,4 %).

Die politische Präferenz der Befragten zeigte eine deutliche Mehrheit mit Nähe zur CDU/CSU (52,9 %), 35,7 % gaben an, keine Parteinähe zu haben. Die Teilnehmer stammten aus verschiedenen Regionen Deutschlands, mit einem Schwerpunkt in Nord-Ost (30,7 %) und Mitte-West (27,9 %). Die regionale Verteilung wird in Abbildung 1 anhand einer Deutschlandkarte veranschaulicht.

Der Nord-Osten umfasst mit 43 teilnehmenden Betrieben Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Der Osten umfasst mit 16 teilnehmenden Betrieben Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Thüringen. In Nord-West nahmen 24 Betriebe aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen teil. Die Region Mitte-West ist mit 39 teilnehmenden Betrieben aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland vertreten. Der Süden umfasst 18 Betriebe aus Bayern und Baden-Württemberg (vgl. Abbildung 1).

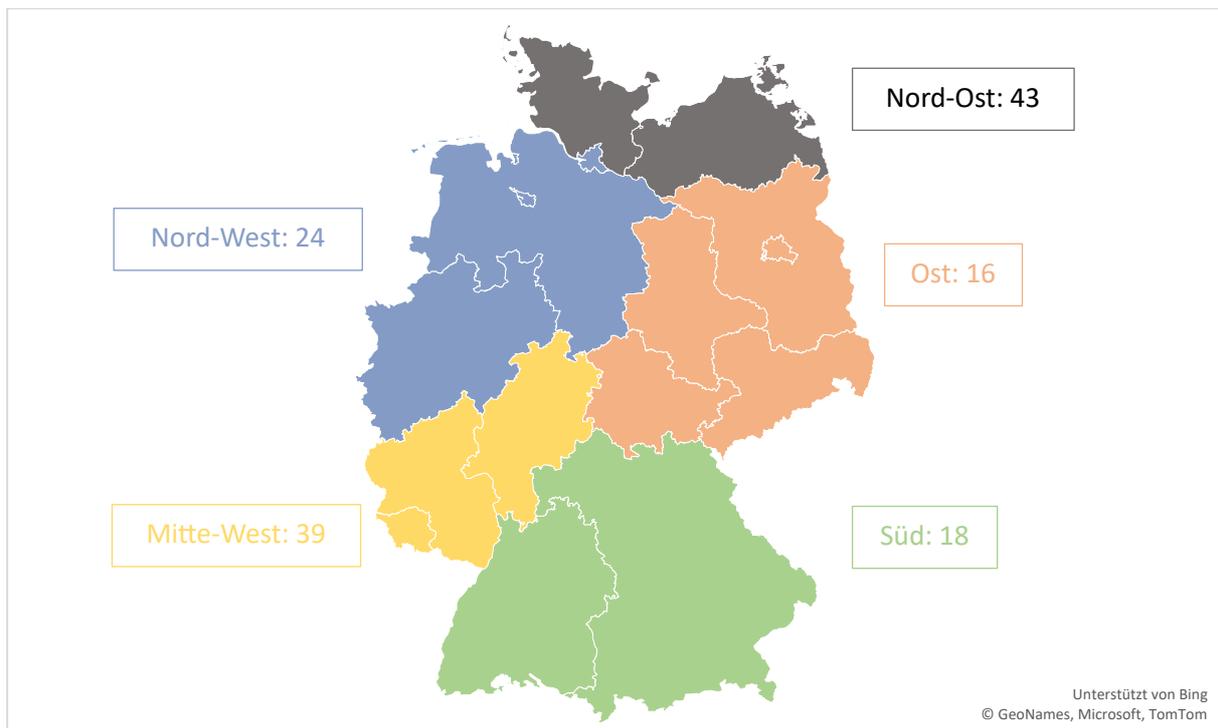


Abbildung 1: Regionale Verteilung der Workshopteilnehmer

Quelle: Eigene Darstellung

In Tabelle 4 sind die betriebspezifischen Charakteristika dargestellt. Die Betriebsstruktur zeigt, dass die Mehrheit der Betriebe konventionell wirtschaftet (84,0 %), während 16,0 % ökologisch ausgerichtet sind. Damit liegt der Anteil der Ökobetriebe in dieser Stichprobe über dem bundesweiten

Durchschnitt von 11,0 % (vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2023). Zudem handelt es sich bei 82,0 % der befragten Betriebe um Haupterwerbsbetriebe. Eine gesicherte Hofnachfolge gaben 51,4 % der Befragten an, während 35,7 % angaben, dass dieses Thema für sie derzeit noch nicht relevant sei. Auch dieser Wert liegt leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (vgl. Bundesinformationszentrum Landwirtschaft 2024).

Tabelle 4: Betriebsspezifische Charakteristika der Workshopteilnehmer

Attribut	Ausprägung	Befragungsteilnehmer (N = 140)
Betriebsart	Konventionell	84,0 %
	Ökologisch	16,0 %
Betriebstyp	Haupterwerb	82,0 %
	Nebenerwerb	18,0 %
Gesicherte Hofnachfolge	Nein	5,7 %
	Ja	51,4 %
	Unsicher	7,1 %
	Noch nicht relevant	35,7 %
Fläche in roten Gebieten	Ja	30,0 %
	In ha	$\bar{x} \approx 84,5$
	Anteil an der Betriebsfläche	$\bar{x} \approx 53,7$ %
Flächen in Schutzgebieten	Nein	49,0 %
	FFH-Gebiete	32,0 %
	Vogelschutzgebiete	24,0 %
	Wasserschutzgebiete	21,0 %
	Landschaftsschutzgebiete	4,0 %
	Naturschutzgebiete	1,0 %
Unterbringung des Wirtschaftsdüngers auf dem Betrieb	Nein	7,9 %
	Ja	63,6 %
	In meinem Betrieb fällt kein WSD an	28,6 %
Erfahrung mit AUKM oder Eco-Schemes	Ja	78,6 %
Höhe der bisherigen Betriebsprämie		Ø 315,5 €/ha

Quelle: Eigene Darstellung

Herausforderungen in der Bewirtschaftung ergaben sich vor allem in Zusammenhang mit Flächen in Roten Gebieten oder Schutzgebieten. Rund 30 % der Workshopteilnehmer bewirtschaften Flächen in Roten Gebieten, die im Durchschnitt 253 ha pro Betrieb (Median: 84,5 ha) umfassen und durchschnittlich 52,7 % der jeweiligen Betriebsfläche ausmachen (Median: 53,7 %). 49,0 % der Betriebe verfügen hingegen über keinerlei Flächen in Schutzgebieten. Die meisten Flächen befinden sich in FFH-Gebieten (32,0 %) oder in Vogelschutzgebieten (24,0 %). In diesem Zusammenhang wurde auch der Wirtschaftsdüngeranfall erfasst: Auf 28,6 % der Betriebe fällt kein Wirtschaftsdünger an und 63,6 % der Betriebe haben keine Schwierigkeiten damit, den anfallenden Wirtschaftsdünger unterzubringen. Ein Großteil der Workshopteilnehmer (78,6 %) hat bereits Erfahrung mit Agrarumweltmaßnahmen oder Eco-Schemes. Zudem wurde die Höhe der aktuell ausgezahlten Gesamtbetriebsprämie erfragt. Im Durchschnitt betrug diese 315,5 €/ha (Median: 247,5 €/ha), mit einer Spannweite von 80 €/ha bis 1300 €/ha.

Tabelle 5: Vorhandene Betriebszweige

Attribut	Ausprägung	Befragungsteilnehmer (N = 140)
Ausrichtung des Betriebes	Ackerbau	38,6 %
	Viehhaltung	14,3 %
	Gemischtbetriebe	46,4 %
	Sonderkulturen	0,7 %
Marktfruchtanbau	Vorhanden	77,1 %
Ackerfutterbau	Vorhanden	46,4 %
Sonderkulturen	Vorhanden	21,7 %
Sauenhaltung	Vorhanden	2,9 %
	Anzahl der Stallplätze	$\bar{x} = 660$
Schweinemast	Vorhanden	12,1 %
	Anzahl der Stallplätze	$\bar{x} = 1349$
Ferkelaufzucht	Vorhanden	1,4 %
	Anzahl der Stallplätze	$\bar{x} = 4350$
Geflügelmast	Vorhanden	7,9 %
	Anzahl der Stallplätze	$\bar{x} = 2250$
Legehennenhaltung	Vorhanden	11,4 %
	Anzahl der Stallplätze	$\bar{x} = 150$
Rinderhaltung/ -mast	Vorhanden	26,4 %
	Anzahl der Stallplätze	$\bar{x} = 118$
Milchviehhaltung	Vorhanden	25,7 %
	Anzahl der Stallplätze	$\bar{x} = 175$

Mutterkuhhaltung	Vorhanden	21,4 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 31$
Schafhaltung	Vorhanden	4,3%
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 200$
Ziegenhaltung	Vorhanden	1,4 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 130$
Pferdehaltung	Vorhanden	4,3 %
	Anzahl der Stallplätze	$\tilde{x} = 95$
Biogas/PV/Windkraft	Vorhanden	32,9 %
Hofladen/Direktvermarktung	Vorhanden	18,6 %
Forst/Waldbau	Vorhanden	1,4 %
Sonstiges	Vorhanden	3,5 %

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Betrachtung der auf den Betrieben vorhandenen Betriebszweige (Tabelle 5 und Abbildung 2) zeigt sich, dass die Mehrheit der Betriebe sowohl Ackerbau als auch Viehhaltung betreibt (46,4 %), gefolgt von reinen Ackerbaubetrieben (38,6 %) und reinen Viehhaltern (14,3 %). Insgesamt betreiben 77,1 % der Betriebe Marktfruchtanbau, gefolgt von Ackerfutterbau (46,4 %) und erneuerbaren Energien wie Biogas, PV und Windkraft (32,9 %). Im Bereich der Viehhaltung dominieren die Rinderhaltung/-mast (26,4 %; Anzahl der Stallplätze – Median: 118) und die Milchviehhaltung (25,7 %; Anzahl der Stallplätze – Median: 175). Die Anzahl der Stallplätze liegt damit leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt (vgl. Bundesinformationszentrum Landwirtschaft 2022; Milchtrends 2024).

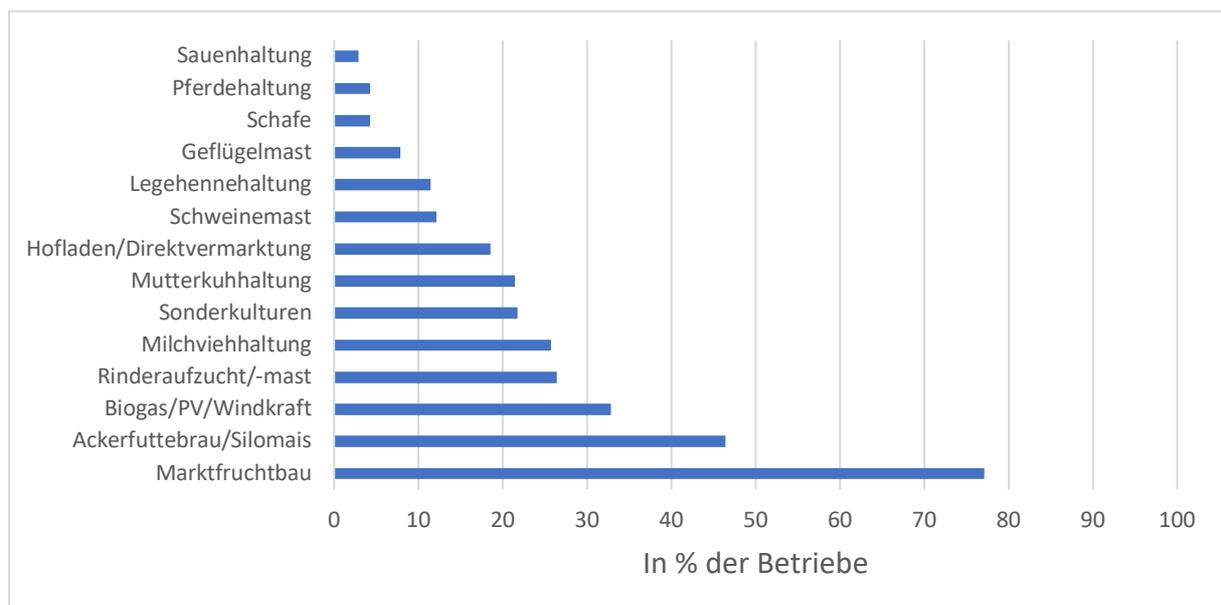


Abbildung 2: Vorhandene Betriebszweige in % der Betriebe

Quelle: Eigene Darstellung

Zu guter Letzt wird in Abbildung 3 die Größen der Betriebe betrachtet. Die durchschnittliche Betriebsgröße im Nord-Osten (\emptyset 875 ha; Median: 519 ha) und im Osten (\emptyset 1407 ha; Median: 822 ha) ist am größten, während die Betriebe im Süden (\emptyset 347 ha; Median: 56 ha) tendenziell kleiner ausfallen. Über alle Betriebe hinweg ergibt sich eine durchschnittliche Betriebsgröße von 600 ha bei einem Median von 205 ha. Damit liegen die Betriebsgrößen weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 63 ha. Allerdings bewirtschaften 14 % der Betriebe in Deutschland 62 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dies verdeutlicht den in Deutschland erkennbaren Trend hin zu größeren Betrieben, insbesondere im Osten (vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2021).

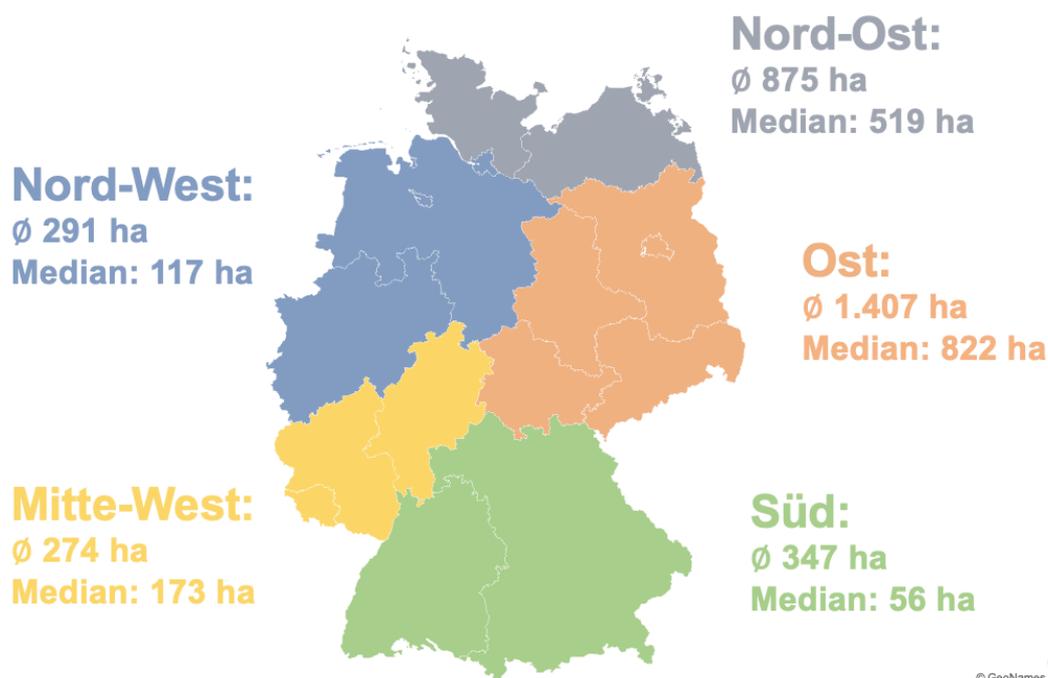


Abbildung 3: Bewirtschaftete Fläche der Betriebe nach Regionen betrachtet

Quelle: Eigene Darstellung

5. Wie kommt die EOAP in der Praxis an? Ergebnisse aus den Workshops

Im Rahmen der Webanwendung der *Erfolgsorientierten Agrarprämie* (EOAP) wurden Landwirten neben sozioökonomischen und betriebsspezifischen Fragen auch Fragen zu ihrer persönlichen Einstellung gestellt. Ziel war es, die Haltung der teilnehmenden Landwirte zu verschiedenen Themenfeldern einschätzen und so auch ihre Ergebnisse besser einordnen zu können. Die vorgegebenen Statements waren fünf thematischen Blöcken zugeordnet: Innovationsbereitschaft, allgemeines politisches Interesse, Umwelt- und Naturschutz, aktuelle Agrarpolitik sowie die Einschätzung der *Erfolgsorientierten Agrarprämie*. Die 140 teilnehmenden Landwirte bewerteten jedes Statement auf einer Skala von 1 („Stimme überhaupt nicht zu“) bis 5 („Stimme voll und ganz zu“). Die daraus berechneten Mittelwerte bieten Einblicke in die Meinungen und Präferenzen der Workshopteilnehmer. Die Statements aus den Tabellen 5 bis 8 wurden den Landwirten vor der Nutzung der Webanwendung der EOAP vorgelegt, jene aus Tabelle 8 danach. Anzumerken ist noch, dass es sich bei den abgebildeten Ergebnissen um die Meinungen der Landwirte aus den Workshops handelt und nicht um eine allgemeingültige Aussage für die Gesamtheit der deutschen Landwirte steht.

Tabelle 6 zeigt die Statements zum Themenfeld „Innovationsbereitschaft“. Die Aussagen zur Betriebsführung und Innovationsbereitschaft belegen ein deutliches Engagement der Landwirte, sich den Anforderungen eines modernen und wettbewerbsorientierten Agrarsektors anzupassen. Mit einem hohen Mittelwert von 4,4 hebt sich besonders die Bereitschaft zur Teilnahme an Informations-, Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen hervor. Dies unterstreicht, dass Landwirte großen Wert darauflegen, sich kontinuierlich weiterzubilden und auf dem neuesten Stand zu bleiben. Diese Offenheit für Wissenserweiterung zeigt sich auch in der regelmäßigen Auseinandersetzung mit neuen Produktionstechniken, die mit einem Mittelwert von 4,1 ebenfalls sehr positiv bewertet wird. Technologien wie Spot Spraying oder Gülleverschlachtung werden demnach als wichtige Instrumente für eine effizientere und nachhaltigere Betriebsführung angesehen. Auch die Risikobereitschaft, den Betrieb weiterzuentwickeln, wird mit einem Mittelwert von 3,9 hoch eingeschätzt. Dies deutet darauf hin, dass Landwirte bereit sind, kalkulierte Risiken einzugehen, um ihren Betrieb an neue Gegebenheiten anzupassen. In ähnlichem Maße ausgeprägt ist die Bereitschaft, den Betrieb kontinuierlich den Anforderungen des Marktes anzupassen (Mittelwert: 3,8). Diese Flexibilität ist essenziell in einem sich stetig wandelnden Marktumfeld, das auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Ein interessantes Ergebnis liefert die Bewertung der Aussage, dass Förderprogramme auf Empfehlung eines Beraters in Anspruch genommen werden. Mit einem Mittelwert von 3,8 zeigt sich, dass viele Landwirte den Ratschlägen von Experten vertrauen und diese als Orientierungshilfe nutzen, um Entscheidungen zu treffen. Dies verdeutlicht die Bedeutung

kompetenter Beratung in der heutigen Landwirtschaft. Im Gegensatz dazu wird die Aussage „Bevor ich etwas Neues in meinem Betrieb ausprobiere, warte ich lieber erstmal, ob andere damit Erfolg haben“ mit einem vergleichsweise niedrigen Mittelwert von 2,6 bewertet. Dies legt nahe, dass Landwirte tendenziell eher bereit sind, neue Ansätze eigeninitiativ zu testen, anstatt abzuwarten, wie sich diese bei anderen bewähren. Es deutet auf eine aktive und innovationsfreudige Haltung hin, die die Bereitschaft widerspiegelt, den Betrieb frühzeitig auf neue Herausforderungen auszurichten. Zusammenfassend verdeutlichen die Ergebnisse eine starke Bereitschaft zur Weiterbildung, Offenheit gegenüber Innovationen und eine hohe Anpassungsfähigkeit an Markt- und Umwelтанforderungen. Gleichzeitig zeigt sich, dass Landwirte Beraterempfehlungen als wertvolle Unterstützung wahrnehmen, dabei jedoch eine proaktive Herangehensweise an betriebliche Neuerungen bevorzugen.

Tabelle 6: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Innovationsbereitschaft"

Statement	Mittelwert
Ich nehme an Informations-, Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen teil, um auf dem neusten Stand zu bleiben.	4,4
Ich informiere mich regelmäßig über neue Produktionstechniken (Spot Spraying, Gülleverschlauchung, etc.).	4,1
Ich bin bereit Risiken einzugehen, um meinen Betrieb voranzubringen.	3,9
Ich passe meinen Betrieb kontinuierlich den Anforderungen des Marktes an.	3,8
Wenn mein Berater mir rät, dass ich an Förderprogrammen teilnehmen soll, werde ich das auch tun.	3,8
Bevor ich etwas Neues in meinem Betrieb ausprobiere, warte ich lieber erstmal, ob andere damit Erfolg haben.	2,6

Quelle: Eigene Darstellung

Wie in Tabelle 7 zu sehen ist, zeigen die Landwirte ein starkes Interesse an politischen Themen. Dies wird durch den hohen Mittelwert von 4,3 für das allgemeine Politikinteresse unterstrichen. Er verdeutlicht eine bewusste Auseinandersetzung mit den politischen Rahmenbedingungen, die ihre berufliche Tätigkeit maßgeblich beeinflussen. Gleichzeitig nehmen viele Teilnehmer eine zunehmende öffentliche Kritik an ihrem Berufsfeld wahr (Mittelwert: 3,9), was auf eine erhöhte Sensibilität gegenüber gesellschaftlichen Diskussionen hindeutet. Um auf politische Maßnahmen und Förderprogramme zu reagieren, werden Entscheidungen häufig im familiären oder kollegialen Kreis besprochen (Mittelwert: 3,9). Dies unterstreicht die Bedeutung eines engen Netzwerks und einer abgestimmten Vorgehensweise unter Landwirten.

Tabelle 7: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Allgemeines politisches Interesse"

Statement	Mittelwert
Ich interessiere mich für Politik im Allgemeinen.	4,3
Ich sehe mich als Landwirt zunehmend der öffentlichen Kritik ausgesetzt.	3,9
Ich bespreche die Teilnahme an Politikmaßnahmen mit der Familie oder den Berufskollegen.	3,9

Quelle: Eigene Darstellung

Die Verantwortung für eine lebenswerte Umwelt für zukünftige Generationen wird mit einem Mittelwert von 4,1 klar anerkannt (siehe Tabelle 8). Dies verdeutlicht das Bewusstsein, dass nachhaltige Wirtschaftsweisen nicht nur ökologische, sondern auch betriebliche Vorteile für nachfolgende Generationen bieten. Wie in Tabelle 3 ersichtlich, ist die Hofnachfolge bei 51,4 % der befragten Betriebe gesichert.

Tabelle 8: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Umwelt- und Naturschutz"

Statement	Mittelwert
Jeder einzelne trägt die Verantwortung dafür, dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen.	4,1
Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können.	3,8
Die Umweltproblematik wird übertrieben.	3,8
Ich engagiere mich aktiv für den Umwelt- und Klimaschutz.	3,7
Wir müssen Wege finden, wie wir unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können.	3,6
Zugunsten der Umwelt sollten wir alle bereit sein, unseren derzeitigen Lebensstandard einzuschränken.	3,2
Es macht mich wütend, wenn ich sehe, wie Deutschland seine Klimaschutzziele verfehlt.	3,0
Wir brauchen in Zukunft mehr Wirtschaftswachstum, auch wenn das die Umwelt belastet.	3,0

Quelle: Eigene Darstellung

Wie in Tabelle 8 abgebildet, wird der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen mit einem Mittelwert von 3,8 ebenfalls positiv bewertet. Gleichzeitig empfinden einige Teilnehmer die Diskussion über Umweltprobleme als übertrieben (Mittelwert: 3,8), was darauf hindeutet, dass die Wahrnehmung der Umweltproblematik unter den befragten Landwirten unterschiedlich ausfällt. Ein aktives Engagement für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen wird dennoch mit einem Mittelwert von 3,7 als bedeutsam eingeschätzt. Dies verdeutlicht, dass Landwirte trotz kritischer Sichtweisen bereit sind, einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation zu leisten.

Interessant ist die Zustimmung zur Idee, Wege zu finden, die ein gutes Leben unabhängig vom Wirtschaftswachstum ermöglichen (Mittelwert: 3,6). Dies signalisiert Offenheit gegenüber alternativen Wirtschaftsmodellen - eine Innovationsbereitschaft, die bereits in Tabelle 5 erkennbar war. Die Bereitschaft, den eigenen Lebensstandard zugunsten des Umweltschutzes einzuschränken, wird mit einem Mittelwert von 3,2 hingegen vergleichsweise gering bewertet. Dies verdeutlicht die Herausforderungen, persönliche wirtschaftliche Stabilität und umweltpolitische Ziele in Einklang zu bringen. Die neutrale Haltung gegenüber der Aussage, dass das Verfehlen deutscher Klimaschutzziele wütend macht (Mittelwert: 3,0), zeigt eine eher zurückhaltende emotionale Reaktion auf politische Entwicklungen. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum trotz möglicher Umweltbelastungen ebenfalls mit einem Mittelwert von 3,0 bewertet. Diese neutrale Position verdeutlicht die bestehende Spannung zwischen ökologischen Anliegen und den ökonomischen Anforderungen der Landwirtschaft.

Die Ergebnisse zeigen, dass die teilnehmenden Landwirte durchaus eine Verantwortung für den Umweltschutz sehen, dabei jedoch auch die praktische Umsetzbarkeit sowie die Auswirkungen auf ihren Betrieb kritisch reflektieren.

Im vierten Themenblock (Tabelle 9) wurden die Landwirte zu ihrer Meinung über die aktuelle GAP befragt. Die Ergebnisse machen deutlich, dass Landwirte vor erheblichen Herausforderungen stehen. Mit einem Mittelwert von 4,0 wird die gestiegene Komplexität der GAP als großes Problem wahrgenommen. Viele Teilnehmer empfinden die Regularien und Anforderungen als kaum noch durchschaubar, was die bürokratische Bewältigung erschwert. Dies unterstreicht die Notwendigkeit klarer und verständlicher Regelungen in der Agrarpolitik und spiegelt die aktuelle öffentliche Debatte zur GAP wider. Die Bedeutung einer soliden Einkommensgrundstützung, die früher als „Basisprämie“ bekannt war, wird mit einem Mittelwert von 3,9 hervorgehoben. Diese Unterstützung scheint für die wirtschaftliche Stabilität ihrer Betriebe zentral zu sein, um sich gegen Marktschwankungen absichern zu können. Gleichzeitig zeigt der Mittelwert von 3,3 für die Aussage, dass Betriebsplanung und Antragstellung ohne kundige Berater kaum noch möglich seien, die wachsende Abhängigkeit vieler Landwirte von Experten. Dies stützt die Einschätzung der zunehmenden Komplexität der GAP. Die Vision der EU von einer klimafreundlichen, nachhaltigen und erdverbundenen Landwirtschaft löst gemischte Reaktionen aus. Mit einem Mittelwert von 3,3 äußern einige Landwirte Existenzängste, da sie befürchten, dass die Anforderungen dieser Vision möglicherweise schwer mit den betrieblichen Realitäten vereinbar sind. Gleichzeitig wirken freiwillige Öko-Regelungen (Eco-Schemes) mit einem Mittelwert von 2,9 nur bedingt attraktiv - möglicherweise aufgrund zusätzlicher bürokratischer Hürden, unpassender Maßnahmen oder als unzureichend empfundene finanzielle Anreize. Die Abschaffung der Umverteilungsprämie und der

Junglandwirteprämie wird mit Mittelwerten von 2,7 bzw. 2,2 eher negativ bewertet. Dies deutet darauf hin, dass beide Prämien von den Landwirten als wichtige Unterstützung angesehen werden und nach ihrer Meinung erhalten bleiben sollen.

Tabelle 9: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Aktuelle Agrarpolitik"

Statement	Mittelwert
Die aktuelle GAP ist durch die gestiegene Komplexität kaum noch zu durchblicken.	4,0
Eine solide Einkommensgrundstützung (früher "Basisprämie") ist für die Landwirtschaft weiterhin notwendig.	3,9
Ohne kundige Berater ist eine Betriebsplanung und Antragstellung nicht mehr möglich.	3,3
Die Vision der EU einer klimafreundlichen, nachhaltigen und erdverbundenen Landwirtschaft weckt bei mir Existenzängste.	3,3
Die freiwilligen Öko-Reglungen (Eco-Schemes) finde ich attraktiv.	2,9
Die Umverteilungsprämie sollte abgeschafft werden.	2,7
Ein Ausstieg aus der EU-Agrarförderung kann ich mir aktuell vorstellen.	2,5
Die Junglandwirteprämie sollte abgeschafft werden.	2,2
Die Agrarpolitik der aktuellen Förderperiode bietet den Landwirten genügend Planungssicherheit.	1,9

Quelle: Eigene Darstellung

Ähnlich skeptisch stehen die Landwirte einen möglichen Ausstieg aus der EU-Agrarförderung gegenüber (Mittelwert: 2,5; siehe Tabelle 8). Dies verdeutlicht eine bestehende Abhängigkeit von der EU-Förderstruktur sowie das Fehlen praktikabler Alternativen. Besonders kritisch wird, mit einem Mittelwert von 1,9, die Aussage bewertet, dass die Agrarpolitik der aktuellen Förderperiode den Landwirten genügend Planungssicherheit bietet. Dies signalisiert einen dringenden Handlungsbedarf, da fehlende Planungssicherheit nicht nur wirtschaftliche Risiken erhöht, sondern auch langfristige betriebliche Entscheidungen erschwert.

Die Ergebnisse zeigen damit eine deutliche Kritik an der Komplexität und Unsicherheit der derzeitigen Agrarpolitik. Gleichzeitig unterstreichen sie den Wunsch der Landwirte nach klaren, besser verständlichen und verlässlichen Rahmenbedingungen.

Die Statements zur Einstellung gegenüber der *Erfolgsorientierten Agrarprämie* (EOAP) (Tabelle 9) wurden den Landwirten nach der Webanwendung vorgelegt. Die Bewertung EOAP als Modell für die zukünftige Agrarpolitik zeigt eine moderate, aber grundsätzlich positive Haltung der Landwirte. Mit einem Mittelwert von 3,6 wird der Ansatz der EOAP als potenzielles Konzept für die künftige Agrarpolitik wahrgenommen. Ebenso bewerten die Landwirte die EOAP als ein geeignetes Mittel zur Umsetzung des Prinzips „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ (Mittelwert: 3,6). Dies deutet auf

eine grundsätzliche Akzeptanz eines leistungsbezogenen Fördersystems hin, das öffentliche Gelder stärker an nachweisbare Umwelt- und Klimaleistungen koppelt. Die im Rahmen der EOAP angebotenen Maßnahmen finden mit einem Mittelwert von 3,5 moderate Attraktivität. Im Rahmen der Abschlussdiskussion der Workshops gaben die Landwirte wertvolle Anregungen für zukünftige Maßnahmen, die die Attraktivität des Maßnahmenkataloges steigern sollen. Diese werden in der abschließenden Diskussion des vorliegenden Berichts detailliert aufgegriffen. Allerdings zeigt der Mittelwert von 3,4, dass die EOAP in ihrer derzeitigen Form die Teilnahmebereitschaft an EU-Agrarförderprogrammen nur begrenzt erhöht. Dies könnte auf Unsicherheiten bezüglich der praktischen Umsetzung oder der damit verbundenen Anforderungen zurückzuführen sein. Dieses Ergebnis ist jedoch nicht besorgniserregend, als die Workshops als Pilotphase der EOAP dienten. In diesem Rahmen fanden zahlreiche Gespräche mit den teilnehmenden Landwirten statt, um die EOAP zu verbessern und die Teilnahmebereitschaft künftig zu steigern.

Tabelle 10: Statements und die Einordnung der Workshopteilnehmer (N = 140) zum Themenfeld "Einstellung gegenüber der Erfolgsorientierten Agrarprämie"

Statement	Mittelwert
Den Ansatz der EOAP kann ich mir als Konzept für die künftige Agrarpolitik vorstellen.	3,6
Die EOAP halte ich für ein gutes Mittel zur Umsetzung des Prinzips "öffentliches Geld für öffentliche Leistungen".	3,6
Die angebotenen Maßnahmen finde ich Attraktiv.	3,5
Die EOAP erhöht meine Teilnahmebereitschaft an den EU-Agrarförderprogrammen.	3,4
Die EU-Agrarpolitik sollte zukünftig vermehrt nach dem Prinzip "öffentliches Geld für öffentliche Leistungen" ausgerichtet werden.	3,3
Die Erreichung der zielspezifischen Schwellenwerte stellt für mich eine Herausforderung dar.	3,3
Die EOAP stellt im Vergleich zur aktuellen GAP Vereinfachungen dar.	3,2
Die Vergütung für die Erreichung der einzelnen Green Deal-Ziele halte ich für angemessen.	3,1
Die geforderten Green Deal-Ziele halte ich für erstrebenswert.	2,8
Die GLÖZ-Standards sollten ins Ordnungsrecht übernommen werden.	2,0

Quelle: Eigene Darstellung

Eine stärkere Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ wird mit einem Mittelwert von 3,3 nur verhalten befürwortet (siehe Tabelle 10). Dies zeigt, dass viele Landwirte diesem Ansatz zwar offen gegenüberstehen, gleichzeitig aber Herausforderungen und potenzielle Nachteile sehen. Auch die Erreichung der zielspezifischen Schwellenwerte der EOAP wird mit einem Mittelwert von 3,3 als herausfordernd wahrgenommen, was auf mögliche praktische

oder betriebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung hinweist. Um die Erreichung der Schwellenwerte zu erleichtern, könnte eine stufenweise Einführung erfolgen, bei der die Anforderungen zunächst niedriger angesetzt und dann beispielsweise jährlich erhöht werden, bis schließlich eine vollständige Zielerreichung von 100 % erreicht ist. Eine andere Möglichkeit wäre die Einführung von Klassen nach niederländischem Beispiel und eine entsprechend geringere Vergütung: Betriebe, die nur 50 % der Ziele erreichen, würden eine geringere Vergütung erhalten als jene, die 75 % oder 100 % der Anforderungen erfüllen. Auch diese Ansätze werden in der Abschlussdiskussion näher betrachtet. Die EOAP wird als Vereinfachung im Vergleich zur aktuellen GAP nur schwach bestätigt (Mittelwert: 3,2). Dies deutet darauf hin, dass die wahrgenommene Komplexität weiterhin als Hemmnis empfunden wird, auch wenn die EOAP grundsätzlich Verbesserungen verspricht. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die teilnehmenden Landwirte das Konzept der EOAP erst am Tag des Workshops kennengelernt haben und daher keinerlei Erfahrungswerte mitbringen konnten. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass die potenzielle Vereinfachung der GAP durch die EOAP noch nicht so deutlich wahrgenommen wurde. Die Vergütung für die Erreichung der einzelnen Green Deal-Ziele wird mit einem Mittelwert von 3,1 als angemessen, jedoch nicht überzeugend bewertet. Gleichzeitig erhalten die Green Deal-Ziele selbst mit einem Mittelwert von 2,8 eine vergleichsweise geringe Zustimmung, was auf Bedenken hinsichtlich der Umsetzbarkeit oder der Zielsetzungen selbst hinweist. Da diese Green Deal-Ziele jedoch Vorgaben der EU-Kommission sind, besteht derzeit kaum Spielraum für Anpassungen. Falls sich die Zielsetzungen der GAP künftig ändern sollten, könnte die EOAP jedoch problemlos daran angepasst werden. Besonders kritisch wird die Überführung der GLÖZ-Standards (Gute Landwirtschaftliche und Ökologische Zustände) in das Ordnungsrecht gesehen. Mit einem Mittelwert von 2,0 spricht sich die Mehrheit der Landwirte deutlich gegen diesen Schritt aus, was vermutlich auf die Sorge vor zusätzlichen Verpflichtungen und einer weiteren Regulierung zurückzuführen ist.

Die Ergebnisse zeigen, dass die EOAP als Konzept Potenzial besitzt, ihre konkrete Ausgestaltung und praktische Umsetzung jedoch noch Optimierungsbedarf aufweist. Insbesondere die wahrgenommene Komplexität, die Höhe der Vergütungen und die Herausforderungen bei der Erfüllung von Schwellenwerten sind zentrale Aspekte, die für eine breitere Akzeptanz weiterentwickelt werden müssen.

Nach der Betrachtung der Befragungsergebnisse aller fünf Themenblöcke (Innovationsbereitschaft, allgemeines politisches Interesse, Umwelt- und Naturschutz, aktuelle Agrarpolitik sowie die Einschätzung der *Erfolgsorientierten Agrarprämie*) zeigt sich, dass Landwirte grundsätzlich offen für Veränderungen und Innovationen sind, gleichzeitig aber bestehende Strukturen und Maßnahmen kritisch hinterfragen. Es besteht ein klarer Handlungsbedarf, um die Komplexität der Förderpolitik zu

reduzieren und die Attraktivität von Programmen wie der EOAP zu erhöhen. Eine zukunftsfähige Agrarpolitik der Zukunft muss Transparenz, Vereinfachung und klare Zielsetzungen bieten, um ihre Akzeptanz und Wirksamkeit zu sichern. Die Landwirte erkennen die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung, fordern jedoch mehr Planungssicherheit und verständliche Regelungen. Die EOAP wird als vielversprechendes Konzept wahrgenommen, jedoch mit Vorbehalten hinsichtlich der praktischen Herausforderungen. Eine erfolgreiche Agrarpolitik muss eine Balance zwischen ökologischen Zielen, wirtschaftlicher Rentabilität und praktikablen Vorgaben finden.

6. Werden die Green Deal-Ziele erreicht? Und wenn ja, wie?

6.1 Anzahl der erreichten Ziele sowie Zielvorgaben und erreichte Flächen bei 100 % Zielvorgabe

Im Rahmen der Auswertung der Webanwendung der EOAP wurde die Zielerreichung der Green Deal-Ziele auf zwei Arten analysiert. Einerseits wurde der Anteil der Betriebe ermittelt, die das jeweilige Ziel erreicht haben. Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Umsetzung auf Betriebsebene. Andererseits wurde der Zielerreichungsgrad in Bezug auf die Fläche berechnet. Dabei wurde das Verhältnis zwischen der angestrebten Zielvorgabe (in Hektar) für die gesamte Stichprobe und der tatsächlich erreichten Fläche ermittelt. Aus dieser Berechnung ergibt sich der prozentuale Grad der Zielerfüllung.

6.1.1 Reduktion der N-Düngung um 20 % (GD 1)

In Abbildung 4 ist dargestellt, wie viele Betriebe das Ziel der „Reduktion der Stickstoffdüngung um 20 %“ erreicht haben. Die Umsetzung dieses Ziels ist von zentraler Bedeutung, da eine geringere N-Düngung zu einer verbesserten Boden- und Wasserqualität führt. 76,4 % der Betriebe - also mehr als dreiviertel - haben GD 1 erreicht, während 23,6 % das Ziel nicht erreichen konnten. Der recht hohe Anteil der Betriebe, die das Ziel erreicht haben, verdeutlicht, dass ein erheblicher Teil der Landwirte erfolgreich Maßnahmen zur Optimierung des Düngemittleinsatzes umsetzen kann. Dennoch gibt es Betriebe, die Schwierigkeiten bei der Anpassung ihrer Bewirtschaftungspraxis haben und nachsteuern müssten, um das Ziel zu erreichen.

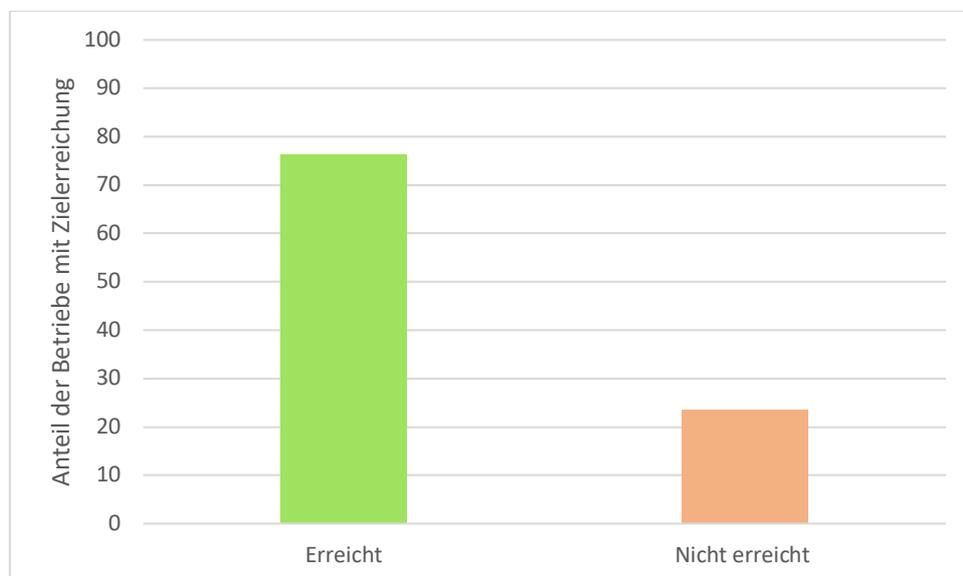


Abbildung 4: Anteil der Betriebe, die GD 1 „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ erreicht haben

Quelle: Eigene Darstellung

Betrachtet man neben der Anzahl der Betriebe auch die erreichte Fläche (siehe Abbildung 5) zeigt sich eine deutliche Übererfüllung der Flächenvorgabe. Die geforderte Zielfläche für die gesamte Stichprobe

betrug 60.385 ha, während die Betriebe tatsächlich 88.593 ha erreichten. Dies entspricht einem Zielerreichungsgrad von 146,7 % und zeigt, dass die Reduktion des N-Düngereinsatzes zwar nicht auf allen Betrieben umgesetzt wurde, aber die teilnehmenden Betriebe durchaus die Flächen der nicht teilnehmenden Betrieben zu kompensieren konnten. Somit tragen sie maßgeblich zur Erfüllung des Green Deal-Zieles 1 des gesamten Samples bei. Wichtig hierbei zu erwähnen ist, dass in den Workshops keine Obergrenze (Kappung) für die einbringbare Fläche vorgegeben wurde. Jeder Betrieb konnte so viel Fläche einbringen, wie er wollte, wodurch einige Betriebe entsprechend viel Fläche eingebracht und hohe Zahlungen generiert haben. Inwieweit auf eine Kappung verzichtet werden sollte, wird in der Abschlussdiskussion erneut thematisiert.

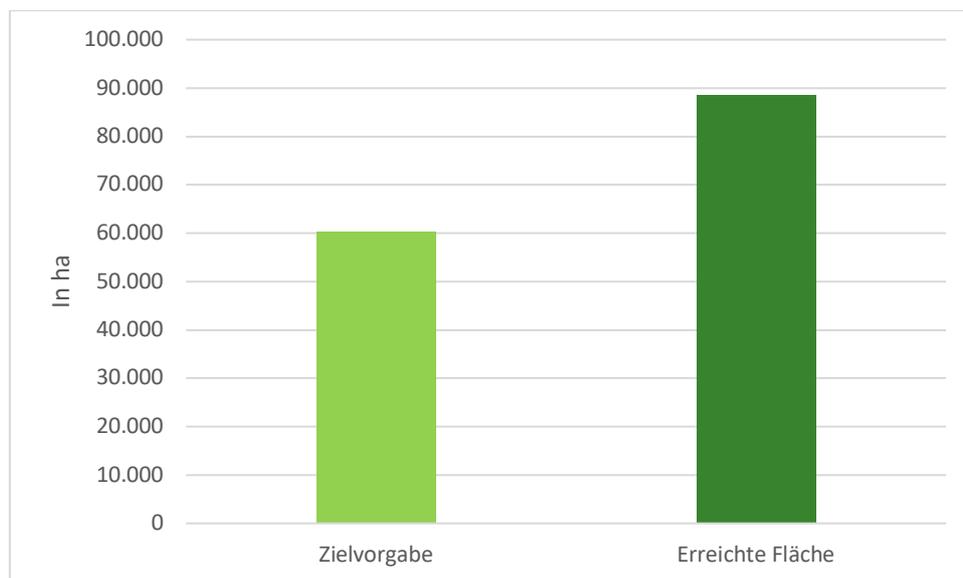


Abbildung 5: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 1 „Reduktion der N-Düngung um 20 %“

Quelle: Eigene Darstellung

6.1.1.1. „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ in der regionalen Betrachtung

Neben der Betrachtung der gesamten Stichprobe wurde auch der Anteil der erreichten Betriebe sowie der Zielerreichungsgrad auf regionaler Ebene betrachtet. Zur besseren Übersichtlichkeit sind die einzelnen Regionen in Tabelle 11 aufgeschlüsselt. Abbildung 6 zeigt, dass der Anteil der Betriebe, die das Ziel der „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ erreicht haben, regional unterschiedlich ausfällt. Im Süden liegt die Zielerreichung deutlich über dem Durchschnitt, während der Nord-Westen und Mitte-West ebenfalls hohe Zielerreichungsraten zeigen. Im Gegensatz dazu hinken der Osten und Nord-Osten etwas hinterher. Diese Unterschiede könnten auf strukturelle Gegebenheiten in der Landwirtschaft zurückzuführen sein. Ein Großteil der im Süden ansässigen Betriebe sind eher kleinstrukturiert und wirtschaften weniger intensiv, weshalb ihnen eine Reduktion der N-Düngung vermutlich deutlich leichter fällt als Betrieben mit intensiverer Produktionsweise. Dass viele Betriebe im Nord-Westen das Ziel nicht erreichen, könnte daran liegen, dass diese Region als Veredlungsregion mit intensiver

Viehhaltung bekannt ist. Aufgrund des hohen Wirtschaftsdüngeranfalls müssen diese Betriebe große Mengen Gülle auf ihren Flächen ausbringen. Eine Reduktion der N-Düngung würde entsprechend eine Abstockung der Tierbestände voraussetzen.

Tabelle 11: Betrachtete Regionen aufgeschlüsselt in Bundesländer

Region	Der Region zugeordnete Bundesländer
Nord-Ost	<ul style="list-style-type: none"> • Schleswig-Holstein • Mecklenburg-Vorpommern
Ost	<ul style="list-style-type: none"> • Brandenburg • Sachsen • Sachsen-Anhalt • Berlin • Thüringen
Nord-West	<ul style="list-style-type: none"> • Niedersachsen • Nordrhein-Westfalen • Hamburg • Bremen
Mitte-West	<ul style="list-style-type: none"> • Hessen • Rheinland-Pfalz • Saarland
Süd	<ul style="list-style-type: none"> • Bayern • Baden-Württemberg

Quelle: Eigene Darstellung

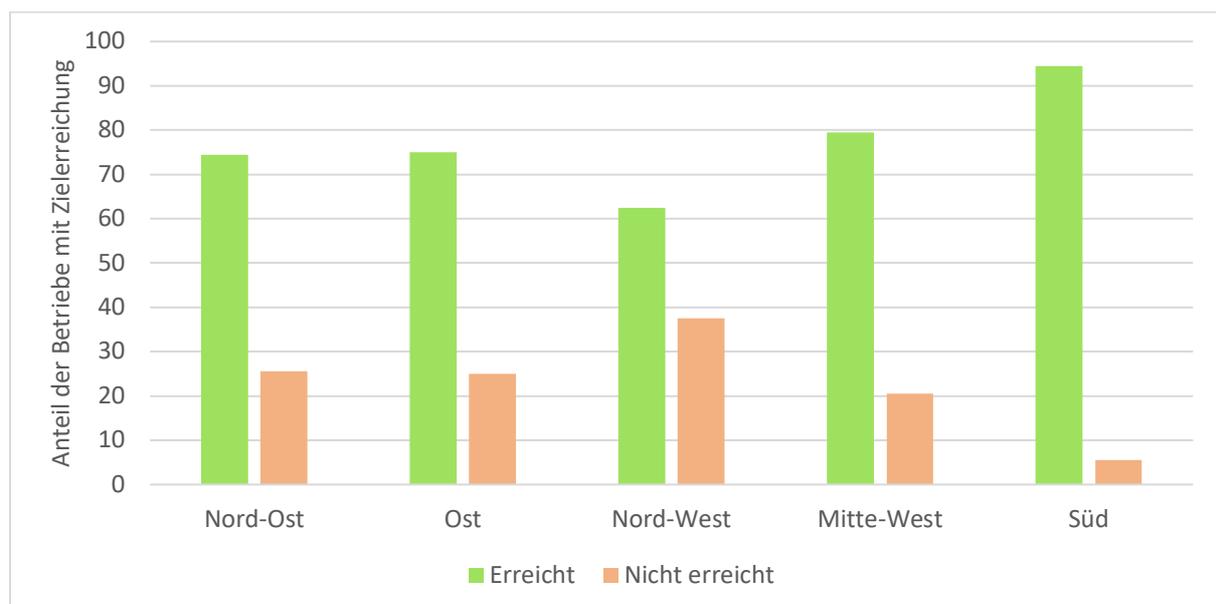


Abbildung 6: Anteil der Betriebe, die GD 1 „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ erreicht haben im regionalen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung

Die erreichten Flächen (in Abbildung 7 dargestellt) spiegeln die Ergebnisse auf Betriebsebene wider. Besonders der Süden (Zielerreichung von 156,7 %) und der Nord-Westen (Zielerreichung von 180,4 %) konnten hohe Flächenanteile umsetzen. Im Vergleich dazu verzeichnen der Osten (Zielerreichung von 131,6 %) und der Nord-Osten (Zielerreichung von 151,8 %) trotz einer vergleichsweise großen landwirtschaftlichen Fläche etwas geringere Zielerreichungsgrade. Dennoch zeigt die regionale Betrachtung, dass der Zielerreichungsgrad in jeder Region über 100 % liegt. Damit wurde die gesamte für eine volle Zielerreichung geforderte Fläche erreicht.

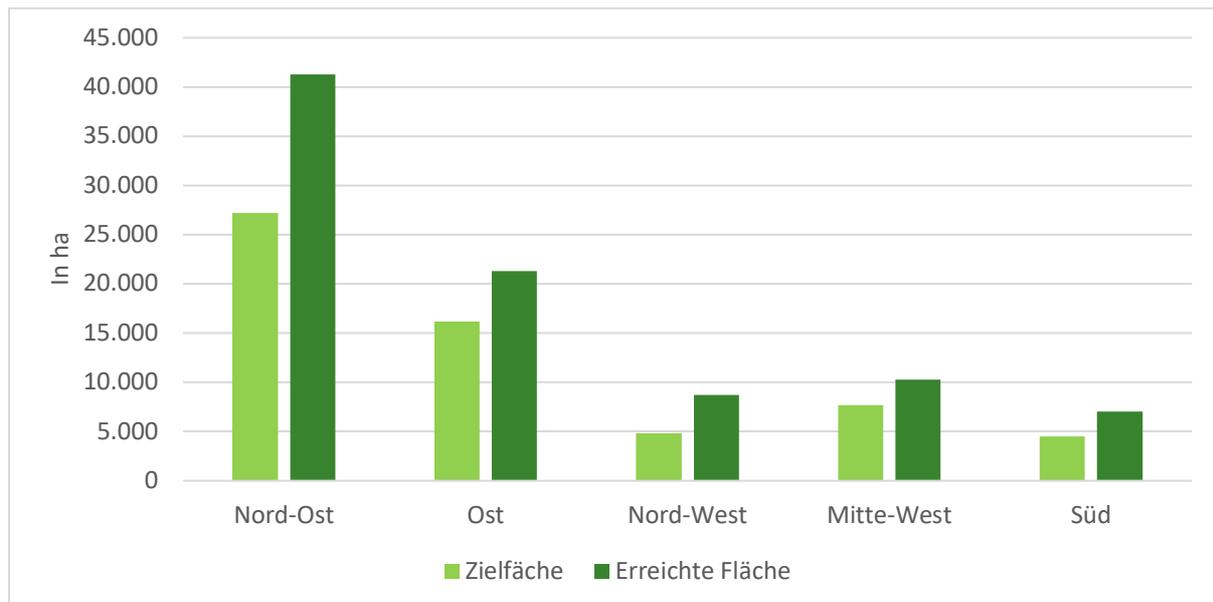


Abbildung 7: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 1 „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ im regionalen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung

6.1.2 Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 % (GD 2)

In Abbildung 8 wird der Anteil der Betriebe gezeigt, die ihren Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (PSM) halbieren konnten. Die Erreichung des Ziels variiert je nach Betriebsstruktur und Ausgangssituation. Die Reduktion des PSM-Einsatzes leistet einen wichtigen Beitrag zur Umwelt- und Gewässerqualität, da sie die Belastung durch chemische-synthetische Stoffe verringert. Im Vergleich zur „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ fällt es den Betrieben schwerer, das Ziel der „PSM-Reduktion um 50 %“ zu erreichen. Lediglich 27,9 % der befragten Betriebe konnten dieses Ziel erreichen, während 72,1 % an dieser Hürde scheiterten.

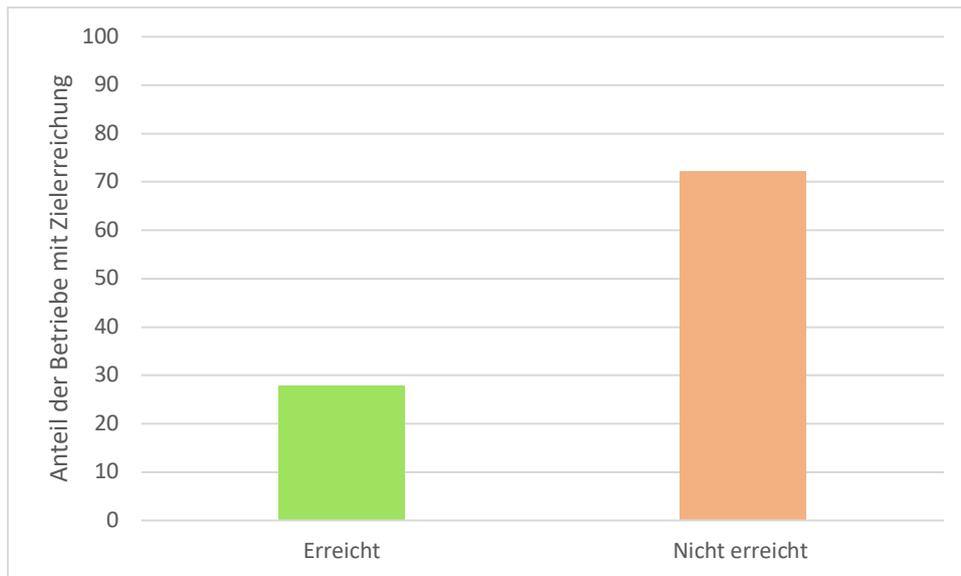


Abbildung 8: Anteil der Betriebe, die GD 2 „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ erreicht haben

Quelle: Eigene Darstellung

In Abbildung 9 zeigt sich, dass sich diese Tendenz auch auf Flächenebene fortsetzt. Die Zielvorgabe lag bei 56.484 ha, erreicht wurden jedoch nur 14.459 ha, was einer Zielerreichung von lediglich 25,6 % entspricht. Dieses Ergebnis verdeutlicht den Handlungsbedarf, insbesondere bei der Ausweitung von Praktiken, wie dem integrierten Pflanzenschutz, auf größere Flächen. Zudem sollte darüber nachgedacht werden, weitere Maßnahmen in die EOAP aufzunehmen, die gezielt die PSM-Reduktion adressieren und den Landwirten eine praktikable Umsetzung erleichtern.

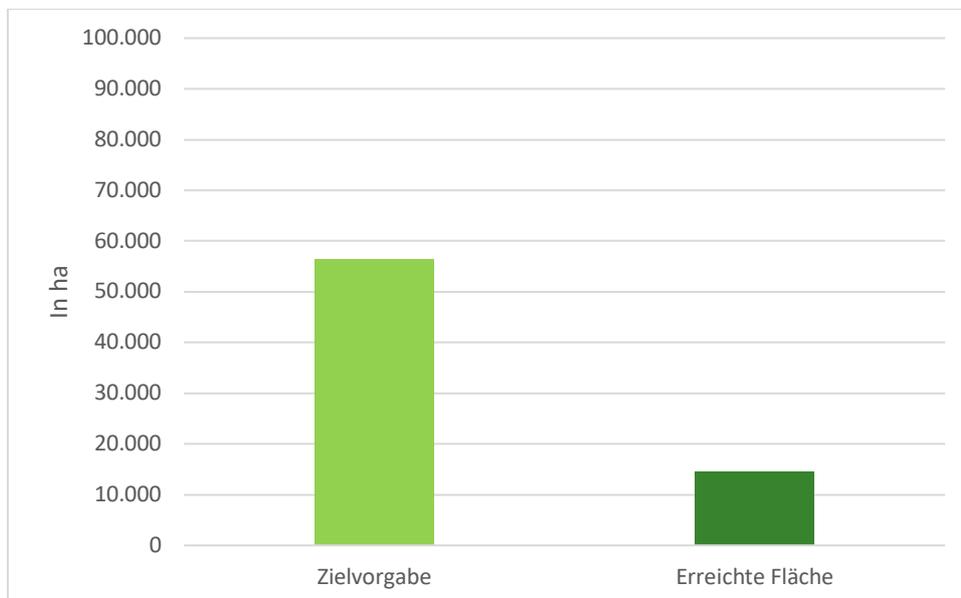


Abbildung 9: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD2 „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“

Quelle: Eigene Darstellung

6.1.2.1 „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ in der regionalen Betrachtung

Im Ziel „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ (Abbildung 10) zeigt sich, dass der Süden und Mitte-West auch in diesem Bereich die höchsten Erfolgsquoten aufweisen. Der Nord-Osten hingegen verzeichnet eine geringere Beteiligung, was möglicherweise auf betriebliche Strukturen und eine andere Ausgangssituation beim PSM-Einsatz zurückzuführen ist.

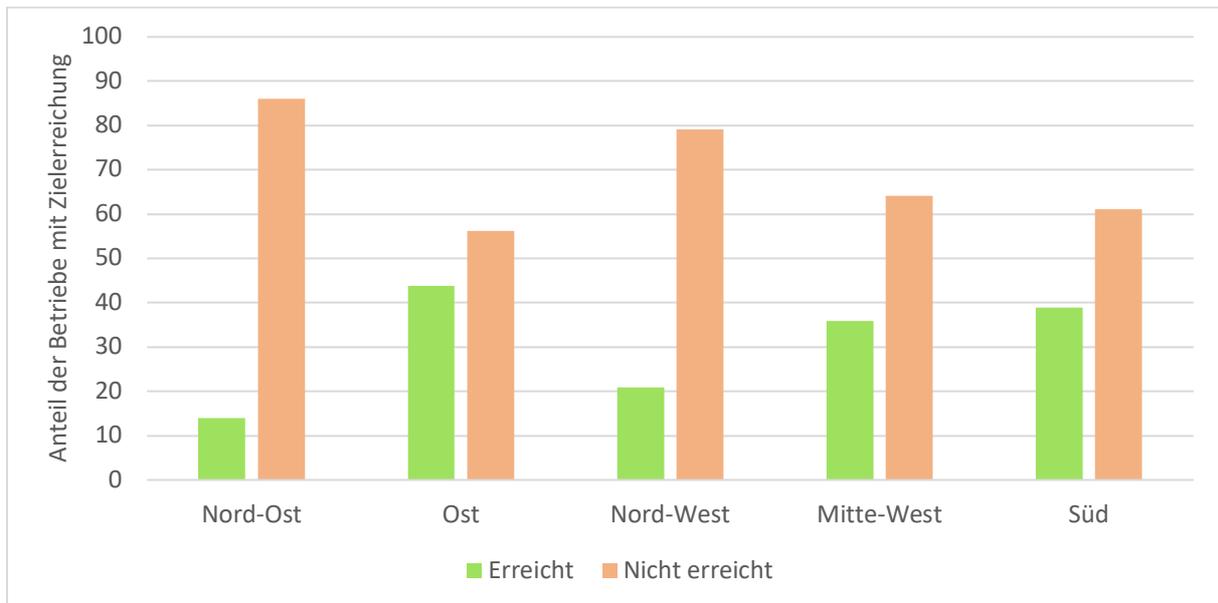


Abbildung 10: Anteil der Betriebe, die GD 2 „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ erreicht haben im regionalen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung

Betrachtet man nun die eingebrachten Flächen (Abbildung 11), wird deutlich, dass die „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ flächenmäßig vor allem in Nord-West (Zielerreichung von 51,3 %), Süd (Zielerreichung von 41,8 %) und Mitte-West (Zielerreichung von 38,9 %) erfolgreich umgesetzt wurde. Der Osten und Nord-Osten erreichten hingegen geringere Werte, was auf eine stärkere Abhängigkeit von PSM oder eine intensivere Bewirtschaftung der Flächen hinweisen könnte. Insgesamt ist zu erkennen, dass beim Ziel „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ deutlich nachgesteuert werden muss, um die Zielvorgabe des Green Deals zu erreichen. Mit den derzeit angebotenen Maßnahmen lässt sich dieses Ziel bei weitem nicht erreichen.

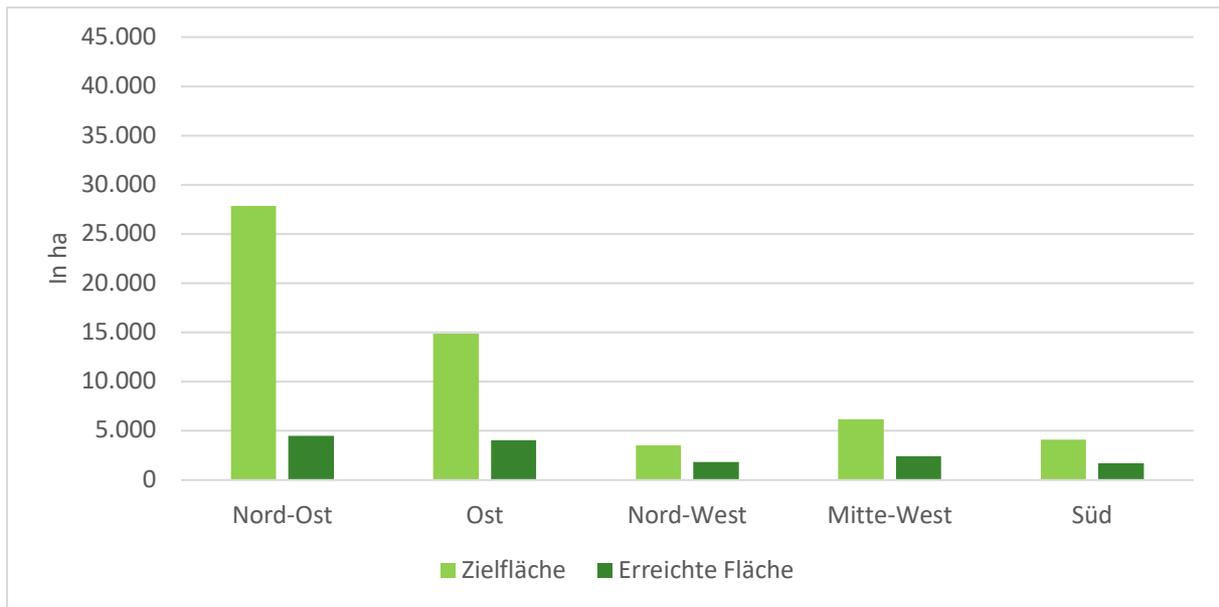


Abbildung 11: Abbildung: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 2 „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ im regionalen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung

6.1.3 Reduktion der N-Verluste um 50 % (GD 3)

Die „Reduktion der Stickstoffverluste um 50 %“ stellt eine zentrale Herausforderung für die Landwirtschaft dar, insbesondere im Hinblick auf die Reduktion der Umweltbelastungen durch Nitrat im Grund- und Oberflächenwasser. Die Auswertung (siehe Abbildung 12) zeigt, dass der Anteil der Betriebe, die dieses Ziel erreicht haben (46,4%), und jene ohne Zielerreichung (53,6%) fast ausgeglichen ist.

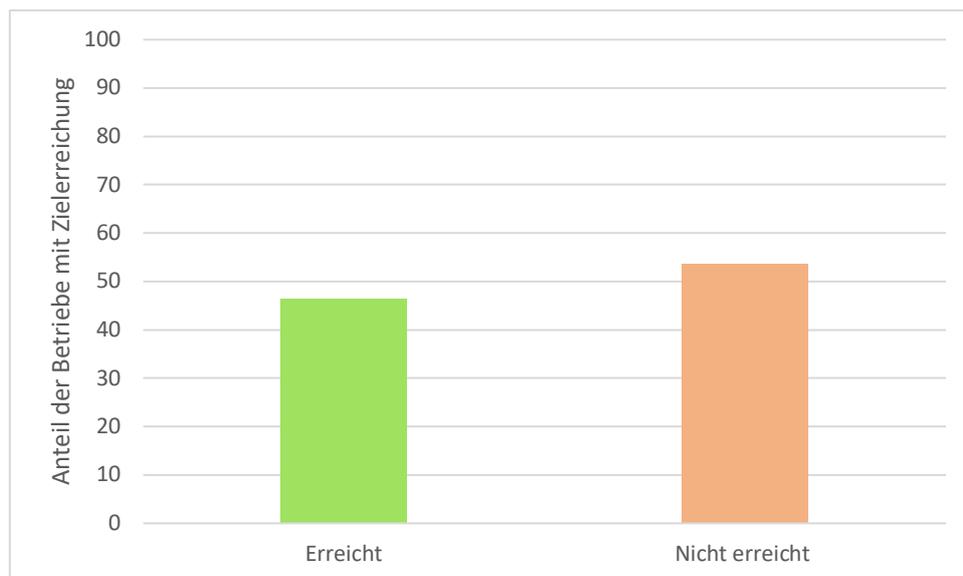


Abbildung 12: Anteil der Betriebe, die GD 3 „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ erreicht haben

Quelle: Eigene Darstellung

Betrachtet man die erreichte Fläche (Abbildung 13), ergibt sich eine Zielerreichung von 80,2 %. Die Zielvorgabe für die „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ lag bei 80.502 ha, während tatsächlich 64.557 ha erreicht wurden. Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass flankierende Maßnahmen wie Beratung und Investitionsförderungen (z.B. Ansäuerung der Gülle direkt im Stall) weiter ausgebaut werden sollten, um auch in strukturell schwierigen Betrieben Fortschritte zu ermöglichen.

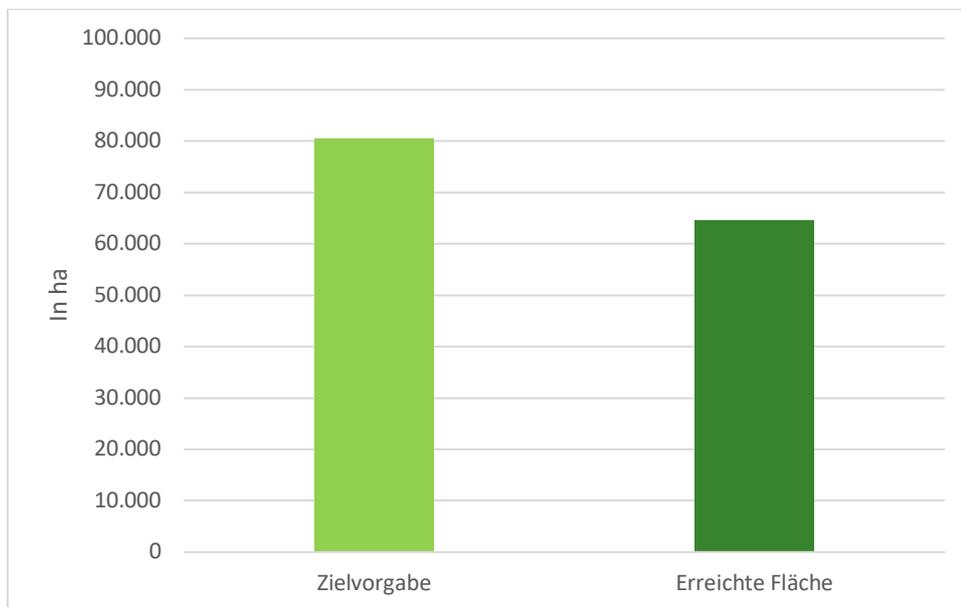


Abbildung 13: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 3 „Reduktion der N-Verluste um 50 %“

Quelle: Eigene Darstellung

6.1.3.1 „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ in der regionalen Betrachtung

Die „Reduktion der Stickstoffverluste um 50 %“ wurde im Süden und Nord-Westen am erfolgreichsten umgesetzt - sowohl in Bezug auf den Anteil der Betriebe, die dieses Ziel erreichen konnten (Abbildung 14), als auch flächenbezogen (Abbildung 15). Dagegen zeigen der Osten und Nord-Osten eine unterdurchschnittliche Zielerreichung. Die Ergebnisse legen nahe, dass in diesen Regionen spezifische Maßnahmen erforderlich sind, um die Zielvorgaben besser zu unterstützen. Aktuell gibt es nur wenige Maßnahmen, die gezielt zur „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ beitragen. Daher muss der Maßnahmenkatalog künftig in dieser Hinsicht erweitert werden. Besonders Viehhaltern scheinen derzeit von den bestehenden Maßnahmen zu profitieren. In den Regionen Süd und Nord-West, in denen auf vielen Betrieben Gülle anfällt, zeigt sich eine höhere Zielerreichung. Eine zentrale Maßnahme zur Verringerung der N-Emissionen ist die „Ansäuerung bei Gülleausbringung“, die jedoch nur für Betriebe mit anfallender relevant ist.

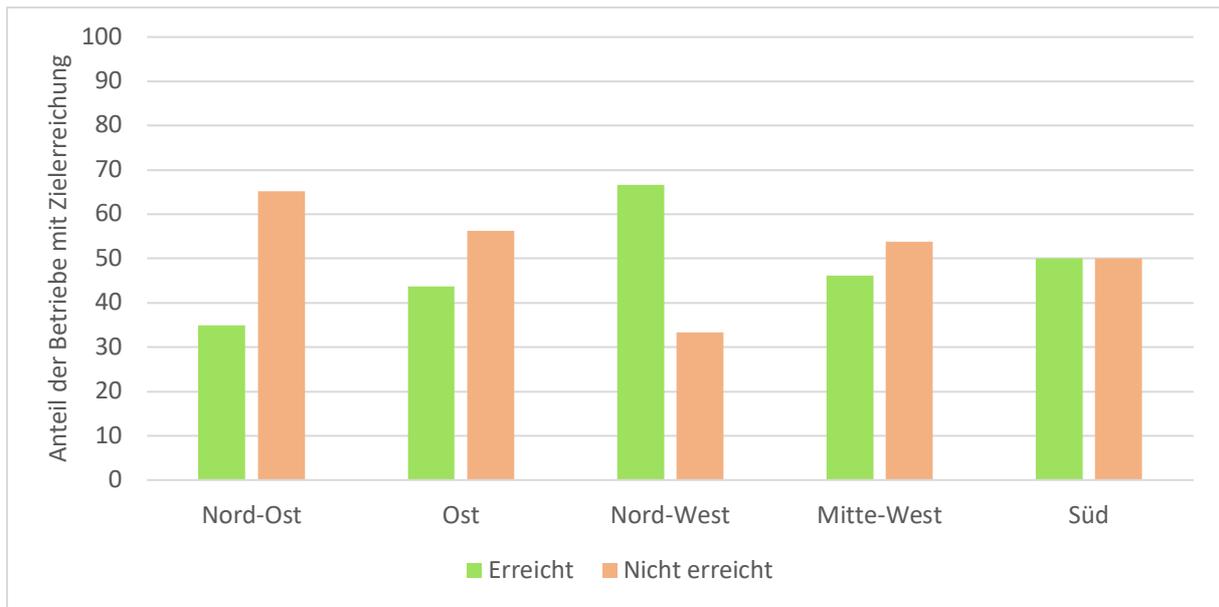


Abbildung 14: Anteil der Betriebe, die GD 3 „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ erreicht haben im regionalen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung

Betrachtet man nun die erreichte Fläche, verändert sich das Bild leicht. Obwohl im Osten und Nord-Osten weniger Betriebe das Ziel erreichen, fällt der Umfang der erreichten Flächen dort nicht viel geringer als in Süd und Mitte-West aus. Dies zeigt, dass in großstrukturierten Regionen zwar weniger Betriebe das Ziel erreichen, aber wenn sie es tun, dann mit viel eingebrachter Fläche. Nord-West ist die einzige Region mit einer erreichten Fläche von über 100 %, was vermutlich an der hohen Viehdichte und den viehalterfreundlichen Maßnahmen liegt

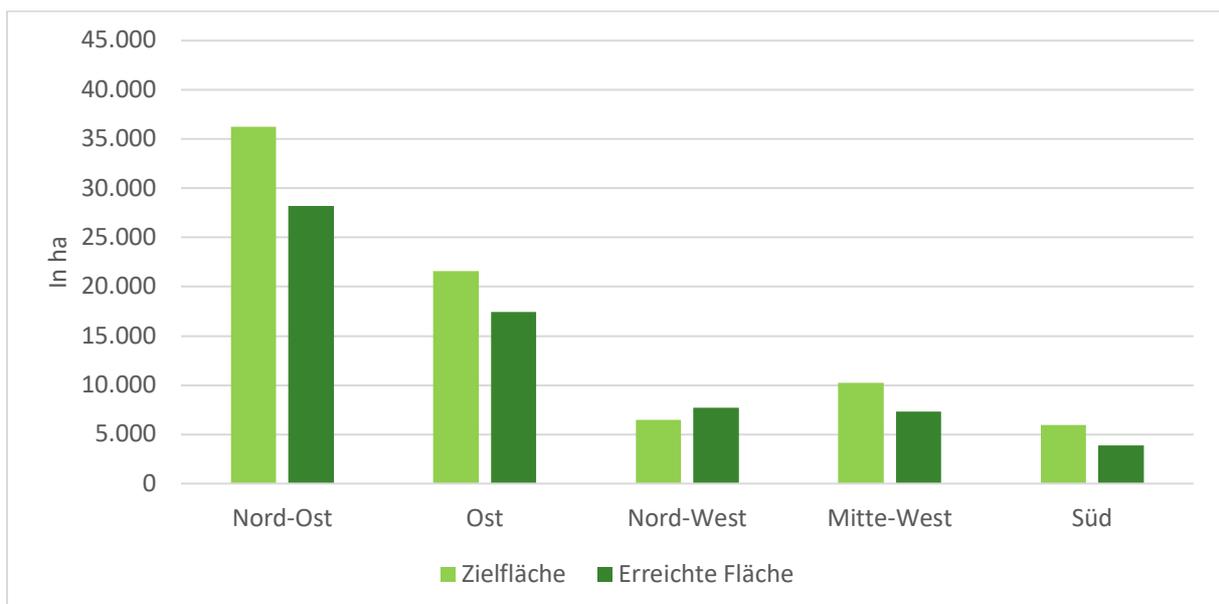


Abbildung 15: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 3 „Reduktion der N-Verluste um 50 %“, im regionalen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung

6.1.4 Aufstockung der nicht-produktiven Flächen (NPF) auf 10 % (GD 4)

Nicht-produktive Flächen wie Blühstreifen, Brachflächen, Knicks/Gehölze oder Pufferstreifen spielen eine zentrale Rolle in der Förderung der Biodiversität. Die Auswertung zeigt, dass bereits eine Vielzahl an Betrieben aktiv Flächen aus der Produktion genommen oder erfolgreich Maßnahmen ergriffen hat, um 10 % ihrer Ackerfläche in nicht-produktive Flächen (NPF) umzuwandeln. Abbildung 16 verdeutlicht, dass 36,4 % der Betriebe das Ziel von 10 % NPF erreicht haben. 63,6 % der Betriebe befinden sich noch auf dem Weg dorthin.

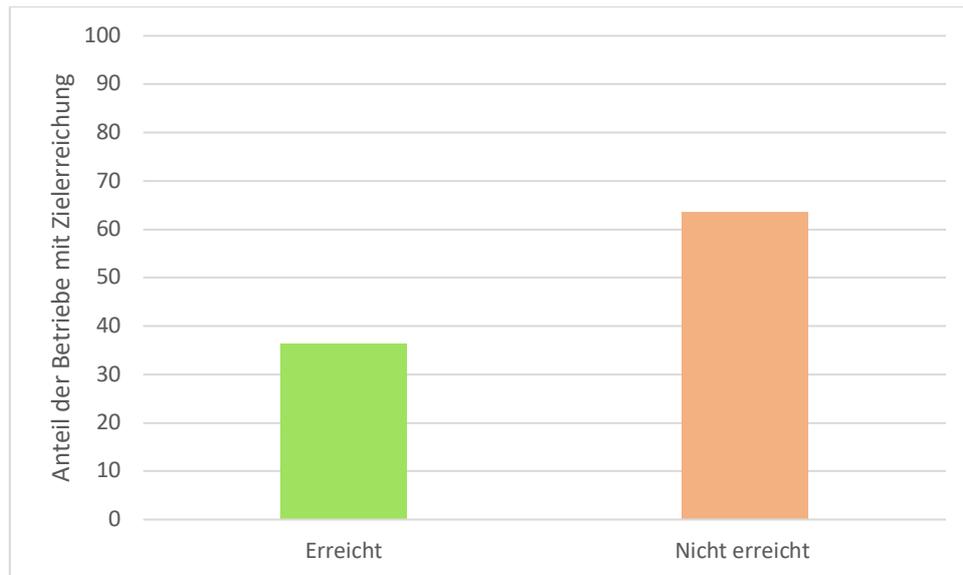


Abbildung 16: Anteil der Betriebe, die GD 4 „Aufstockung der NPF auf 10 %“ erreicht haben

Quelle: Eigene Darstellung

Betrachtet man nun erreichte Fläche (Abbildung 17), zeigt sich, dass die Zielvorgabe auf 57,7 % der vorgesehenen Fläche erreicht werden konnte. Vorgegeben waren dabei 7.163 ha und erreicht wurden 4.132 ha. Trotz erster Erfolge gibt es bei diesem Green Deal-Ziel noch Potenzial. Wichtig zu erwähnen ist, dass eine komplette Stilllegung von Betrieben nicht das Ziel ist. Daher wird überlegt, eine Kappung bei 20 % der Ackerfläche anzusetzen. So könnte in einem 100 ha Ackerbaubetrieb maximal 20 ha Grünbrache/NPF angelegt werden.

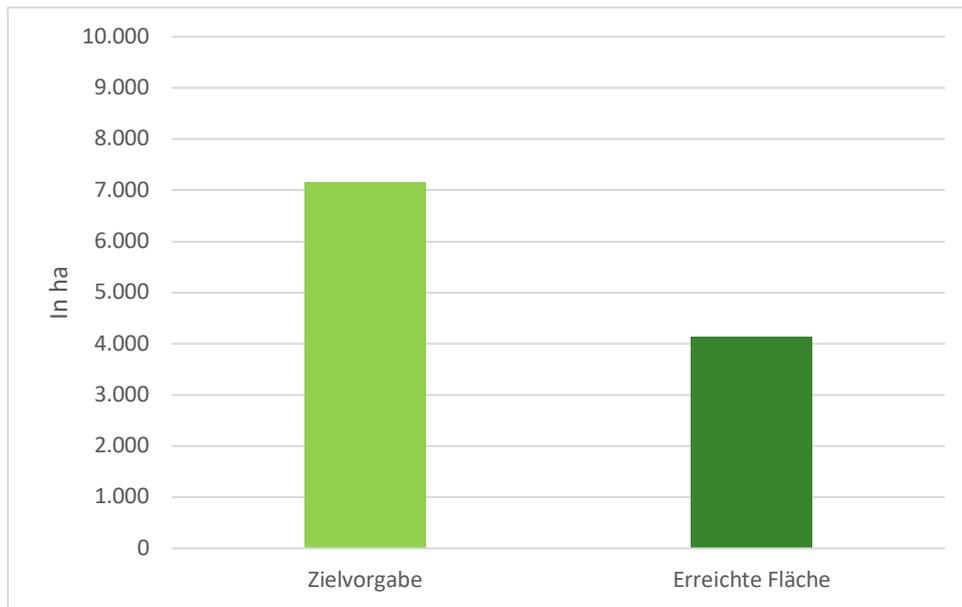


Abbildung 17: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 4 „Aufstockung der NPF auf 10 %“

Quelle: Eigene Darstellung

6.1.4.1 „Aufstockung der NPF auf 10 %“ in der regionalen Betrachtung

Die Umsetzung des Ziels „Aufstockung der nicht-produktiven Flächen auf 10 %“ fällt in allen Regionen relativ gering aus (siehe Abbildung 18). In keiner der fünf Regionen liegt der Anteil der Betriebe mit Zielerreichung über 50 %. Die höchsten Anteile haben der Osten (Zielerreichung von 43,8 %) und Süden (Zielerreichung von 44,4 %). Im Osten könnten geringe Deckungsbeiträge in der landwirtschaftlichen Produktion eine Rolle spielen. Im Süden gibt es vermutlich viele Flächen, die aufgrund der geografischen Lage für die intensive landwirtschaftliche Produktion ungeeignet sind.

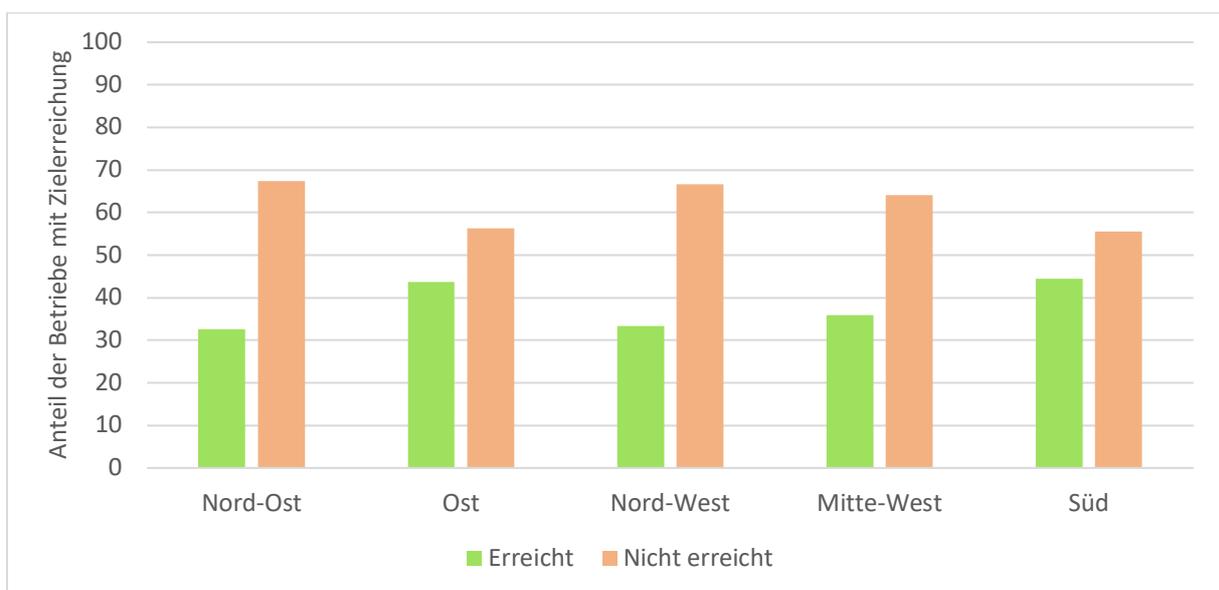


Abbildung 18: Anteil der Betriebe, die GD 4 „Aufstockung der NPF auf 10 %“ erreicht haben im regionalen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung

Die tatsächlich erreichte Fläche variiert regional stark (siehe Abbildung 19). Der Nord-Westen übertrifft die Zielvorgaben als einzige Region. Während die anderen vier Regionen eine Zielerreichung zwischen 50 % und 60 % aufweisen. Diese Ungleichheit zeigt, dass in bestimmten Regionen zusätzliche Anreize notwendig sind, um mehr Landwirte zur „Aufstockung der NPF auf 10 %“ zu motivieren.

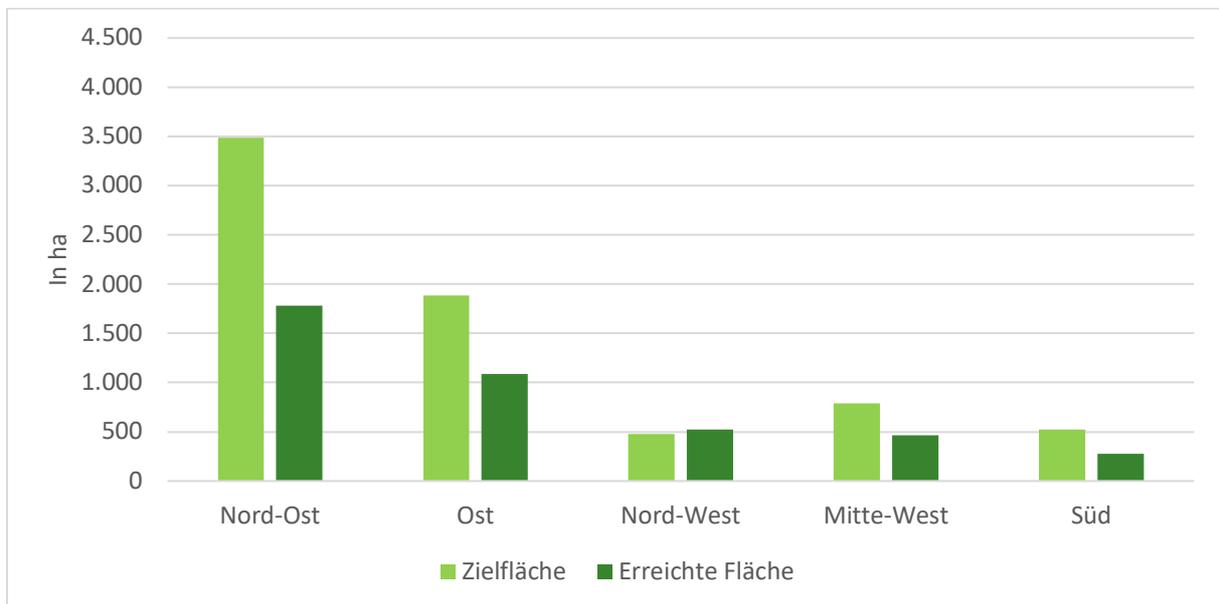


Abbildung 19: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 4 „Aufstockung der NPF auf 10 %“, im regionalen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung

6.1.5 Biodiversitätsstrategie (GD 5)

Die „Biodiversitätsstrategie“ stellt das letzte der fünf Green Deal-Ziele dar. Ziel ist es, dass Betriebe gezielte Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt umsetzen. 66,4 % der Betriebe (siehe Abbildung 20) konnten das Ziel erreichen und biodiversitätsfördernde Maßnahmen integrieren. Dieses Ergebnis zeigt eine hohe Akzeptanz solcher Maßnahmen in der Landwirtschaft.

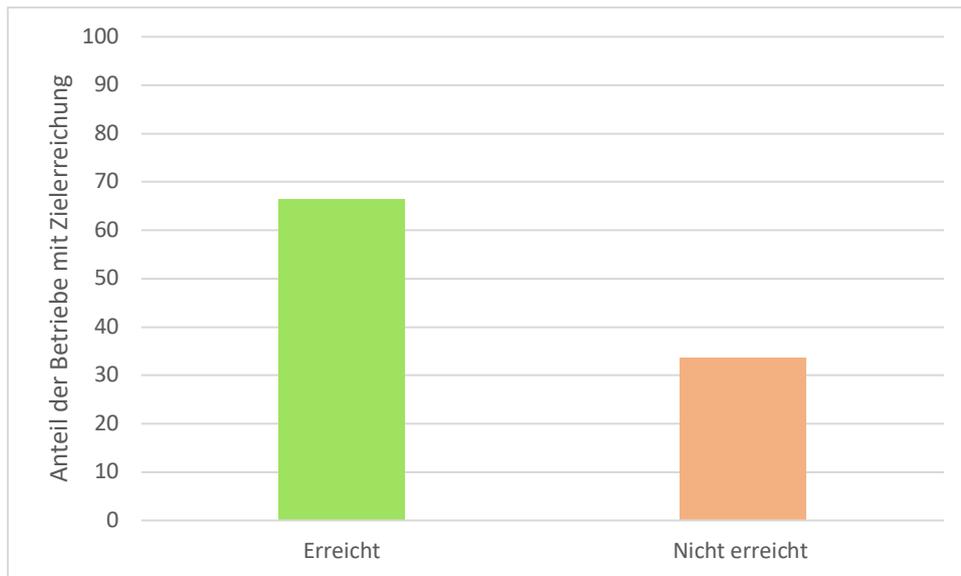


Abbildung 20: Anteil der Betriebe, die GD4 „Biodiversitätsstrategie“ erreicht haben

Quelle: Eigene Darstellung

Auf Ebene der Flächen konnte ein Zielerreichungsgrad von 111,4 % festgestellt werden (siehe Abbildung 21). Die Zielvorgabe lag bei 84.034 ha, erreicht wurden 93.627 ha. Hier zeigt sich der gleiche Trend, der schon in GD 1 zu sehen war: Nicht alle Betriebe erreichen das Ziel, aber die tatsächlich umgesetzte Fläche übertrifft die Zielvorgabe. Es kommt also zu einer Kompensation zwischen den Betrieben.

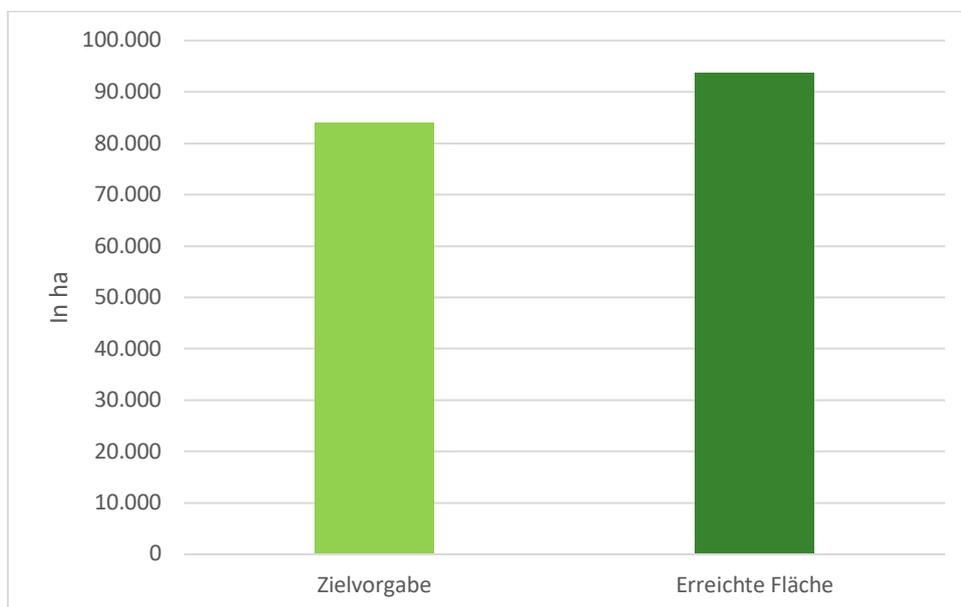


Abbildung 21: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 4 „Biodiversitätsstrategie“

Quelle: Eigene Darstellung

6.1.5.1 Die „Biodiversitätsstrategie“ in der regionalen Betrachtung

Die „Biodiversitätsstrategie“ weist, ähnlich wie GD 1 „Reduktion der N-Düngung um 20 %“, einen hohen Anteil an Betrieben mit Zielerreichung auf (siehe Abbildung 22). Besonders in den Regionen Süd und Ost wird das Ziel häufig erreicht. Im Süden erreichen 88,9 % der Betriebe dieses, im Osten 81,3 %. Der hohe Anteil an Betrieben im Süden mit Zielerreichung lässt sich vermutlich auf die dort vorhandenen landwirtschaftlichen Strukturen zurückführen, die es den Landwirten erleichtern, biodiversitätsfördernde Maßnahmen umzusetzen. Auch die stark ausgeprägte Zweite Säule in Bayern und Baden-Württemberg führt dazu, dass Landwirte bereits viel Erfahrung mit AUKMs haben. Diese Erfahrungen können in die künftige Agrarpolitik einfließen. Im Osten ist der hohe Anteil an Betrieben mit Zielerreichung vermutlich an den großen Betriebsstrukturen zurückzuführen, die es den Landwirten ermöglichen, ausreichend Maßnahmenfläche bereitzustellen, um das Ziel zu erfüllen.

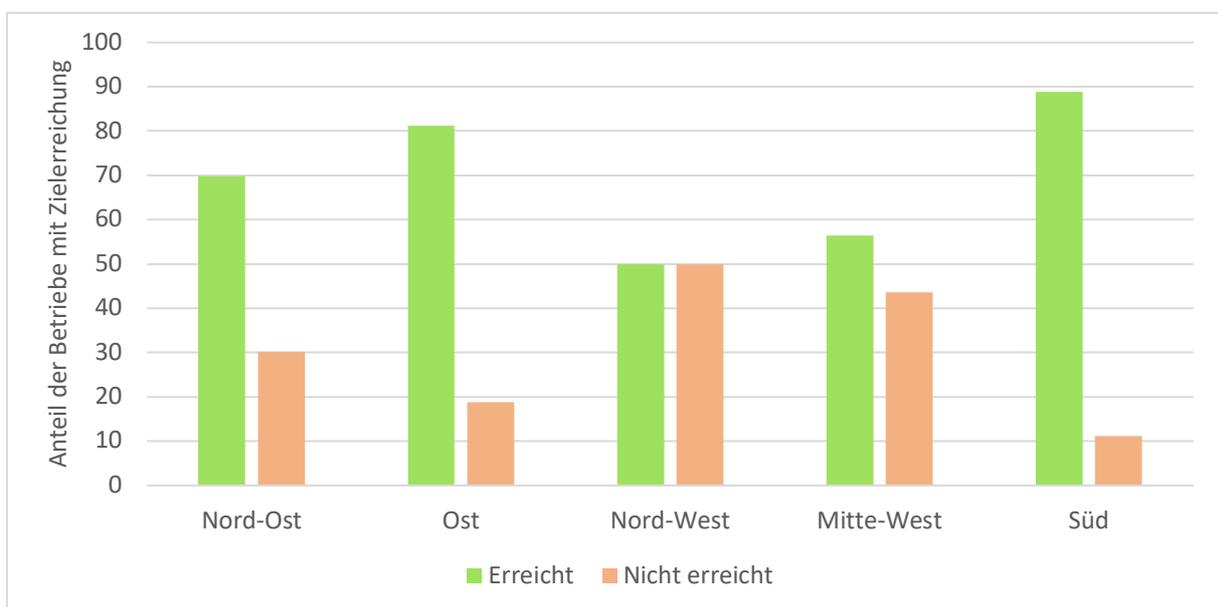


Abbildung 22: Anteil der Betriebe, die GD 5 „Biodiversitätsstrategie“ erreicht haben, im regionalen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung

Auch auf Flächenebene wird die „Biodiversitätsstrategie“ regional unterschiedlich umgesetzt. Der Süden ist mit einer Zielerreichung von 158,3 % führend (siehe Abbildung 23). Lediglich in Mitte-West liegt der Zielerreichungsgrad unter 100 %. Insgesamt zeigt sich, dass der Anteil der Betriebe mit Zielerreichung und der flächenbezogene Zielerreichungsgrad bei der „Biodiversitätsstrategie“ weitgehend übereinstimmen.

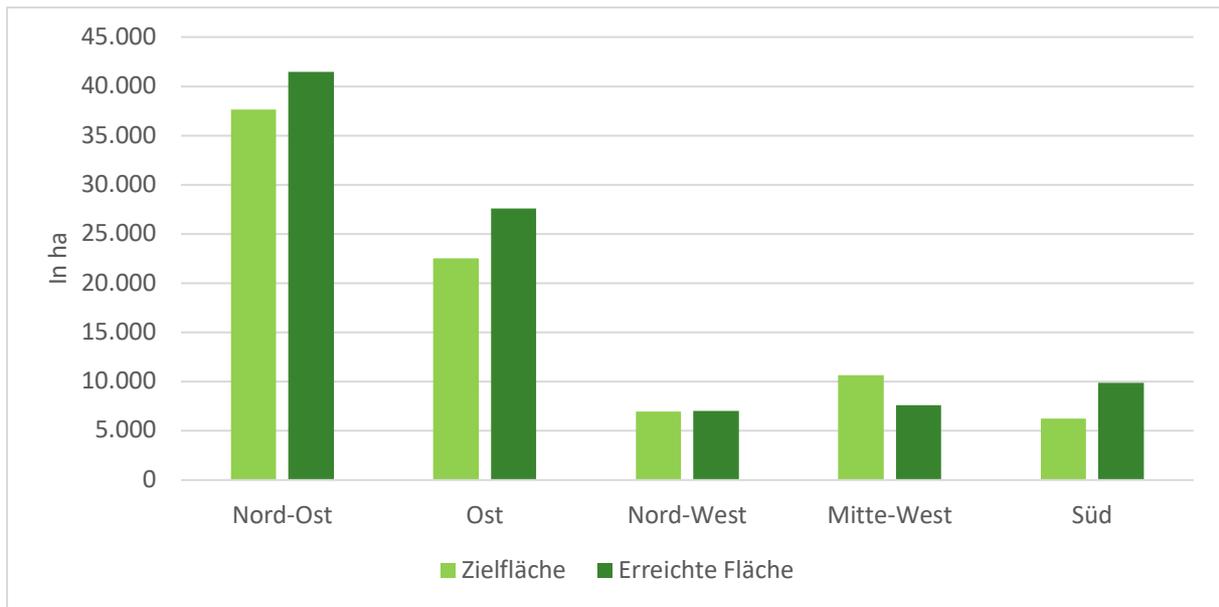


Abbildung 23: Zielvorgabe und erreichte Fläche bei GD 5 „Biodiversitätsstrategie“ im regionalen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung

6.1.6 Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse der Berechnungen zeigen, dass für die Erreichung der meisten Green Deal-Ziele in dieser Stichprobe erhebliche Fortschritte erzielt wurden. Einige Betriebe erreichen diese Ziele ohne großen Mehraufwand, während andere erhebliche Anpassungen vornehmen müssen. In Abbildung 24 wird deutlich, dass lediglich 15 Landwirte (10,7 % der teilnehmenden Betriebe) keines der fünf Ziele bei einer Zielfläche von 100 % erreichen konnten. 18 Betriebe (12,9 %) erreichten ein Ziel, 36 Betriebe zwei Ziele (25,7 %), 34 Betriebe drei Ziele (24,3 %), 22 Betriebe vier Ziele (15,7 %), und 15 Betrieben (10,7 %) konnten alle fünf Green Deal-Ziele umsetzen.

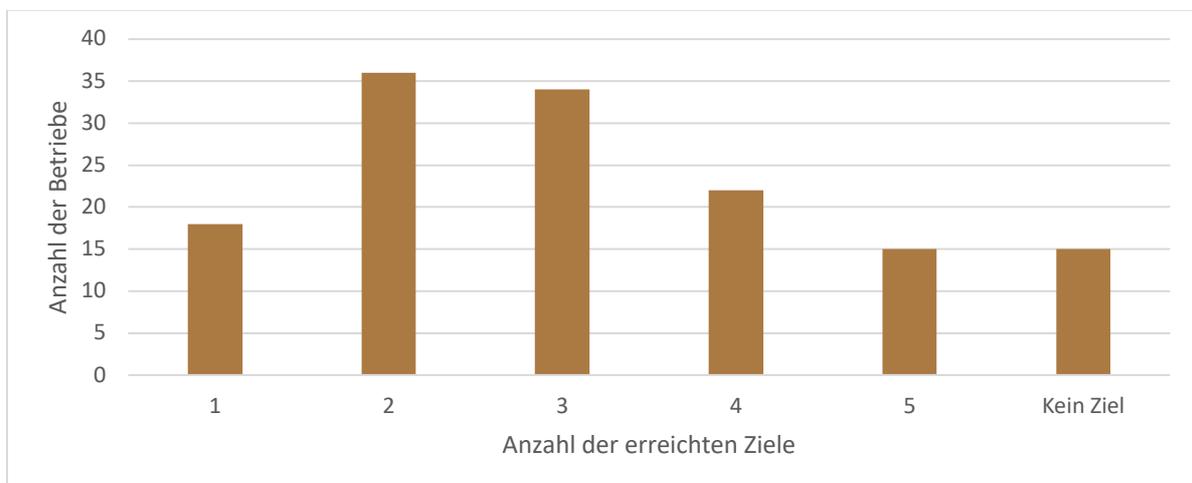


Abbildung 24: Anzahl der Betriebe die eins bis fünf Ziele erreichen konnten, bzw. ohne Ziel beendet haben

Quelle: Eigene Darstellung

Die Analyse der Betriebe, die kein Ziel erreichten, zeigt, dass es sich größtenteils um verhältnismäßig große und intensiv wirtschaftende Betriebe handelt. 77 % dieser Betriebe wirtschaften konventionell, werden im Haupterwerb geführt und bewirtschaften keine Flächen in roten Gebieten, die sie einschränken würden. Zudem betreiben 50 % ausschließlich Ackerbau. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei 675,2 ha, und falls Tiere gehalten werden, handelt es sich um überdurchschnittliche viele Stallplätze (z.B. 160.000 Stallplätze in der Geflügelmast).

Besonders die hohe Zielerreichung (in ha) der Green Deal-Ziele „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ und „Biodiversitätsstrategie“ auf Betriebsebene unterstreicht sowohl die Akzeptanz als auch die praktische Umsetzbarkeit der beiden Ziele durch die Landwirte. Gleichzeitig offenbaren die Ergebnisse Optimierungspotenziale. Eine Erweiterung des Beratungsangebotes könnte dazu beitragen, Betriebe gezielt zu unterstützen, die noch Schwierigkeiten bei der Zielerreichung haben und möglicherweise nicht genau wissen, wie sie die Maßnahmen am besten umsetzen können. Zudem könnten finanzielle Anreize verstärkt werden, um gezielt jene Betriebe zu adressieren, die aktuell noch Probleme bei der Umsetzung haben. Wichtig wäre weiterhin, gezielt jene Ziele zu adressieren, die bisher noch nicht so gut erreicht werden – insbesondere die „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ oder auch „Aufstockung der NPF auf 10 %“. Zu guter Letzt sollten die Fortschritte kontinuierlich geprüft werden, um sicherzustellen, dass die gesetzten Ziele und Maßnahmen relevant und umsetzbar bleiben. Durch eine flexible Anpassung der Maßnahmen an die aktuellen Gegebenheiten kann ihre Effektivität langfristig verbessert werden. Eine Kombination aus finanziellen Anreizen, Beratung und Monitoring kann dazu beitragen, die Ziele des Green Deals langfristig noch effektiver zu erreichen.

Die regionale Analyse zeigt, dass die Zielerreichung der Green Deal-Vorgaben stark von den jeweiligen regionalen Bedingungen abhängt. Dies ist zum einen auf die unterschiedlich hohen Deckungsbeiträge der landwirtschaftlichen Produktion in den Regionen zurückzuführen, zum anderen auf die Praktikabilität der Maßnahmen für die jeweiligen Betriebe. Ein Beispiel dafür ist der Süden Deutschlands, wo die Landwirte über umfangreiche Erfahrung mit Maßnahmen der Zweiten Säule verfügen. Dies spiegelt sich in der hohen Zielerreichung bei der „Biodiversitätsstrategie“ wider. Dieses Erkenntnis legt nahe, dass die Maßnahmen stärker an die spezifischen Gegebenheiten der Regionen angepasst werden sollten, um regionale Besonderheiten gezielt zu berücksichtigen. Darüber hinaus könnte eine differenzierte finanzielle Ausgestaltung der Maßnahmen sinnvoll sein, um die regional variierenden Deckungsbeiträge auszugleichen. Eine ausführliche Diskussion möglicher Anpassungen und Strategien zur besseren räumlichen Durchdringung wird in der Schlussbetrachtung erfolgen. Generell lässt sich jedoch festhalten, dass eine gezielte Unterstützung der Regionen mit geringen

Zielerreichungsgraden wesentlich dazu beitragen könnte, die flächendeckende Umsetzung der Green Deal-Vorgaben in Deutschland optimieren.

6.2 Anzahl der erreichten Ziele, sowie Zielvorgaben und erreichte Flächen bei verringerten Zielvorgaben von 50 % bis 90 %

Um herauszufinden, ob eine Reduktion der Zielvorgaben zu einer höheren Anzahl an Betrieben mit erreichten Zielen führen würde, wurden die Zielflächen schrittweise auf 50 % bis 90 % der ursprünglichen Werte reduziert. Das bedeutet beispielsweise, dass ein Betrieb mit einer ursprünglichen Zielfläche von 100 ha bei einer Zielvorgabe von 50 % nur noch 50 ha erreichen müsste. Diese Anpassung zeigt deutliche Auswirkungen auf den Anteil der Betriebe, die ihre Ziele erreichen.

6.2.1 Reduktion der N-Düngung um 20 % (GD 1)

Beim Ziel „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ führte die Verringerung der Zielvorgabe zu einem höheren Anteil an Betrieben mit Zielerreichung (siehe Abbildung 25). Dies zeigt, dass niedrigere Zielvorgaben eine breitere Teilnahme ermöglichen und mehr Betriebe in der Lage sind, das Ziel zu erreichen. Bei einer Zielvorgabe von 50 % können knapp 90 % der Betriebe GD 1 erreichen. Mit steigender nimmt der Anteil der Betriebe mit Zielerreichung kontinuierlich ab.

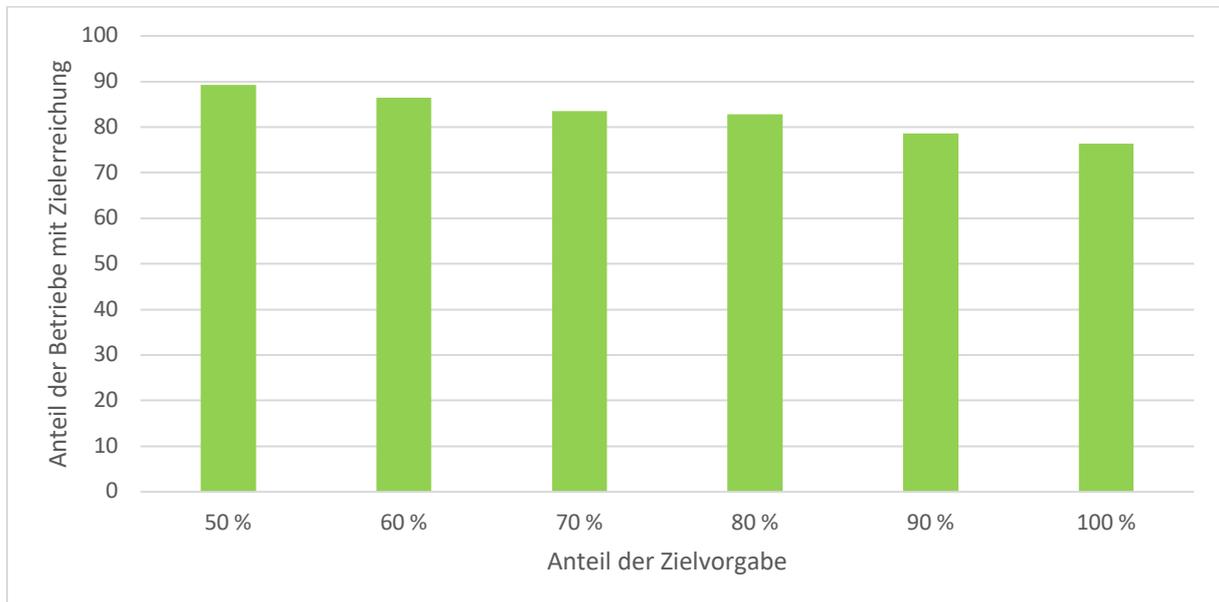


Abbildung 25: Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (GD 1)

Quelle: Eigene Darstellung

Auch die erreichte Fläche steigt mit verringerter Zielvorgabe an (siehe Abbildung 26). Während die Zielerreichung bei einer 100 %-Vorgabe noch bei 146,7 % liegt, steigt sie bei einer 50 %-Vorgabe auf 293,4 %. Die rote Linie in Abbildung 26 zeigt, dass die erreichte Zielfläche in keinem der Szenarien unter

100 % fällt. Dies verdeutlicht, dass eine Anpassung der Zielflächen nach unten zwar die Beteiligung der Betriebe erhöht, eine Reduktion der Zielfläche jedoch nicht zwingend erforderlich wäre.

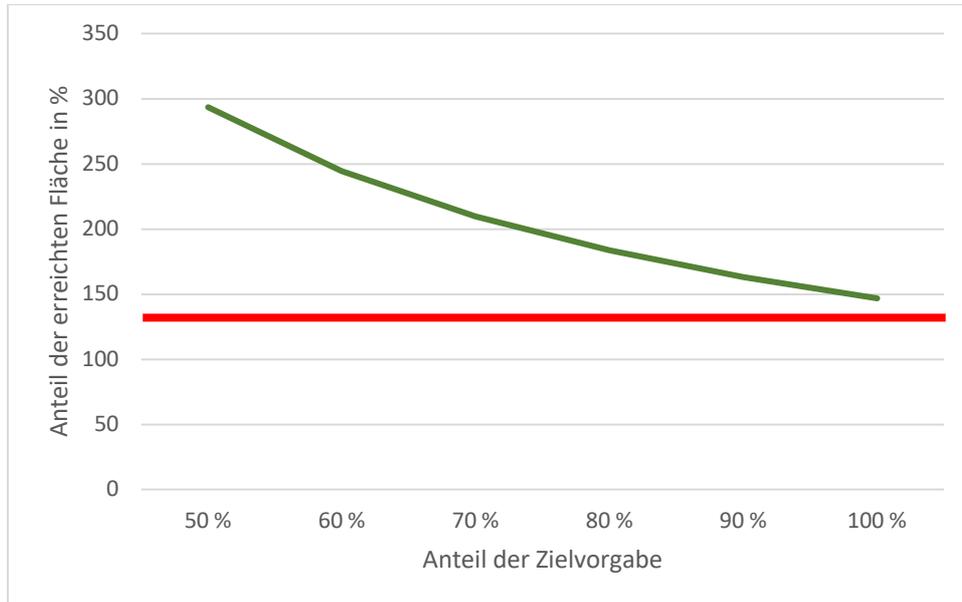


Abbildung 26: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (GD 1)

Quelle: Eigene Darstellung

6.2.2 Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 % (GD 2)

Die Reduzierung der Anforderungen im Ziel „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ führte nicht zu einer so starken Erhöhung der Zielerreichung wie erwartet (siehe Abbildung 27). Während bei einer Zielvorgabe von 100 % der Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei 27,9 % liegt, steigt dieser bei einer Vorgabe von 50 % lediglich auf 40,7 % Dies deutet darauf hin, dass insbesondere Betriebe mit intensiver Bewirtschaftung vor großen Herausforderungen bei der Umsetzung der PSM-Reduktion stehen. Die Anpassung der Schwellenwerte erlaubt es diesen Betrieben, sich an das Thema der PSM-Reduktion zu gewöhnen und schrittweise die Bewirtschaftung umzustellen.

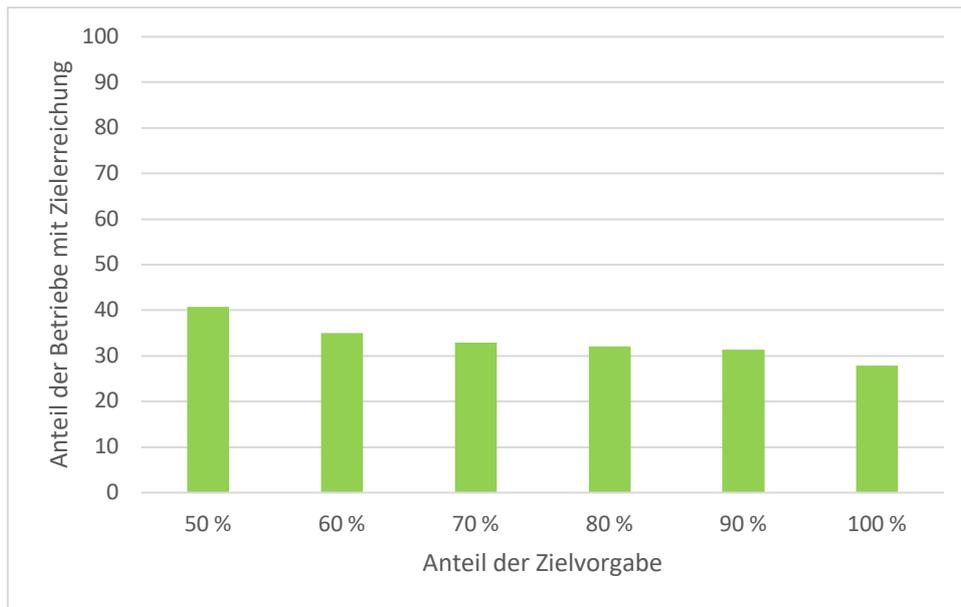


Abbildung 27: Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ (GD 2)

Quelle: Eigene Darstellung

Die Zielerreichung auf Flächenebene verdoppelt sich zwischen einer Zielvorgabe von 100 % (25,6 %) und einer Zielvorgabe von 50 % (51,2 %) (siehe Abbildung 28). Dies zeigt, dass eine Anpassung der Anforderungen nach unten zwar dazu beiträgt, die Zielerreichung auf Flächenebene zu verbessern, aber dennoch nicht ausreicht, um die erforderliche Gesamtfläche von GD 2 zu generieren. Eine Anpassung nach unten würde zwar mehr Betrieben ermöglichen, das Ziel zu erreichen, doch der flächenbezogene Effekt wäre begrenzt. Um sowohl eine höhere Teilnahmequote als auch eine ausreichende Flächenumsetzung zu gewährleisten, sollten gezielte Maßnahmen zur Unterstützung der Betriebe entwickelt werden. Dabei könnte sowohl eine Optimierung der verfügbaren Maßnahmen als auch eine Anpassung der finanziellen Anreize dazu beitragen, die Motivation zur Reduktion des PSM-Einsatzes zu steigern.

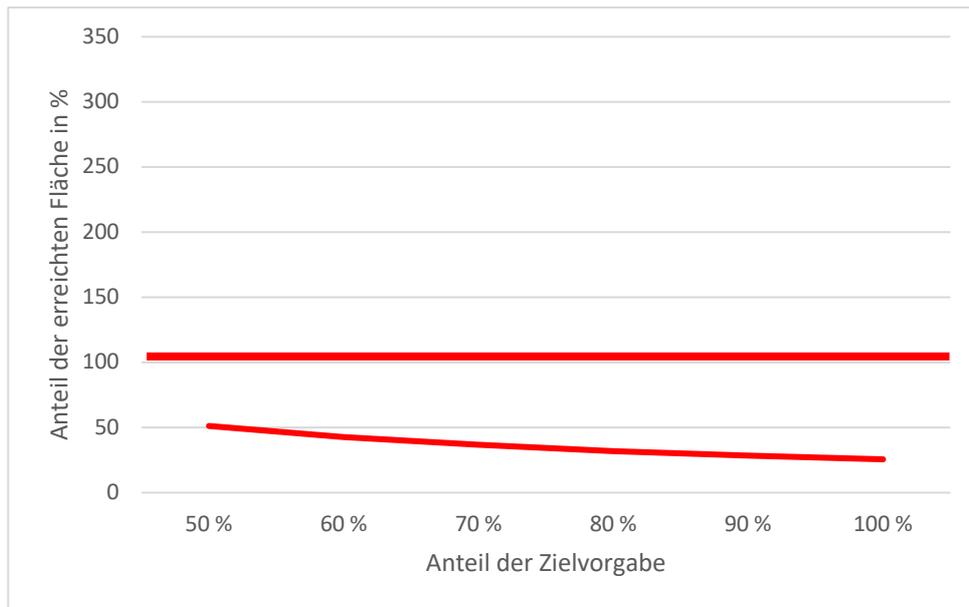


Abbildung 28: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ (GD 2)

Quelle: Eigene Darstellung

6.2.3 Reduktion der N-Verluste um 50 % (GD 3)

Die Ergebnisse im Ziel „Reduktion der N-Verluste um 50%“ (siehe Abbildung 29) zeigen eine deutliche Verbesserung bei der Zielerreichung, wenn die Zielvorgabe reduziert wird. Während bei einer Zielvorgabe von 100 % nur 46,6 % der Betriebe dieses Ziel erreichen, steigt der Anteil bei einer Reduktion der Vorgabe auf 50 % bereits auf 82,1 %.

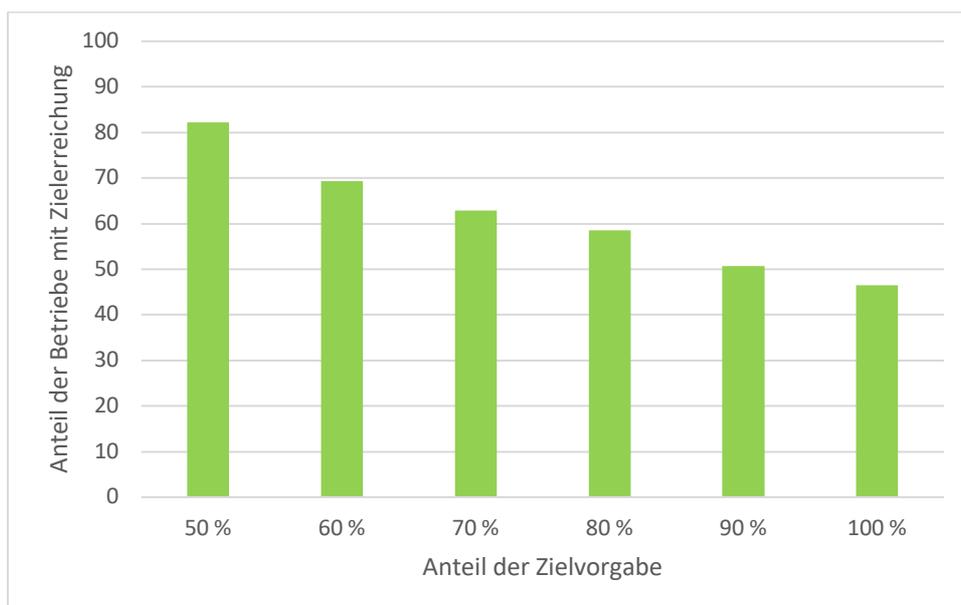


Abbildung 29: Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ (GD 3)

Quelle: Eigene Darstellung

Bemerkenswert ist, dass der Zielerfüllungsgrad auf der Fläche proportional zur Anpassung der Zielvorgaben steigt. Abbildung 30 verdeutlicht, dass bereits bei einer reduzierten Zielerreichung von 50 % bis 80 % mehr als 100 % der Zielfläche erreicht werden würde. Dies bedeutet, dass in GD 3 bereits eine geringe Reduktion der Zielvorgaben ausreichen könnte, um die benötigte Fläche vollständig erreichen zu könnte.

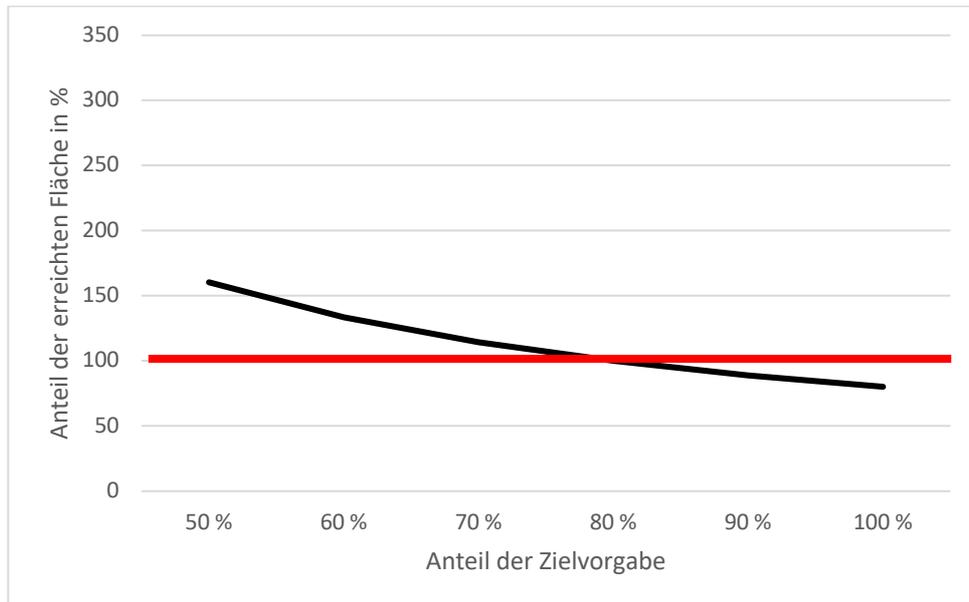


Abbildung 30: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ (GD 3)

Quelle: Eigene Darstellung

6.2.4 Aufstockung der nicht-produktiven Fläche (NPF) auf 10 % (GD 4)

Die Reduktion der Zielvorgabe hat die Zielerreichung im Ziel „Aufstockung der NPF auf 10 %“ erhöht, insbesondere für Betriebe mit höheren Opportunitätskosten (siehe Abbildung 31). Durch die geringeren Anforderungen konnten mehr Betriebe nicht-produktiven Flächen in ihre bestehenden Betriebskonzepte einbinden, ohne dabei landwirtschaftlich wertvolle Flächen stillgelegt zu müssen. Bei einer Senkung der Zielvorgabe auf 50 % erreichen knapp 60 % der Landwirte dieses Ziel.

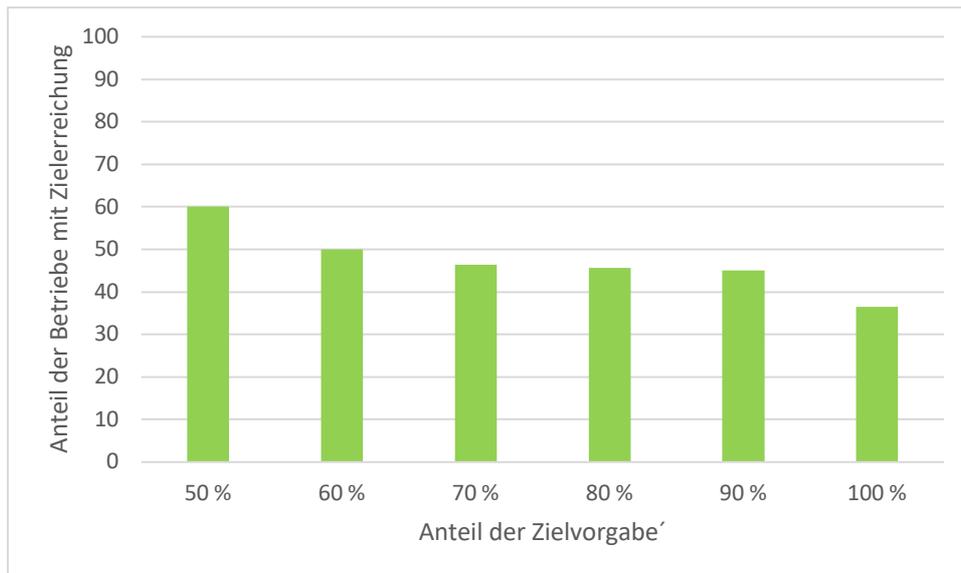


Abbildung 31: Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Aufstockung der NPF auf 10 % (GD 4)

Quelle: Eigene Darstellung

Gleichzeitig steigt der Anteil der erreichten Fläche mit den verringerten Zielvorgaben an (siehe Abbildung 23). Allerdings zeigt die in Abbildung 32 markierte rote Linie, dass die geforderte Zielfläche lediglich bei einer Zielvorgabe von 50 % erreicht wird. Bereits ab einer Zielvorgabe von 60 % fällt die tatsächlich erreichte Fläche unter diesen Wert. Dieses Ergebnis zeigt, dass eine Anpassung der Zielvorgaben ein wichtiger Anreiz für einige Betriebe darstellt, an der Maßnahme teilzunehmen. Dennoch ist eine weitere Nachsteuerung erforderlich, sei es bei der flexiblen Anrechenbarkeit von Landschaftselementen, Wasserrandstreifen o.ä. oder auch bei der Anpassung der Prämienhöhe.

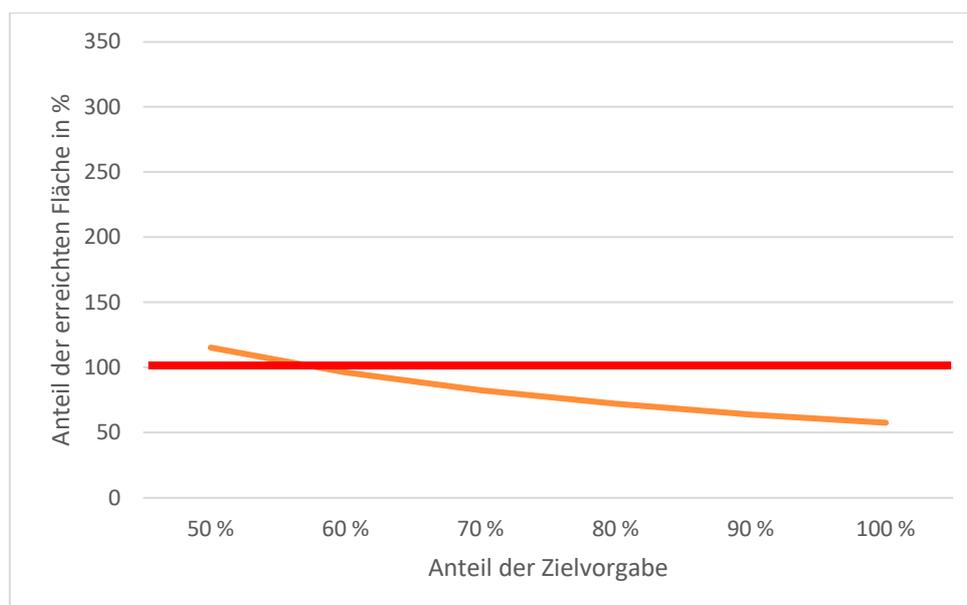


Abbildung 32: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Aufstockung der NPF auf 10 %“ (GD 4)

Quelle: Eigene Darstellung

6.2.5 Biodiversitätsstrategie

Die Zielerreichung des fünften Green Deal-Zieles „Biodiversitätsstrategie“ profitiert ebenfalls von einer reduzierten Zielvorgabe. Bei einer Zielvorgabe von 50 % würden 89,3 % der Betriebe das Ziel erreichen (siehe Abbildung 33).

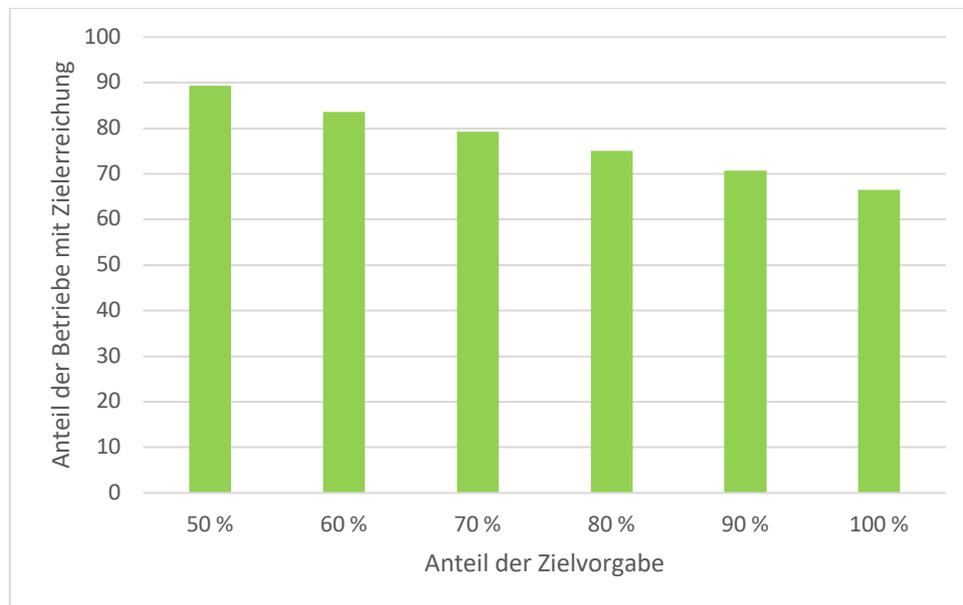


Abbildung 33: Anteil der Betriebe mit Zielerreichung bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Biodiversitätsstrategie“ (GD 5)

Quelle: Eigene Darstellung

Der Erreichungsgrad der flächenbezogenen Zielvorgabe steigt ebenfalls massiv mit der Reduktion der Zielvorgabe. Bei einer 100 %-Vorgabe liegt die Zielerreichung bei 111,4 % der Fläche. Bei einer 50 %-Vorgabe verdoppelt sich dieser Wert auf 222,8 %. Die in Abbildung 34 markierte rote Linie verdeutlicht, dass – ähnlich wie bei GD 1 – die erreichte Fläche in keinem Szenario unter die 100 % fällt. Dies zeigt, schon bei der vollen Zielfläche stellen ausreichend Betriebe Flächen für die „Biodiversitätsstrategie“ zur Verfügung. Eine Senkung der Zielvorgaben ist daher nicht zwingend erforderlich, um die erforderliche Fläche zu erreichen, könnte aber trotz dessen mehr Betriebe zur Teilnahme motivieren.

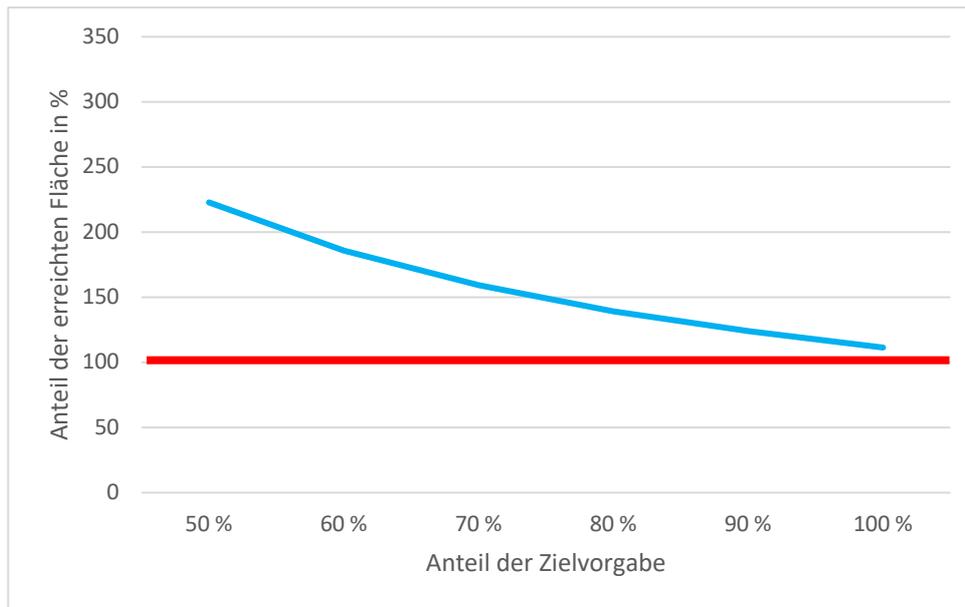


Abbildung 34: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) für „Biodiversitätsstrategie“ (GD 5)

Quelle: Eigene Darstellung

6.2.6 Zusammenfassung und Empfehlungen

Die zusammenfassende Betrachtung der Ergebnisse zeigt (Abbildung 35), dass die Reduktion der Zielvorgaben zu einem deutlichen Zugewinn sowohl beim Anteil der Betriebe mit Zielerreichung als auch bei den erreichten Flächen geführt hat. Dieser fällt allerdings in den unterschiedlichen Green Deal-Zielen unterschiedlich stark aus. Inwieweit eine Anpassung der Zielvorgabe nach unten sinnvoll ist oder doch eher eine Erhöhung der Prämienzahlungen nach oben, bedarf einer differenzierten Betrachtung.

Final lässt sich aber sagen, dass die Reduktion der Zielvorgaben auf 50 % bis 90 % sich als effektives Instrument zur Steigerung der Beteiligung zeigt. Sie erleichtert den Übergang zu nachhaltigeren landwirtschaftlichen Praktiken. Die endgültige Entscheidung über die optimale Strategie erfolgt in einer ausführlichen Schlussbetrachtung.

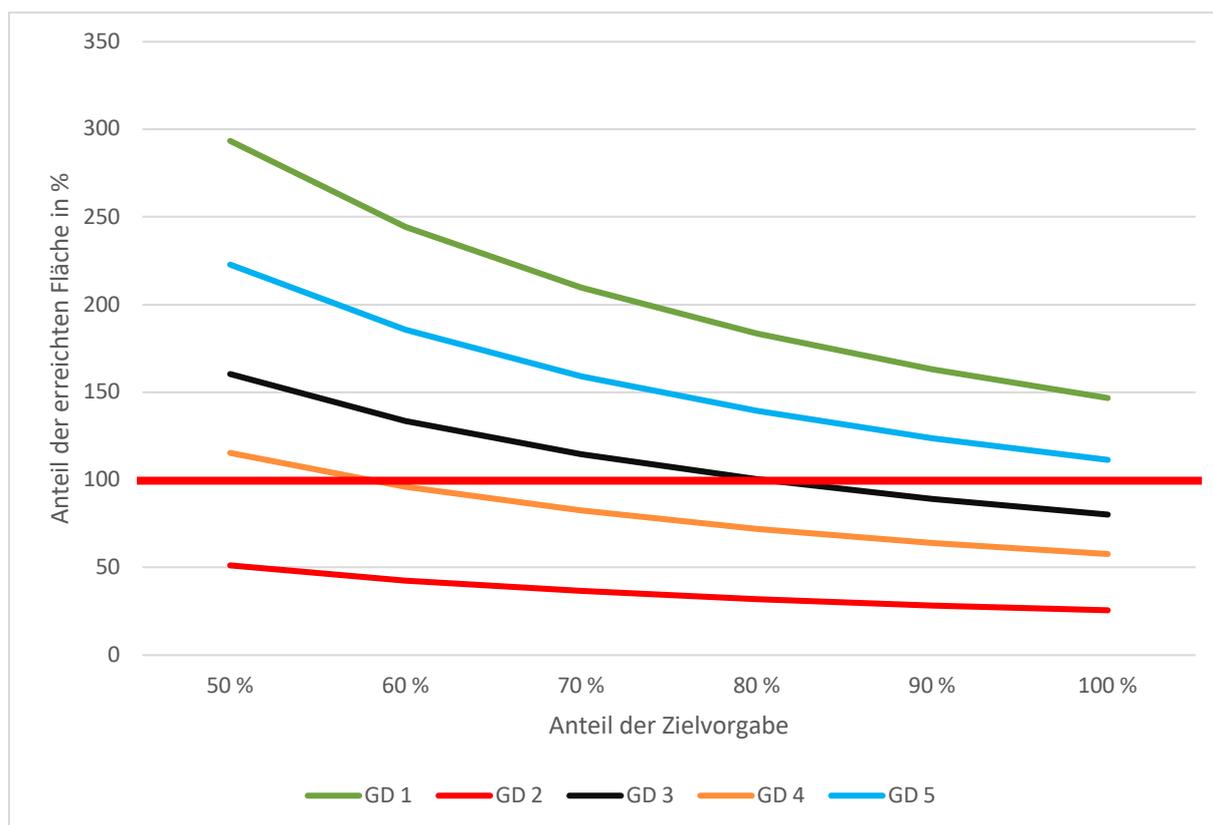


Abbildung 35: Anteil der erreichten Zielfläche bei verringerter Zielvorgabe (50 % bis 90 %) im Vergleich für alle Green Deal-Ziele

Quelle: Eigene Darstellung

6.3 Welche Maßnahmen wählen die Landwirte bevorzugt, um die Ziele zu erreichen?

Der Maßnahmenkatalog der *Erfolgsorientierten Agrarprämie* bildet zusammen mit der Faktorenmatrix (siehe Anhang 6) die Basis für die Umsetzung der Green Deal-Ziele und dient als Grundlage für die Prämienzahlungen an die Landwirte. Er bietet den Landwirten verschiedene Optionen, um die Green Deal-Ziele optimal auf ihren Betrieben erreichen zu können. Der Maßnahmenkatalog gegliedert sich in Grünlandmaßnahmen, ackerbauliche Maßnahmen, Flächen aus der Produktion und übergreifende Maßnahmen. Im Folgenden werden die einzelnen Maßnahmen kurz genannt und beschrieben (eine detaillierte Auflistung und Beschreibung der Maßnahmen befindet sich in Anhang 7):

- **Grünlandmaßnahmen**

- **Altgrasstreifen (G1):** Anlage von 10 % Altgrasstreifen pro Hektar Grünland (100 €/ha)
- **Artenreiches Grünland (G2):** Maximal 65 kg/ha organischer Stickstoff, keine mineralische Düngung (240 €/ha)
- **Extensive Weidetierhaltung (G3):** Mindestens 180 Tage Weidegang pro Jahr (350 €/ha)
- **Stickstoffdüngungsreduktion (G5):** Reduktion der N-Düngung um 20 % (90 €/ha)
- **Verzicht auf organische Düngung (G6):** Verzicht auf organisches N (200 €/ha)

- **Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger (G7):** Genereller Verzicht auf PSM und mineralisches N (200 €/ha)
- **Ackerbauliche Maßnahmen**
 - **Leguminosenanbau (A1):** Anbau großkörniger Leguminosen ohne N-Düngung (200 €/ha)
 - **Halbierter Pflanzenschutzmitteleinsatz (A2):** Reduktion PSM um 50 % (165 €/ha)
 - **Mehnjähriger Ackerfutterbau (A3):** Zweijähriger Klee gras-Anbau auf AF (100 €/ha)
 - **Pflugverzicht (A4):** Keine tiefe Bodenbearbeitung in der Hauptkultur (50 €/ha)
 - **Stickstoffreduktion (A5):** Reduktion der N-Düngung um 20 % (100 €/ha)
 - **Schlaginterne Segregation (A6, A7):** 90 % der Fläche mit 90 % N-Düngung und 10 % ohne Düngung oder Brache (110–120 €/ha)
 - **Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger (A8):** Genereller Verzicht auf PSM und mineralisches N (300 €/ha)
- **Fläche aus Produktion**
 - **Grünbrache (FAP1):** Stilllegung von Ackerland (750 €/ha)
 - **Nichtproduktive Flächen (FAP2):** Einbindung von Landschaftselementen (ohne Prämie)
 - **Aufwertung der Grünbrache mit Blühmischung (FAP 3):** optionale Aufwertung der Grünbrache durch Blühmischungen (200 €/ha)
- **Übergreifende Maßnahmen**
 - **Ansäuerung von Gülle (Ü1):** Reduziert N-Verluste bei der Ausbringung um 60 % (30 €/ha)
 - **Fruchtfolgeerweiterung (Ü2):** Mindestens fünf Kulturen auf der Ackerfläche (150 €/ha)
 - **Kleinteilige Landwirtschaft (Ü3):** Förderung kleiner Schläge unter 5 ha (60 €/ha)
 - **Räumlicher Kulturartenwechsel (Ü4):** nach 10 ha erfolgt der Wechsel der Hauptfrucht (50 €/ha)
 - **Unbearbeitete Stoppeläcker (Ü5):** Stoppeln überwintern auf dem Feld (50 €/ha)
 - **Winterbegrünung (Ü6):** Begrünung durch Untersaat oder Zwischenfrüchte (100 €/ha)

6.3.1 Gewählte Maßnahmen auf Grünland

Die Analyse der gewählten Grünlandmaßnahmen (siehe Abbildung 36) zeigt eine deutliche Tendenz hin zu biodiversitätsfördernden und extensiven Bewirtschaftungsformen. In 42 % der Betriebe wird „Artenreiches und extensives Grünland“ umgesetzt, gefolgt von 38 % „Altgrasstreifen“ sowie 36 % „Verzicht auf PSM und Mineraldünger“. Die „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ wird wiederum nur von 15 % der Betriebe umgesetzt und der „Verzicht auf organische Düngung“ auf 14 %. Hierbei ist zu beachten, dass der „Verzicht auf organische Düngung“ nur in Kombination mit dem „Verzicht auf PSM

und Mineraldünger“ gewählt werden kann. Dementsprechend entscheiden sich 14 % der Betriebe auf beides zu verzichten, während 12 % ausschließlich auf PSM und Mineraldünger verzichten.

Betrachtet man die Maßnahmen speziell für Viehhalter, fällt auf, dass 34 % der Betriebe „Extensive Weidetierhaltung“ wählen und 20 % „Weidetierhaltung“ umsetzen. Diese Werte erscheinen auf den ersten Blick recht niedrig, jedoch muss man beachtet werden, dass lediglich 61 % der befragten Betriebe überhaupt Tiere halten und beide Maßnahmen nicht miteinander kombiniert werden können. In Anbetracht dessen zeigt sich, dass viehhaltende Betriebe von diesen beiden Maßnahmen regen Gebrauch machen. Für die Zukunft wäre es ratsam, das Maßnahmenangebot für Viehbetriebe weiter auszubauen.

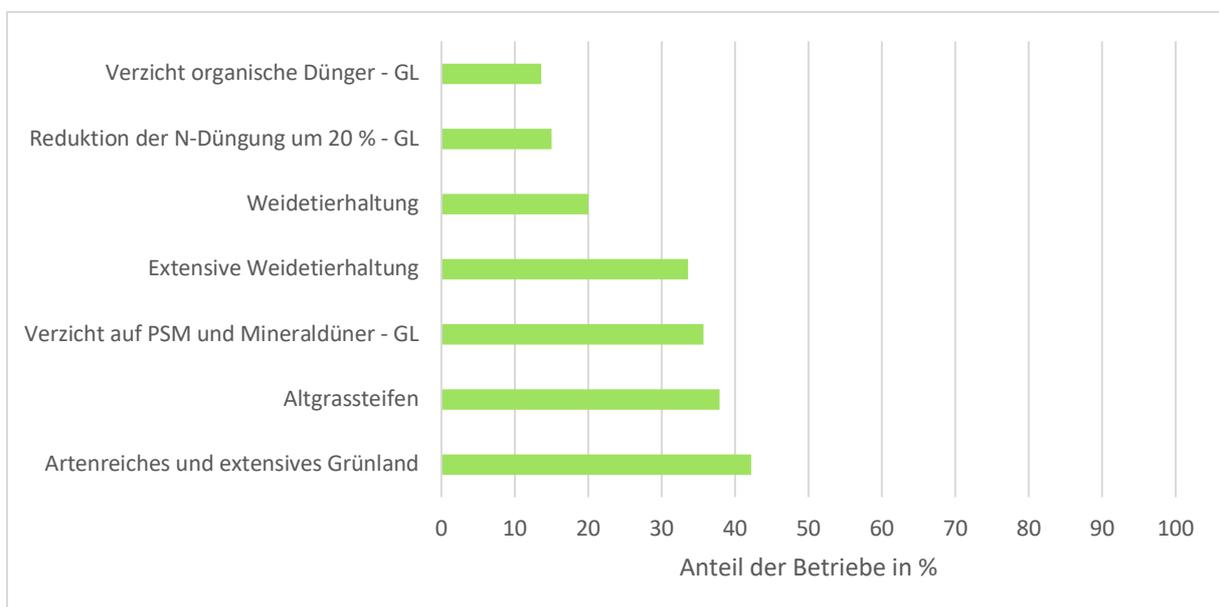


Abbildung 36: Von den Teilnehmern gewählte Maßnahmen auf Grünland

Quelle: Eigene Darstellung

6.3.2 Gewählte Maßnahmen auf Ackerland

Die Betrachtung der Ackerlandmaßnahmen (Abbildung 37) zeigt, dass der „Pflugverzicht“ mit großem Abstand die am häufigsten umgesetzte Maßnahme ist. 74 % der Betriebe entscheiden sich für diese Option. Ein möglicher Grund dafür könnte die Teilnahme vergleichsweise großer Betriebe an den Workshops sein, welche aufgrund ihrer Betriebsgrößen ohnehin weniger pflügen als kleinere Betriebe. Auch der „Anbau großkörniger Leguminosen“ erfreut sich großer Beliebtheit und wurde von 48 % der Betriebe gewählt. Ebenso wie der „Halbierte PSM-Einsatz“ (36 %) sowie die „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ (31 %). Deutlich seltener wurden hingegen die „Schlaginterne Segregation I“ und „II“ gewählt. Dies liegt vermutlich daran, dass beide Maßnahmen den teilnehmenden Landwirten noch wenig

bekannt sind, da sie erst neueren Datums sind und bisher kaum in der Praxis Anwendung gefunden haben.

Die Ergebnisse zeigen, dass Betriebe tendenziell Maßnahmen bevorzugen, die entweder bereits etabliert sind oder gut in bestehende Bewirtschaftungskonzepte integriert werden können. Neue Maßnahmen könnten daher durch gezielte Anreize interessanter gemacht und größeren Anklang in die Praxis finden.

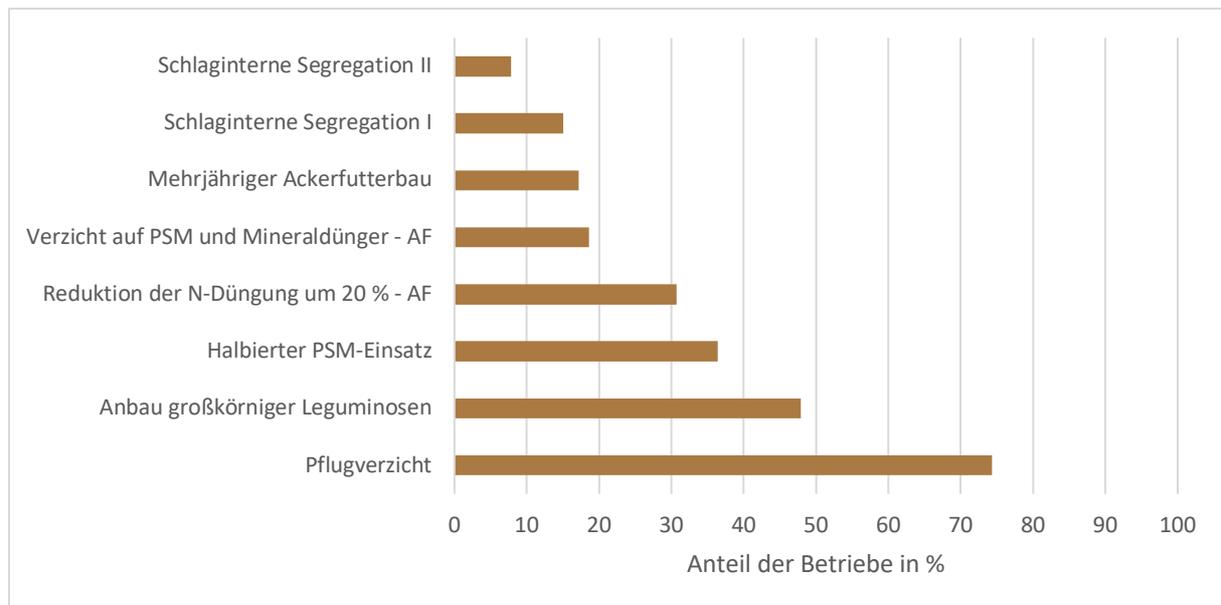


Abbildung 37: Von den Teilnehmern gewählte Maßnahmen auf Ackerland

Quelle: Eigene Darstellung

6.3.3 Gewählte Maßnahmen auf der nicht-produktiven Fläche

Bei der Umsetzung der „nicht-produktiven Fläche“ stehen den Landwirten primär zwei Maßnahmen zur Verfügung: Zum einen die Anlage einer „Grünbrache“ sowie deren „Aufwertung (der Grünbrache) mit Blümmischung“. Die Ergebnisse in Abbildung 38 zeigen, dass die „Grünbrache“ auf 78 % der Betriebe umgesetzt wurde. Von diesen haben 56 % zusätzlich eine Blümmischung zur Aufwertung der Flächen eingebracht. Somit lässt sich festhalten, dass 56 % der Betriebe eine Grünbrache mit Aufwertung angelegt und 22 % die Grünbrache allein gewählt haben. Neben diesen beiden Maßnahmen gibt es auch die Berücksichtigung „nicht-produktive Flächen“ (NPF). Diese Maßnahme schließt bereits vorhandene Stilllegungsverpflichtungen ein, die bereits durch das Ordnungsrecht festgelegt sind. Hierzu zählen beispielsweise Landschaftselemente. Diese NPF werden zwar in der Zielerreichung angerechnet, dürfen jedoch nicht finanziell honoriert werden, da es sich um ordnungsrechtliche Vorgaben handelt. 46 % der teilnehmenden Betriebe verfügen über diese Art von verpflichtender Stilllegung.

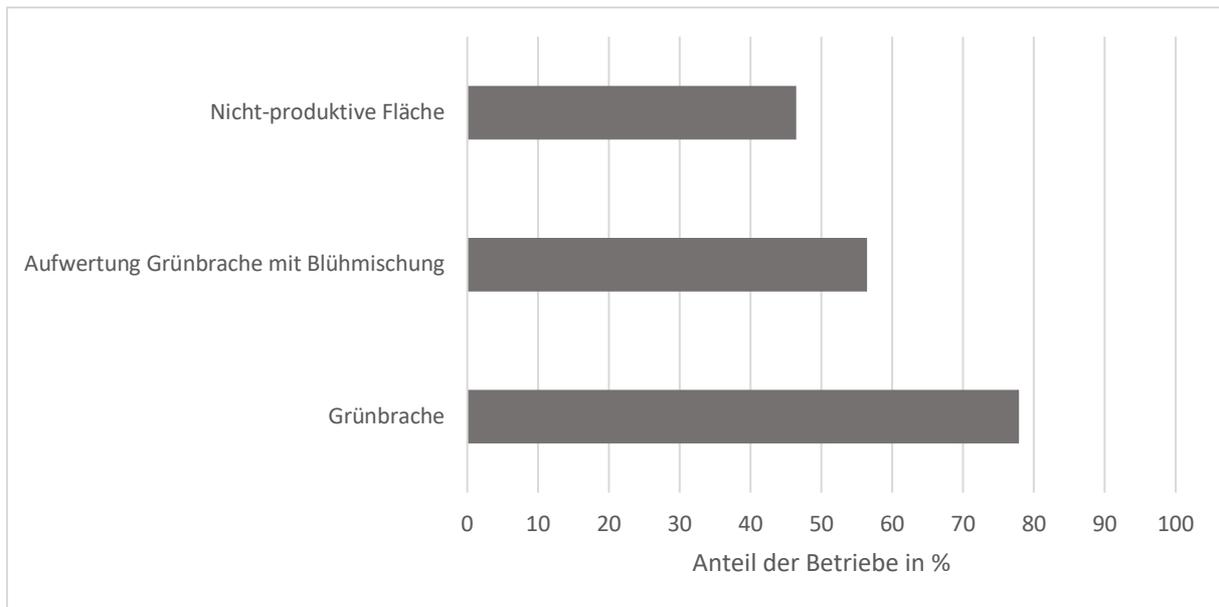


Abbildung 38: Von den Teilnehmern gewählte Maßnahmen auf der nicht-produktiven Fläche (NPF)

Quelle: Eigene Darstellung

6.3.4 Gewählte übergreifende Maßnahmen

Die übergreifenden Maßnahmen, in Abbildung 39 dargestellt, umfassen alle Maßnahmen, die keiner bestimmten Hauptfrucht direkt zugeordnet werden können. Dies betrifft beispielsweise Maßnahmen, die zwischen zwei Hauptfrüchten stattfinden (z.B. „Unbearbeitete Stoppeläcker“), oder solche, die sowohl Acker- als auch Grünlandflächen betreffen (z.B. die „Ansäuerung bei Gülleausbringung“).

Die mit Abstand am häufigsten gewählte Maßnahme ist die „Winterbegrünung“, die von 67 % der teilnehmenden Betriebe umgesetzt wird. Dies ist wenig überraschend, da diese Maßnahme an einen GLÖZ-Standard angelehnt ist, der eine „Mindestbodenbedeckung in sensiblen Zeiten“ fordert. Dass fast 70 % der befragten Landwirte diese Maßnahme auf freiwilliger Basis umsetzen würden, ist ein positives Signal, insbesondere da die EOAP empfiehlt, bestimmte GLÖZ-Standards ins Ordnungsrecht zu überführen, während andere, wie die „Mindestbodenbedeckung in sensiblen Zeiten“, auf freiwilliger Basis erfolgen sollen. Eine weitere gern gewählte Maßnahme ist die „Fruchtfolgeerweiterung“, die 39 % der Betriebe in ihre Anbauplanung integriert haben. Dieses Ergebnis lässt sich darauf zurückführen, dass viele Landwirte bereits Erfahrungen mit ähnlich ausgestalteten AUKM gesammelt haben oder derzeit an entsprechenden Programmen teilnehmen. Deutlich seltener gewählt wurden hingegen der „Räumliche Kulturartenwechsel“ (14 %) sowie die Maßnahme „Unbearbeitete Stoppeläcker“ (10 %). Dies könnte darauf hinweisen, dass diese Maßnahmen entweder noch weniger bekannt sind oder sich aktuell nicht so gut in die betrieblichen Abläufe der befragten Landwirte integrieren lassen.

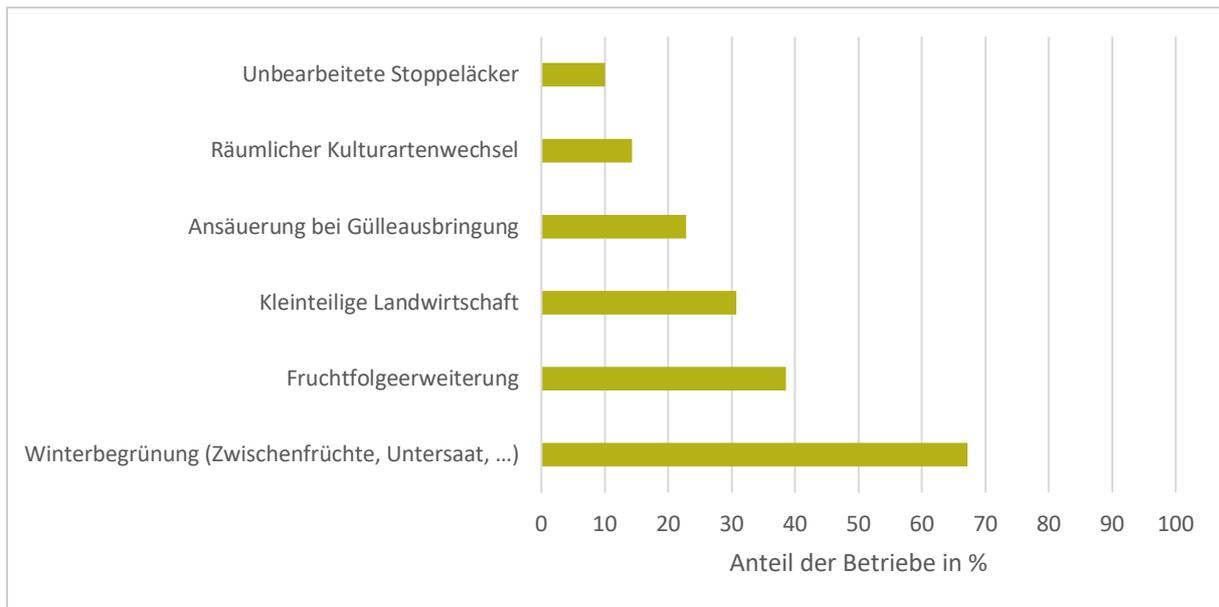


Abbildung 39: Von den Teilnehmern gewählte übergreifende Maßnahmen

Quelle: Eigene Darstellung

6.4 Reicht das Geld? Implikationen für den Agrarhaushalt

Um den Finanzbedarf der *Erfolgsorientierten Agrarprämie* auf Bundesebene zu ermitteln, war es zunächst erforderlich, das aktuell verfügbare Budget der GAP in Deutschland zu bestimmen. Dies ermöglicht einen Abgleich mit den für die Umsetzung der EOAP benötigten finanziellen Mittel. Die GAP-Finanzierung setzt sich aus zwei Säulen zusammen. Die Erste Säule umfasst Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe, die vollständig von der Europäischen Union finanziert werden. Um diese Förderung zu erhalten, müssen landwirtschaftliche Betriebe Mindeststandards, die sogenannte Konditionalität, einhalten. Diese setzen sich aus GLÖZ (Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand von Flächen) und GAB (Grundanforderungen an die Betriebsführung) zusammen und umfassen umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende Produktionsweisen. Seit der Einführung der „Grünen Architektur“ im Januar 2023 beinhalten diese Zahlungen neben der pauschalen Flächenförderung auch freiwillige einjährige Agrarumweltmaßnahmen, die sogenannten Öko-Regelungen, die 23 % der Direktzahlungen ausmachen. Dies entspricht einem jährlichen Budget von rund einer Mrd. Euro (Umweltbundesamt 2024). Hinzu kommen 3,418 Mrd. Euro für die Flächenflächenförderung, daraus ergibt sich für das Jahr 2024 ein Gesamtbudget für die Erste Säule von 4,424 Mrd. Euro (Umweltbundesamt 2024).

Davon abzugrenzen ist die Zweite Säule, welche der Förderung des ländlichen Raums dient und von den Mitgliedstaaten kofinanziert wird. Bei den Maßnahmen der zweiten Säule handelt es sich in der Regel um mehrjährige (meist fünfjährigen) Agrarumwelt- und Klimaprogramme (AUKM), die umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende Produktionsverfahren fördern. Diese

Programme honorieren nachhaltige Bewirtschaftungsweisen und kompensieren Landwirte für entstehende Mehrkosten und Einkommensverluste. Die Finanzierung erfolgt durch eine Kombination von EU-, Bundes- und Länderzuschüssen. Für den Zeitraum von 2023 bis 2027 stehen in Deutschland 5,5 Mrd. Euro für die Zweiten Säule zur Verfügung, was einem Budget von 1,584 Mrd. Euro für das Jahr 2024 entspricht, hier ist bereits die Umschichtung in Höhe von 0,492 Mrd. Euro aus der Ersten Säule berücksichtigt (Umweltbundesamt 2024; Milicevic 2023). Um mehr Mittel für die ländliche Entwicklung bereitzustellen, besteht die Möglichkeit, finanzielle Mittel aus der Ersten Säule in die Zweite Säule umzuschichten, was in einem festgelegten Umfang bis 2027 erfolgen soll.

Insgesamt beläuft sich das jährliche Budget der GAP (Erste plus Zweite Säule) in Deutschland somit auf knapp sechs Milliarden Euro.

Auf Basis dieses Ergebnisses wurde im nächsten Schritt der potenzielle Mittelbedarf der EOAP auf Bundesebene ermittelt. Hierfür wurde zunächst die in der Stichprobe abgerufenen Prämien für jedes der Green Deal-Ziele ermittelt und aufsummiert (siehe Tabelle 12). Im Ergebnis ergibt sich damit für die Stichprobe ein Mittelbedarf von etwa 32 Mio. Euro. Diese Hochrechnung ermöglicht eine erste Einschätzung darüber, ob die aktuell verfügbaren GAP-Mittel ausreichen oder ob eine Umverteilung beziehungsweise Aufstockung erforderlich wäre.

Tabelle 12: Abgerufene Prämien je Ziel der Erfolgsorientierten Agrarprämie (N=140)

Green Deal-Ziel	Prämie pro Ziel
1 – Reduktion der N-Düngung um 20 %	15.6161.202 €
2 – Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	888.114 €
3 – Reduktion der N-Verluste um 50 %	2.850.882 €
4 – Aufstockung der NPF auf 10 %	1.394.250 €
5 – Biodiversitätsstrategie	11.548.151 €
Gesamtprämie	32.297.599 €

Quelle: Eigene Darstellung

In einem weiteren Schritt wurde die landwirtschaftliche Nutzfläche der Stichprobe miteinbezogen, um anhand der folgenden Formel die Durchschnittsprämie pro ha zu berechnen:

$$\frac{\text{Gesamtprämie des Samples}}{\text{Landwirtschaftliche Nutzfläche des Samples}} = \chi$$

$$\frac{32.297.599 \text{ €}}{64.034 \text{ ha}} = \chi$$

$$\chi = 384 \text{ €/ha}$$

Bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 64.034 ha ergibt sich eine durchschnittliche Prämie von 384 €/ha. Diese Durchschnittsprämie wurde anschließend mithilfe der folgenden Formel auf die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche Deutschlands hochgerechnet:

$$384 \text{ €/ha} \times \text{Landwirtschaftliche Nutzfläche Deutschlands} = x$$

$$384 \text{ €/ha} \times 16.600.000 \text{ ha} = 6,374 \text{ Mrd. €}$$

Bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland von 16.600.000 ha (Ahrens 2024) sind demnach 6,374 Mrd. Euro notwendig, um die abgerufenen Prämien auf Bundesebene bezahlen zu können. Dies scheint auf den ersten Blick gut mit dem aktuellen Budget der GAP übereinzustimmen, unterliegt jedoch gewissen Einschränkungen. Die EOAP müsste gemäß den Annahmen die Maßnahmen der Ersten und Zweiten Säule vollständig ersetzen, damit das erforderliche Budget tatsächlich zur Verfügung stünde. Dies würde eine grundlegende Umstrukturierung der bisherigen Säulenstruktur erfordern. Angesichts jüngster Veröffentlichungen der EK erscheint eine solche Reform nicht mehr ausgeschlossen. So plant die EU-Kommission eine grundlegende Neuausrichtung des GAP-Budgets (Kockerols 2024). Dennoch bleibt kritisch anzumerken, dass die zugrunde liegende Stichprobe nicht repräsentativ ist und lediglich zwei der fünf Ziele erreicht hat. Sollten drei und mehr Ziele erreicht werden, würde der Mittelbedarf entsprechend ansteigen, wodurch das verfügbare Budget überschritten werden könnte. Zudem hat die Befragung gezeigt, dass bestimmte Prämien der Ersten Säule, wie die Einkommensgrundstützung, Umverteilungsprämie, aber vor allem die Junglandwirteprämie, weiterhin bestehen bleiben sollten. Während Einkommensgrundstützung und Umverteilungsprämie entweder nicht dem Leistungsprinzip entsprechen oder bereits im Modell der EOAP Berücksichtigung finden, trifft dies auf die Junglandwirteprämie weniger zu. Eine Fortführung dieser Prämie müsste unter Umständen berücksichtigt werden, was zusätzliche finanzielle Mittel erfordern würde.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass die EOAP aus Finanzierungssicht keinesfalls lediglich ein einzelnes Politikinstrument ersetzen darf. Vielmehr stellt diese einen umfassenden Ansatz dar, der zum Abbau administrativer Komplexität beitragen soll. Dennoch besteht die Möglichkeit, dass das vorhandene Budget nicht ausreicht, um die erbrachten Leistungen innerhalb der EOAP vollständig zu finanzieren. Da es sich jedoch um gesellschaftlich und politisch geforderte Ziele handelt („Öffentliches Geld für öffentliche Leistung“) und die Landwirte die verfügbaren Mittel ausschließlich zielgerichtet einsetzen, stellt sich die Frage nach einer notwendigen Erhöhung des Budgets. Gleichzeitig sollte geprüft werden, inwieweit die derzeitige Bezahlung im Rahmen der EOAP einkommenswirksam ist, um gegebenenfalls Anpassungen vornehmen zu können.

7. Wie schneiden Ökobetriebe in der „Erfolgsorientierten Agrarprämie“ ab?

Ökobetriebe spielen eine zentrale Rolle in der Umsetzung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken und haben in der EOAP eine besondere Stellung. Diese basiert darauf, dass die EOAP eine gemeinsame Agrarpolitik für alle Betriebstypen gleichermaßen darstellt. Ökobetriebe sind demnach voll in die EOAP integriert und genießen keine gesonderte Förderung, wie es in der aktuellen GAP-Periode der Fall ist. Durch ihrer spezifischen Wirtschaftsweise erreichen Ökobetriebe bereits zwei der Green Deal-Ziele und erfüllen diese massiv über: die „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ sowie die „Reduktion des PSM-Mitteinsatzes um 50 %“. Aufgrund dieser Übererfüllung können sie konventionellen Betrieben einen Teil der Zielerfüllung abnehmen und so zu einem größeren Gesamterfolg der EOAP beitragen.

Um die besondere Rolle der Ökobetriebe zu zeigen, werden diese im Folgenden gesondert betrachtet. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass Ökobetriebe sowohl bei der Zielerreichung als auch bei der Höhe der Prämien spezifische Besonderheiten aufweisen.

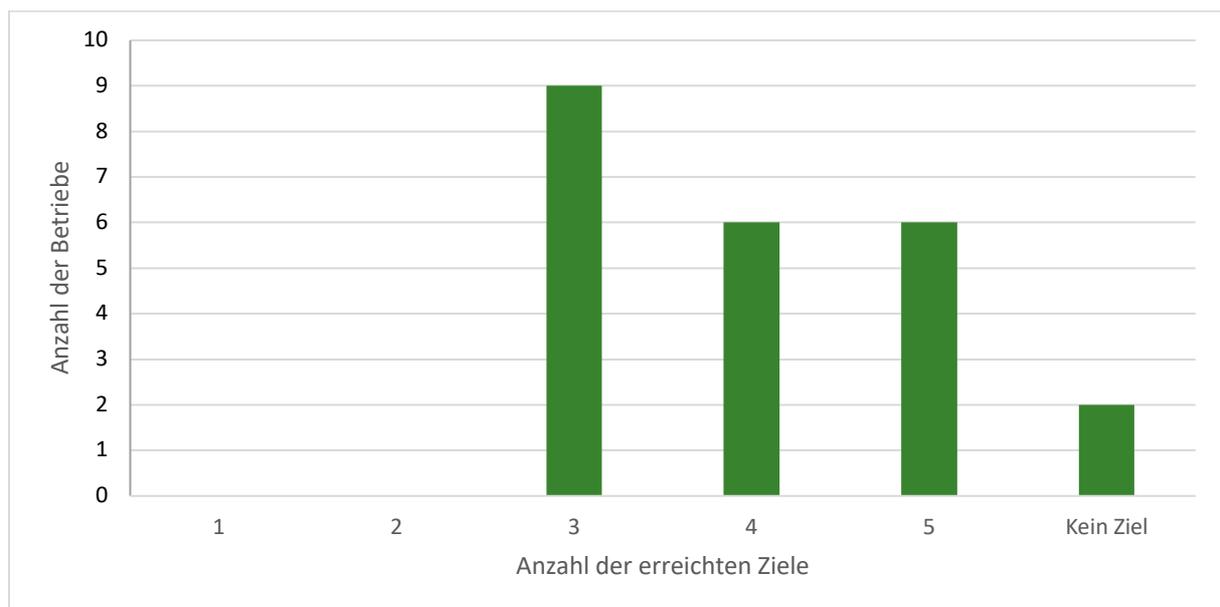


Abbildung 40: Anzahl der erreichten Ziele der betrachteten Ökobetriebe

Quelle: Eigene Darstellung

Ökobetriebe erfüllen die Maßnahmen „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ und „Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“ automatisch, da sie maximal 170 kg organischen Stickstoff pro ha ausbringen dürfen, vollständig auf mineralische Düngung verzichten und keine chemisch-synthetischen PSM einsetzen. In Abbildung 40 wird dargestellt, wie viele Ziele die 15 teilnehmenden Ökobetriebe im Schnitt erreicht haben, während Abbildung 41 aufzeigt, um welche Ziele es sich konkret handelt.

Zu beachten ist, dass zwei Ökobetriebe die Teilnahme verweigert haben und daher als Betriebe ohne Zielerreichung gewertet wurden. Diese Verweigerung könnte darauf beruhen, dass sich diese Betriebe

nicht derselben Agrarpolitik unterworfen wollten wie konventionelle Betriebe. In der Praxis wäre eine vollständige Nichtteilnahme, da Ökobetriebe aufgrund ihrer Wirtschaftsweise automatisch zwei der Green Deal-Ziele erreichen. Die Erreichung der weiteren Ziele, wie die „Reduktion der N-Verluste um 50 %“, die „Aufstockung der NPF auf 10 %“ und die „Biodiversitätsstrategie“, erfordern hingegen zusätzliche Bemühungen seitens der Ökobetriebe, ähnlich wie es bei konventionellen Betrieben der Fall ist.

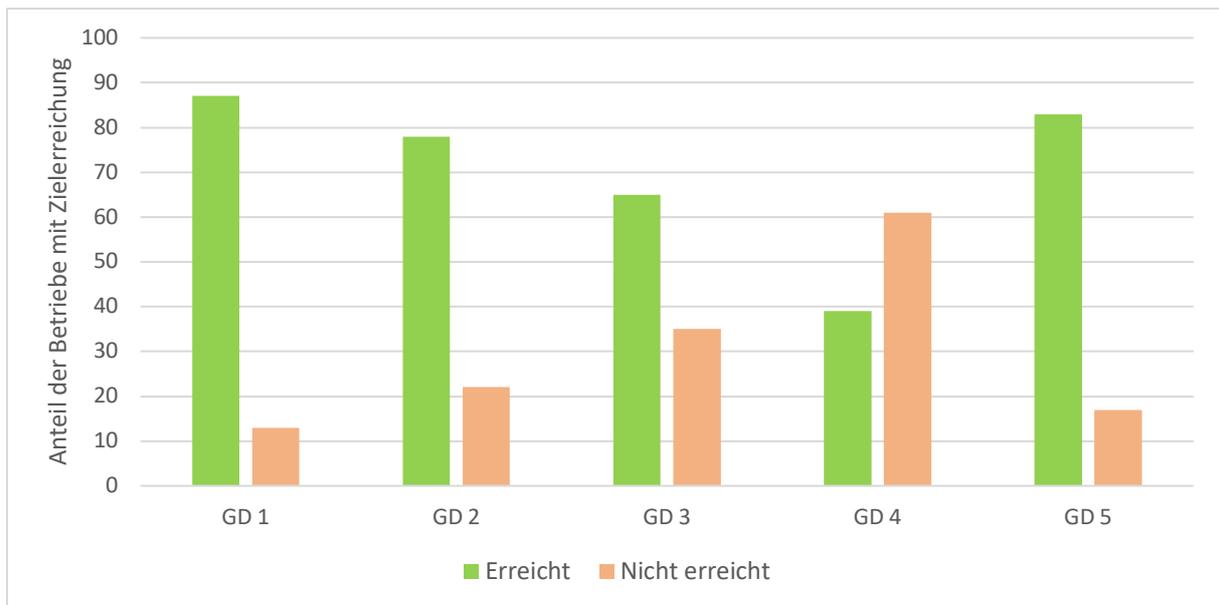


Abbildung 41: Anteil der erreichten Betriebe mit Zielerreichung – Ökobetriebe

Quelle: Eigene Darstellung

Die durchschnittliche Betriebsprämie für Biobetriebe beträgt 937,5 €/ha für alle Betriebe, die mindestens ein Ziel erreicht haben. Betriebe ohne Zielerreichung wurden in dieser Rechnung nicht berücksichtigt. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe fällt diese um rund 330 €/ha höher aus. Tabelle 13 zeigt die durchschnittliche Betriebsprämie der Gesamtstichprobe im Vergleich zu jener der Ökobetriebe. Bis auf die Prämienhöhen für die „Reduktion der N-Verluste um 50 %“ und die „Aufstockung der NPF auf 10 %“ liegen die Prämien für Ökobetriebe durchweg über denen der Gesamtstichprobe.

Tabelle 13: Prämienvergleich zwischen Ökobetrieben und Gesamtstichprobe

Green Deal Ziel	Durchschnittsprämie Ökobetriebe	Durchschnittsprämie Gesamtstichprobe
Reduktion der N-Düngung um 20 %	213,5 €/ha	194,1 €/ha
Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	224,5 €/ha	216,4 €/ha
Reduktion der N-Verluste um 50 %	88,0 €/ha	88,5 €/ha
Aufstockung der NPF auf 10 %	750,0 €/ha	750,0 €/ha
Biodiversitätsstrategie	184,7 €/ha	155,0 €/ha
Durchschnittliche Betriebsprämie	937,5 €/ha	605,0 €/ha

Quelle: Eigene Darstellung

Die EOAP berücksichtigt die Fläche, auf der Ökobetriebe Maßnahmen umsetzen. Dabei zeigt sich, dass Ökobetriebe die Zielvorgaben in bestimmten Bereichen um ein Vielfaches übertreffen. Abbildung 42 verdeutlicht, dass die Zielerreichung in GD 1 „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ über 250 % beträgt, während jene bei GD 2 („Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %“) fast 200 % erreicht. Dies bedeutet, dass Ökobetriebe erhebliche Flächenkontributionen für konventioneller Betriebe leisten und so einen großen Anteil zur bundesweiten Zielerreichung beitragen.

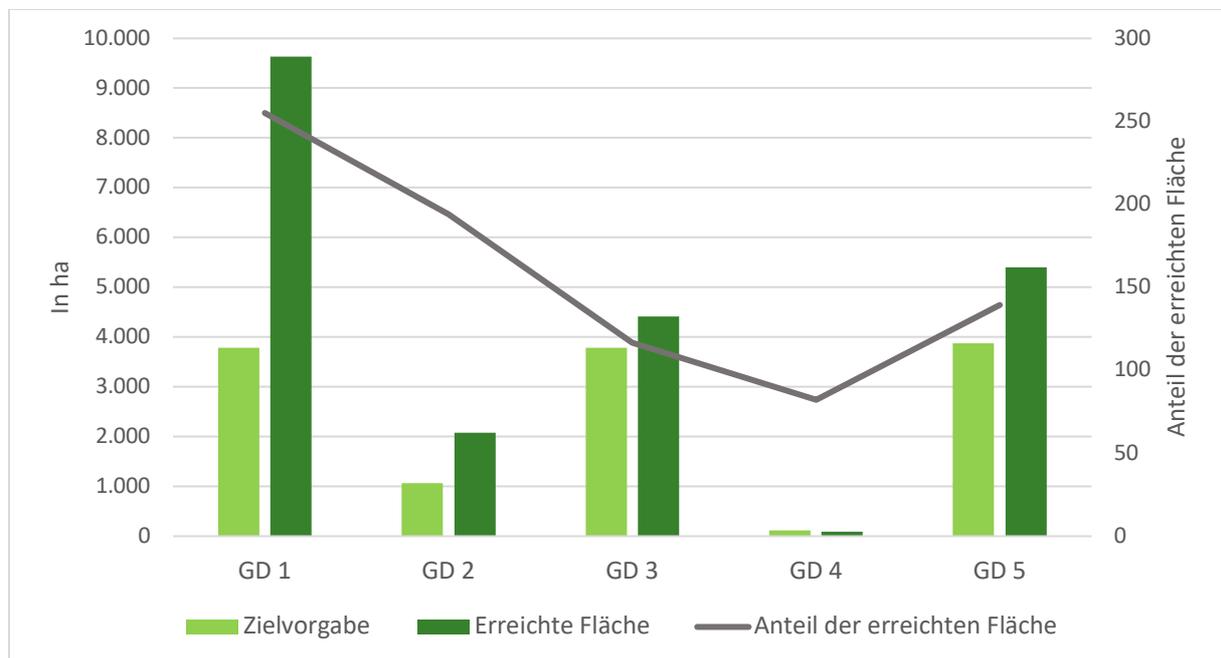


Abbildung 42: Zielvorgaben und erreichte Flächen der teilnehmenden Ökobetriebe

Quelle: Eigene Darstellung

Die Analyse zeigt, dass Ökobetriebe in der EOAP eine überdurchschnittliche Zielerreichung und Prämienhöhe aufweisen. Dies unterstreicht ihre Schlüsselrolle bei der Umsetzung ökologischer Zielsetzungen in der Landwirtschaft. Um diesen Erfolg nachhaltig zu fördern, sollte die EOAP weiterhin auf die spezifischen Bedürfnisse von Biobetrieben eingehen, insbesondere durch zielgerichtete

Maßnahmen und eine angemessene Vergütung ihrer Leistungen. Damit können Biobetriebe auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung nationaler und internationaler Umwelt- und Klimaziele leisten.

8. Was haben wir gelernt? Feinabstimmung der EOAP

Die *Erfolgsorientierte Agrarprämie* (EOAP) hat sich in den Workshops als ein GAP-Umsetzungsmodell gezeigt, das bei einem Großteil der teilnehmenden Landwirte auf breite Akzeptanz gestoßen ist. 78,0 % der Landwirte sprachen sich für die EOAP aus, 13,5 % würden gerne bei der aktuellen Agrarpolitik bleiben und nur 8,5 % würden am liebsten vollständig aus der EU-Agrarförderung aussteigen. Mit dem Ansatz der EOAP, gezielt Leistungen zu fördern, die ökologische und wirtschaftliche Ziele vereinen und somit dem Ziel „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ zu folgen, bietet die EOAP eine zukunftsorientierte Alternative zu traditionellen Fördermodellen. Besonders hervorgehoben wurde die Vereinfachung im Vergleich zu den bisherigen Regelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die EOAP vereint alle bisherigen Politikinstrumente (Basisprämie, Eco-Schemes, AUKM, GLÖZ, etc.) und löst somit das undurchdringlich gewachsene Netzwerk der aktuellen Agrarförderung ab. Das flexible Modell der EOAP ermöglicht eine dynamische Anpassung an sich ändernde politische Rahmenbedingungen, wie den European Green Deal, und kann somit langfristig als stabiler Baustein einer nachhaltigen Landwirtschaft dienen. Die Workshops haben gezeigt, dass die EOAP eine breite Basis an Betrieben erreicht. Lediglich 15 Betriebe (ca. 10 %) konnten keines der Ziele erreichen. Durch die Zielorientierung setzt die EOAP klare Anreize für umweltfreundliche Bewirtschaftungspraktiken. Die Offenheit des Programms für regionale Anpassungen sowie die Möglichkeit, neue Technologien und Maßnahmen zu integrieren, wurden von den Teilnehmenden besonders positiv hervorgehoben. Dennoch bietet die EOAP weiterhin Potenzial für Optimierungen, die in den folgenden Abschnitten beschrieben werden.

Die Evaluierung der EOAP auf Basis der Workshops hat wertvolle Einblicke in die Wirksamkeit, Akzeptanz und Entwicklungsmöglichkeiten des Konzepts geliefert. Die Ergebnisse bieten konkrete Anhaltspunkte für Verbesserungen, um die EOAP langfristig erfolgreicher und nachhaltiger zu gestalten. Im Folgenden wird zuerst auf die Erkenntnisse aus den Workshops eingegangen und nachfolgend auf Empfehlungen zur künftigen Weiterentwicklung der EOAP.

8.1 Erkenntnisse aus den Workshops der EOAP

Die im Rahmen der EOAP durchgeführten Workshops boten eine gute Gelegenheit, die Perspektiven von Landwirten, Beratern und Vertretern der Landesbauernverbände einzufangen. Ziel war es, Erfahrungen aus der Praxis zu sammeln, den aktuellen Maßnahmenkatalog kritisch zu evaluieren, die Praxistauglichkeit der EOAP zu verbessern und Ideen für die Weiterentwicklung des Programms zu identifizieren. Die Ergebnisse bieten einen umfassenden Einblick in die Akzeptanz der Maßnahmen, die Herausforderungen bei der Umsetzung sowie konkrete Verbesserungsvorschläge, die als Grundlage für die Weiterentwicklung der EOAP dienen können.

8.1.1 Zielerreichung

Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Erreichung der fünf Green Deal-Ziele unterschiedlich ausfällt. Während einige Ziele bereits erfolgreich von einer breiten Basis an Betrieben umgesetzt werden, stoßen andere auf erhebliche Herausforderungen.

Ein positives Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung ist die „**Reduktion der Stickstoffdüngung um 20 %**“. Dieses Ziel konnte in mehr als drei Vierteln der Betriebe gut umgesetzt werden, sodass eine Zielfläche von 146,7 % erreicht wurde. Dies zeigt sowohl eine hohe Akzeptanz als auch eine praxisnahe Maßnahmenauswahl, die zur Zielerreichung beiträgt. Zu den Faktoren, die zum Erfolg beigetragen haben, gehören:

- *Klare Zielvorgaben:* Das Ziel ist eindeutig quantifizierbar, was den Betrieben eine klare Orientierung bietet. Die Transparenz bei der Definition der Zielkriterien erleichtert die Umsetzung und Messbarkeit.
- *Praktikabilität:* Die Reduktion der Stickstoffdüngung ohne nennenswerte Ertragsverluste kann häufig durch Optimierungen im Management erreicht werden, etwa durch eine präzisere Düngung, angepasste Düngezeitpunkte oder innovative Bewirtschaftungsansätze wie die Schlaginterne Segregation (vgl. Taube 2021). Da hierfür meist keine größeren Investitionen erforderlich sind, bleibt die Maßnahme auch für kleine Betriebe gut umsetzbar.
- *Erfahrung mit N-Reduktion:* 51 % der teilnehmenden Betriebe haben bereits Erfahrung mit der Bewirtschaftung von Flächen in „Roten Gebieten“ und somit auch Kenntnisse über die Auswirkungen einer reduzierten N-Düngung um 20 %. Diese oft positiven Erfahrungen hinsichtlich der Ertragswirkung einer reduzierten Düngung haben möglicherweise die Teilnahmebereitschaft erhöht.
- *Technische Unterstützung:* Beratungsangebote und bereits verfügbare Technologien zur Düngereduktion (z.B. Precision Agriculture) haben vermutlich insbesondere bei Großbetrieben eine wichtige Rolle bei der Zielerreichung gespielt. Diese Betriebe verfügen über modernste Technik und hochqualifizierte Berater.

Neben der großen Akzeptanz der „Reduktion der N-Düngung um 20 %“ gibt es auch Ziele, die deutlich hinter den Erwartungen zurückbleiben, etwa die „**Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes (PSM) um 50 %**“. 72,1 % der Betriebe hatten Schwierigkeiten dieses Ziel zu erreichen. Die Gründe für die Herausforderungen sind vielfältig:

- *Mangel an Alternativen:* Der vollständige oder zumindest stark reduzierte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln stellt viele Betriebe vor große Herausforderungen. Während Ökobetriebe zeigen, dass dies grundsätzlich möglich ist, können damit oft Ertragseinbußen einhergehen. Mechanische Alternativen wie Hacke oder Striegel sind zwar verfügbar, aber

nicht in jeder Kultur oder Betriebsstruktur wirtschaftlich einsetzbar. Technologische Optionen wie Bandspritzung oder Spot Spraying sind häufig nur für Großbetriebe mit entsprechenden finanziellen Mitteln oder für Lohnunternehmen realisierbar. Zudem fehlen in Kulturen mit hohem Schädlingsdruck (z. B. Raps oder Kartoffeln) oft wirksame biologische oder mechanische Alternativen, die denselben Schutz wie chemisch-synthetische PSM bieten könnten.

- *Anpassung des Managements:* Die Umstellung auf eine reduzierte PSM-Anwendung erfordert häufig umfassende betriebliche Veränderungen, etwa eine präzisere Überwachung von Schädlingspopulationen oder die Einführung breiterer Fruchtfolgen. Diese Anpassungen sind komplex und zeitintensiv, insbesondere für Betriebe mit begrenzten personellen oder technischen Ressourcen. Eine intensive Beratung und engmaschige Betreuung durch Fachleute ist oft unerlässlich und entsprechend kostspielig.
- *Regulatorische Unsicherheiten:* Viele Landwirte äußerten in den Workshops Bedenken hinsichtlich der Planungssicherheit. Unklare oder sich häufig ändernde rechtliche Rahmenbedingungen zur PSM-Anwendung erschweren langfristige Investitionen und betriebliche Entscheidungen.
- *Fehlende Beratung und Wissenstransfer:* Die Betriebe bemängelten in den Workshops, dass sie oft auf sich allein gestellt sind, wenn es um die Identifikation praktikabler Alternativen zu PSM geht. Besonders kleinere Betriebe ohne Zugang zu spezialisierter Beratung leiden unter einem Informationsdefizit.

Neben der Stickstoffdüngereduktion und der Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes umfasst die EOAP weitere zentrale Green Deal-Ziele, deren Umsetzung und Herausforderungen im Rahmen der Workshops detailliert betrachtet wurden. Diese Ziele betreffen die „Reduktion der Stickstoffverluste um 50 %“, die „Aufstockung der nicht-produktiven Flächen auf 10 %“ sowie die Umsetzung der „Biodiversitätsstrategie“:

Reduktion der N-Verluste um 50 %

- *Positive Zwischenbilanz:* 46,4 % der Betriebe erreichten das Ziel der Stickstoffreduktion, wobei diese Betriebe 80,2 % der Zielfläche erreichen konnten und so die Gesamtleistung positiv beeinflussten. Erfolgreiche Maßnahmen umfassen die Etablierung von Zwischenfrüchten und die Verbesserung der Ausbringung organischer Wirtschaftsdünger (z.B. Ansäuerung bei Gülleausbringung). Besonders in Regionen mit gutem Zugang zu moderner Technik, etwa durch Lohnunternehmen mit Säure tanks, konnten Betriebe wirksame Maßnahmen umsetzen.
- *Herausforderungen:* Der aktuelle Maßnahmenkatalog enthält bislang nur wenige Optionen zur Erreichung des Ziels der N-Reduktion. Künftig sollten weitere Maßnahmen, etwa die

Gülleansäuerung im Stall oder innovative Ausbringungsmethoden (z.B. Schlitztechnik), aufgenommen werden. Hier ist allerdings zu beachten, dass bestimmte Verfahren bereits Bestandteil des Ordnungsrechts sind (oder es bald werden) und somit nicht finanziell gefördert werden dürfen. Neben technischen Lösungen sollten weiterhin verlustmindernde Anbausysteme in Betracht gezogen werden. Durch veränderte Fruchtfolgen oder Ansätze wie die Hybridlandwirtschaft ließen sich Stickstoffverluste reduzieren und die Effizienz steigern.

Biodiversitätsstrategie

- *Positive Zielerreichung:* 66,4 % der Betriebe konnten das Ziel der „Biodiversitätsstrategie“ erreichen und insgesamt 111,4 % der Zielfläche bereitstellen. Besonders Betriebe mit Erfahrungen in AUKM – etwa in Bayern oder Baden-Württemberg - sowie in Regionen mit ausreichend große Flächen für biodiversitätsfördernde Maßnahmen erreichen hohe Werte.
- *Herausforderungen:* Die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie zeigt große regionale Unterschiede. Während strukturreiche Agrarlandschaften wie in Süddeutschland bessere Voraussetzungen bieten, stoßen Betriebe in intensiven Veredelungsregionen auf größere Schwierigkeiten. Insbesondere dort, wo landwirtschaftliche Flächen knapp und teuer sind sowie für die Produktion von Futter oder als Gülleachweisflächen genutzt werden müssen. Neben den regionalen Aspekten kritisierten die Teilnehmer, dass einige biodiversitätsfördernde Maßnahmen, wie die extensivere Nutzung von Grünland oder Altgrasstreifen, unklar formuliert oder unzureichend vergütet werden. Zudem wurde die hohe Komplexität der Anforderungen bemängelt. Besonders kleinere Betriebe stehen aufgrund des umfassenden Dokumentations- und Überprüfungsaufwandes vor administrative und organisatorische Herausforderungen.

Aufstockung der nicht-produktiven Flächen (NPF) auf 10 %

- *Positive Zwischenbilanz:* Im Süden und Osten wurde das Ziel vor allem durch die Anlage von Blühstreifen oder Brachflächen häufig erfolgreich erreicht. Diese Maßnahmen tragen zur Förderung der Biodiversität bei und werden durch positive Rückmeldungen aus der Gesellschaft zusätzlich gestützt. In den Workshops wurde besonders die Notwendigkeit hervorgehen, kleinteilige Maßnahmen wie Saumstreifen entlang von Feldgrenzen zu fördern, da sie leicht umsetzbar sind und gleichzeitig ökologische Vorteile bieten.
- *Herausforderungen:* Insgesamt liegt die Zielerreichung mit 36,4 % der Betriebe und 57,7 % der Zielfläche hinter den Erwartungen zurück. In intensiv genutzten Agrarregionen besteht eine geringe Bereitschaft, produktive Flächen für nicht-produktive Zwecke freizugeben. Zudem wurde eine Deckelung bei der Übererreichung eingeführt, um eine Stilllegung ganzer Betriebe in strukturschwachen Regionen zu vermeiden.

Die Unterschiede in der Zielerreichung zeigen, dass der Erfolg stark von den Rahmenbedingungen und der praktischen Umsetzbarkeit der Maßnahmen abhängt. Während praktikable und klar formulierte Maßnahmen ohne nennenswerte Ertragsverluste (z.B. Stickstoffdüngerreduktion) gut umgesetzt werden, erfordern anspruchsvollere Maßnahmen (z.B. PSM-Reduktion) zusätzliche Unterstützung. Um die Akzeptanz und Zielerreichung zu verbessern, sollten nach Ansicht der Workshopteilnehmer folgende Punkte berücksichtigt werden:

- *Förderung alternativer Technologien:* Finanzielle Anreize für moderne Technik (wie z.B. Spot Spraying oder mechanische Beikrautregulierung) könnten die Umstellung erleichtern.
- *Ausbau der Beratung:* Ein flächendeckendes Beratungsangebot würde Landwirte bei der Identifikation und Umsetzung von Alternativen unterstützen.
- *Anpassung der Anforderungen:* Eine schrittweise Zielvorgabe z. B. eine Reduktion des PSM-Einsatzes um zunächst 30 % als Zwischenziel, könnte eine höhere Beteiligung ermöglichen und die Landwirte langsam an das finale Ziel einer Halbierung des PSM-Einsatzes heranführen.
- *Wissenstransfer:* Der Austausch von Best-Practice-Beispielen könnte Landwirten bei der Umsetzung unterstützen.

Durch diese Maßnahmen kann die EOAP nicht nur bestehende Herausforderungen adressieren, sondern auch eine breitere Akzeptanz und höhere Wirksamkeit erzielen.

8.1.2 Anpassung des Maßnahmenkataloges

Die Auswertung der Workshops zeigt, dass der Maßnahmenkatalog der EOAP eine solide Grundlage bietet, jedoch in mehreren Bereichen weiterentwickelt werden sollte, um eine breitere Akzeptanz und höhere Wirksamkeit zu erzielen. Dabei wurden sowohl Optimierungspotenziale für bestehende Maßnahmen als auch neue Ansätze für die Erweiterung des Maßnahmenangebots identifiziert. Zwei zentrale Themenbereiche sind die Anpassung der Maßnahmen an technologische Innovationen sowie die Förderung kleinteiliger Betriebe und Betriebskooperationen. Im Folgenden werden die Optimierungspotenziale im Maßnahmenkatalog dargestellt:

Im Feld der PSM-Reduktion:

- *Mechanische Beikrautregulierung:*
 - Maßnahmen wie der Einsatz von Hacken oder Striegeln bieten umweltfreundliche Alternativen zur chemischen Unkrautbekämpfung. Diese Technologien könnten insbesondere in Kombination mit moderner Präzisionslandwirtschaft eine wirksame und ressourcenschonende Lösung sein.
 - Der Vorteil dieser mechanischen Ansätze liegt darin, dass sie eine chemiefreie Regulierung ermöglichen und gleichzeitig die Bodenfruchtbarkeit erhalten. Dies

entspricht den ökologischen Zielsetzungen der EOAP und bietet eine praktikable Lösung. Dass eine praktische Umsetzung möglich ist, zeigen Ökobetriebe.

- *Bandspritzen und Spot Spraying:*
 - Technologien wie Bandspritzen, bei denen Pflanzenschutzmittel nur gezielt entlang der Saatreihe ausgebracht werden, und Spot Spraying, welches eine punktgenaue Applikation ermöglicht, wurden als wichtige Entwicklungsfelder genannt. Diese Verfahren senken den Verbrauch von Pflanzenschutzmitteln erheblich, reduzieren Umweltbelastungen und könnten langfristig wirtschaftlich vorteilhafter sein.
 - Insbesondere Spot Spraying mit kameragestützter Technologie wurde als innovativer Ansatz identifiziert, der den Pflanzenschutzmitteleinsatz stark reduziert und gleichzeitig die Effektivität der Anwendung sicherstellt.
- *Direktsaatverfahren:*
 - Die Integration von Direktsaatverfahren, bei denen die Bodenbearbeitung auf ein Minimum reduziert wird, bietet Vorteile wie eine verbesserte Bodenstruktur, besseren Erosionsschutz und eine Verringerung von Treibhausgasemissionen. Diese Technik eignet sich besonders für Regionen mit hohem Erosionsrisiko und könnte als zusätzliche Maßnahme in den Katalog aufgenommen werden.

Im Feld der Reduktion der N-Verluste:

- Die Vorschläge umfassen den Einsatz von Schlitztechnik, Ansäuerung der Gülle im Stall und Abdeckung von Gülle- und Mistlagern, die gezielt Umweltbelastungen reduzieren können. Diese Maßnahmen wurden in den Workshops als wichtige Erweiterungen für den Maßnahmenkatalog genannt, auch vor dem Hintergrund, eine breitere Maßnahmenbasis für die Zielerreichung zu schaffen.

Im Feld der biodiversitätsfördernden Maßnahmen:

- *Förderung kleinteiliger Betriebe:*
 - Ein Vorschlag war die regionale Anpassung der Maximalflächengrößen der Maßnahme „Kleinteilige Landwirtschaft“ auf Werte wie 1, 3 oder 5 Hektar, um eine größere Bandbreite an Betrieben einzubeziehen. Dies würde nicht nur die Teilnahmequote erhöhen, sondern auch die ökologische Wirkung der Maßnahmen auf lokaler Ebene stärken, da kleine Betriebe oft einen großen Beitrag zu funktionierenden Ökosystemen beitrügen.
 - Auch wurde die Anpassung der Maßnahme „Räumlicher Kulturartenwechsel“ empfohlen. Die aktuelle Vorgabe sieht eine Änderung der Hauptfrucht nach 10 ha vor. Dies könnte man auch an regionale Gegebenheiten oder an individuelle Schlaggröße anpassen (z.B. ein Wechsel der Hauptfrucht muss auf

einem 50 ha Schlag nach 10 ha erfolgen und auf einem 100 ha Schlag nach 20 ha). So könnten gerade Landwirte in sehr groß strukturierten Regionen motiviert werden, an einer solchen Maßnahme teilzunehmen.

Allgemein:

- *Betriebskooperationen:*
 - Eine weitere Möglichkeit zur Förderung der Zielerreichung liegt in der Unterstützung von Kooperationen zwischen Betrieben. Der gemeinsame Wechsel von Fruchtfolgen, die abgestimmte Nutzung von nicht-produktiven Flächen oder der Austausch von Maschinen und Technologien könnten zu einer gesteigerten Zielerreichung und einer besseren räumlichen Durchdringung beitragen.
 - Durch Betriebskooperationen könnten Betriebe, die allein nicht die Voraussetzungen für bestimmte Maßnahmen erfüllen, gemeinsam aktiv werden. Dies würde Synergien schaffen und kleinere Betriebe mit begrenzten Ressourcen entlasten.
- *Umsetzung auf kleineren Flächen:*
 - In den Workshops wurde auch die Möglichkeit diskutiert, Maßnahmen nicht nur großflächig, sondern auch auf kleinen Parzellen umzusetzen. Zum Beispiel könnten Saumstreifen an Feldrändern oder Einzelpflanzenbehandlungen auf Antrag förderfähig gemacht werden. Diese kleinteiligen Ansätze würden den Maßnahmenkatalog zugänglicher machen und die Biodiversität lokal fördern.

Die Weiterentwicklung des Maßnahmenkatalogs sollte sich auf die Integration moderner Technologien und eine größere Flexibilität konzentrieren. Mechanische Beikrautregulierung, Bandspritzen, Spot Spraying und Direktsaat bieten innovative Ansätze, die sowohl die ökologischen als auch die ökonomischen Ziele der EOAP unterstützen können. Gleichzeitig sollte die Förderung kleinteiliger Betriebe und Betriebskooperationen verstärkt in den Fokus rücken, um die Zielerreichung breiter aufzustellen und auch kleinere Akteure einzubinden. Diese Maßnahmen würden nicht nur die ökologische Wirkung der EOAP steigern, sondern auch die Teilnahmebereitschaft und Akzeptanz unter den Landwirten erhöhen, indem sie stärker auf die individuellen Bedürfnisse und betrieblichen Voraussetzungen eingehen.

8.1.3 Regionalisierung der EOAP

Die Ergebnisse der Workshops zeigen, dass eine stärkere Regionalisierung der Maßnahmen ein entscheidender Ansatzpunkt sein könnte, um die Effektivität und Akzeptanz der EOAP zu erhöhen. Dies entspricht auch dem Wunsch der Politik, einen künftigen Strategieplan für die GAP an regionale Gegebenheiten anzupassen. Unterschiedliche naturräumliche Gegebenheiten, landwirtschaftliche Strukturen, Umweltbedingungen und Bodenpreise erfordern spezifische Lösungen, die auf die

Besonderheiten der jeweiligen Region abgestimmt sind. Die Teilnehmer betonten, dass regionale Anpassungen sowohl auf betrieblicher Ebene als auch im politischen Kontext wichtig wären, um eine zielgerichtete und effiziente Umsetzung der Green Deal-Ziele sicherzustellen.

Regionale Anpassungen an Umweltbedingungen:

- *Anpassung an klimatische und geologische Bedingungen:*
 - Maßnahmen wie Zwischenfrüchte, Altgrasstreifen oder der Verzicht auf Stickstoffdüngung wirken in den Regionen unterschiedlich stark, bzw. sind unterschiedlich komplex umzusetzen. In Regionen mit sandigen Böden, wie in Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern, müssen andere Maßnahmen zur Nährstoffrückhaltung angeboten werden als auf fruchtbaren Lössböden.
 - Auch die Niederschlagsverteilung hat einen erheblichen Einfluss auf die Wirksamkeit bestimmter Maßnahmen. In Trockenregionen könnte beispielsweise die Mulchsaat bevorzugt werden, während in feuchteren Regionen verstärkt auf Bodenentwässerung geachtet werden muss. Zudem hängt die Reduktion der N-Düngung an regionalen Gegebenheiten. In Regionen mit sehr hohen Sommertemperaturen lässt sich die N-Düngung leichter reduzieren, da die letzte N-Gabe bei hohen Temperaturen im Bestand kaum mehr Einfluss auf die Qualität hat.

Regio-Listen und Maßnahmenangebote

- *Regio-Listen als Anpassungsinstrument:*
 - Die Einführung von Regio-Listen, die bundeslandspezifische Anpassungen der Maßnahmen enthalten, wurde in den Workshops intensiv diskutiert. Eine Überlegung wäre, eine einheitliche Bundesliste zu erstellen, in der Maßnahmen aufgeführt sind, die in jedem Bundesland gewählt werden können und überall eine positive Umweltwirkung entfalten. Zusätzlich zu dieser Bundesliste könnten Landes- oder Regio-Listen erstellt werden. Diese Listen würden Maßnahmen enthalten, die speziell auf die jeweiligen ökologischen und landwirtschaftlichen Bedürfnisse einer Region zugeschnitten sind (z.B. die aktuellen AUKM der 2. Säule) und auch nur in der jeweiligen Region (Bundesland) gewählt werden können. Auf diese Weise könnten Maßnahmen aus der Zweiten Säule, die traditionell stärker regionalisiert sind, gezielt in die EOAP integriert werden. Dies würde die Synergien zwischen den Programmen stärken und die Fördermöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe erweitern. Eine Kofinanzierung der Regio-Listen aus den Mitteln der Zweiten Säule des jeweiligen Bundeslandes wäre denkbar.
 - Eine solche Struktur würde es ermöglichen, bundesweite Ziele mit regional differenzierten Ansätzen zu kombinieren, um sowohl nationale als auch lokale

Anforderungen zu erfüllen. Zudem könnte sich das Agrarbudget erhöhen, da neben dem regulären GAP-Budget der EU auch Mittel aus den Länderhaushalten für die Finanzierung genutzt werden können.

- *Variierende Prämien in den Bundesländern:*
 - Eine andere Option wäre eine regional angepasste Prämienhöhe, um die spezifischen Kosten und Herausforderungen in unterschiedlichen Regionen zu berücksichtigen. So könnten beispielsweise höhere Prämien für Maßnahmen in Regionen mit intensiver Landwirtschaft oder geringerer Biodiversität angeboten werden, um den erhöhten Aufwand zu kompensieren.
 - Gleichzeitig könnte die Differenzierung der Prämienhöhe dazu beitragen, gezielt Regionen mit niedrigeren Erfolgsraten zu unterstützen und so eine „gerechtere“ Verteilung der Anreize zu schaffen.
- *Regionale Kooperationen zwischen Betrieben:*
 - Betriebsübergreifende Kooperationen, wie sie beispielsweise in den Niederlanden oder im Vertragsnaturschutz praktiziert werden, könnten dazu beitragen, Maßnahmen auf regionaler Ebene zu bündeln und so deren Effektivität zu steigern. So könnten Betriebe beispielsweise gemeinsam Fruchtfolgen optimieren oder die Etablierung nicht-produktiven Flächen koordinieren, um Synergien zu nutzen.

Die Regionalisierung der EOAP-Maßnahmen bietet großes Potenzial, um sowohl die ökologische Wirksamkeit als auch die wirtschaftliche Effizienz des Programms zu steigern. Regionale Anpassungen, wie spezifische Regio-Listen oder regional differenzierte Prämien, könnten dazu beitragen, die Zielerreichung zu verbessern und die Maßnahmen besser an die Bedürfnisse der Landwirte sowie der Umwelt anzupassen.

Künftig sollte über folgende Optionen nachgedacht werden:

1. Erstellung bundeslandspezifischer Regio-Listen mit regional zugeschnittenen Maßnahmen
2. Differenzierung der Prämienhöhe entsprechend regionaler Anforderungen und Herausforderungen
3. Förderung regionaler Kooperationen zwischen Betrieben sowie die verstärkte Einbindung lokaler Akteure

Durch eine gezielte Regionalisierung könnte die EOAP nicht nur besser an ökologische und agrarstrukturelle Gegebenheiten angepasst werden, sondern auch die Akzeptanz unter den Landwirten erhöhen und langfristig zu einer nachhaltigen Landwirtschaft beitragen.

8.1.4 Bezahlung und Einkommenswirksamkeit

Die Bezahlung und Einkommenswirksamkeit wurde in den Workshops als zentraler Aspekt für die Akzeptanz und den Erfolg der EOAP identifiziert. Eine praxistaugliche und gerechte Vergütung, die die erbrachten Leistungen angemessen honoriert und gleichzeitig potenzielle Einkommensverluste der Landwirte berücksichtigt, ist entscheidend, um die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen. Die Diskussionen verdeutlichen Optimierungspotenziale sowohl bei der Gestaltung der Zahlungsmodalitäten als auch bei der Einkommenswirksamkeit der Prämien.

Prämienkalkulation

- *Vereinfachung der Prämienkalkulation:*
 - Ein wiederkehrendes Thema in den Workshops war die Komplexität der bestehenden Zahlungsmodalitäten. Die aktuelle Prämienkalkulation, die auf einer hinterlegten Faktorenmatrix basiert, wird von vielen Landwirten als unübersichtlich empfunden. Daher wurde der Wunsch nach einer transparenteren und weniger bürokratischen Abwicklung der Prämienauszahlungen deutlich.
 - Die Teilnehmer schlugen vor, einheitliche und klar definierte Kriterien für die Auszahlung von Prämien festzulegen. Eine Standardisierung der Prozesse könnte Unsicherheiten reduzieren und den administrativen Aufwand für Landwirte erheblich verringern.
- *Kalibrierung durch Beispielbetriebe:*
 - Um die Höhe der Prämien noch besser an die betriebliche Realität anzupassen, sollten Beispielbetriebe unterschiedlicher Größe und aus verschiedenen Regionen herangezogen als Referenz werden. Diese Betriebe könnten als Modellbetriebe dienen, um realistische Einkommensverluste und Zusatzkosten zu quantifizieren. Auf dieser Grundlage ließe sich die Prämiengestaltung praxisnäher kalibrieren und somit gerechter und effektiver gestalten.

Berücksichtigung von Einkommensverlusten

- *Faire Kompensation:*
 - Die Teilnehmer betonten, dass die Prämien nicht nur die Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen decken, sondern auch die Einkommensverluste ausgleichen müssen, die durch den Verzicht auf produktive Flächen oder die Einführung extensiver Bewirtschaftungsmethoden entstehen.
 - Besonders Maßnahmen wie die Ausweitung nicht-produktiver Flächen (NPF) oder der vollständige Verzicht auf Stickstoffdüngung führen häufiger zu Ertragsverlusten. Je nach Region wird dieser Einkommensausfall jedoch nicht immer vollständig kompensiert.

- *Einkommenswirksamkeit als Anreiz:*
 - Die Einkommenswirksamkeit der Prämien wurde als wesentlicher Faktor für die Teilnahmebereitschaft identifiziert, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die EOAP Klima- und Naturschutzleistungen als festen Betriebszeit etablieren soll.
 - Eine stärkere finanzielle Attraktivität einzelner Maßnahmen, beispielsweise im Bereich des PSM-Verzichtes, könnten mehr Betriebe dazu motivieren, sich aktiv an der EOAP zu beteiligen.
- *Variierende Prämienhöhen:*
 - Um die unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen und Produktionskosten der Betriebe zu berücksichtigen, wurde vorgeschlagen, die Prämienhöhe nach Betriebsgröße, Region und Maßnahmschwierigkeit zu differenzieren.
 - Beispielsweise könnten Betriebe in intensiven Agrarregionen, in denen Maßnahmen wie die PSM-Reduktion höhere Ertragsverluste verursachen, höhere Prämien erhalten als in extensiveren Regionen, wo der Umsetzungsaufwand geringer ist.

Die Workshops machten deutlich, dass die derzeitige Ausgestaltung der Bezahlung und Einkommenswirksamkeit zwar eine solide Grundlage bietet, jedoch in mehreren Bereichen verbessert werden kann. Durch gezielte Anpassungen an die Wünsche und Bedürfnisse der Landwirte könnte die EOAP attraktiver und gerechter gestaltet, die Teilnahmequote erhöht und langfristig eine größere ökologische Wirkung erzielt werden.

8.2 Empfehlungen für die Weiterentwicklung der EOAP

Die Weiterentwicklung der EOAP erfordert eine gezielte Anpassung an die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Betriebe, regionale Besonderheiten und neue technologische Möglichkeiten. Die Erkenntnisse aus den Workshops verdeutlichen, dass die EOAP ein flexibles und praxistaugliches System sein muss, das sowohl ökologische als auch ökonomische Ziele gleichermaßen berücksichtigt. Um die Wirkung des Ansatzes zu maximieren und die Akzeptanz weiter zu steigern, sind Erweiterungen im Maßnahmenkatalog, eine stärkere Regionalisierung, flexiblere Umsetzungsbedingungen und ein optimiertes Bezahlungsmodell von zentraler Bedeutung. Zudem ist es essenziell, langfristig wirksame Maßnahmen zu fördern und den Dialog mit der Praxis aufrechtzuerhalten. Die folgenden Vorschläge sollen die EOAP als effektives Instrument der nachhaltigen Landwirtschaft zu stärken und zukunftssicher gestalten.

Maßnahmenkatalog und Angebot erweitern:

- Technologische Lösungen wie Schlitztechnik, Ansäuerung von Gülle im Stall oder innovative PSM-Reduktionstechnologien (z. B. Spot Spraying) sollten in den Maßnahmenkatalog aufgenommen werden. Eine Zertifizierung der Reduktionsleistungen dieser Techniken könnte eine einheitliche Anerkennung eingesparter Mengen ermöglichen.
- Der „Verzicht PSM- und Mineraldünger“ sollte als separate Maßnahmen auswählbar sein, um Landwirten mehr Flexibilität zu bieten. Eine Kombination beider Maßnahmen sollte weiterhin möglich sein.
- Die bisherige Maßnahme „Verzicht auf organische Düngung“ sollte in „Vollständiger Stickstoffdüngeverzicht“ umgewandelt werden, um Missverständnisse bei den Landwirten zu vermeiden.

Regionalisierung ausbauen:

- Eine einheitliche Bundesliste sollte um regionale Maßnahmenangebote ergänzt werden, um die Umwelt- und Agrarstruktur der jeweiligen Bundesländer besser zu berücksichtigen. Dies könnte auch dazu beitragen, Maßnahmen der Zweiten Säule gezielt in die EOAP zu integrieren, insbesondere in Bundesländern, in denen diese eine zentrale Rolle in der Agrarpolitik spielt.
- Die Variation der Prämienhöhe nach regionaler Relevanz und Maßnahmenschwierigkeit könnte zusätzliche Anreize für Landwirte schaffen und eine gerechtere Verteilung der Mittel ermöglichen.

Flexibilität und Praxistauglichkeit fördern:

- Landwirte sollten die Möglichkeit erhalten, Maßnahmen nachträglich zu melden oder flexibel an veränderte Bedingungen anzupassen, um ihnen mehr Handlungsspielraum zu ermöglichen. Beispielsweise könnte eine Maßnahme zur PSM-Reduktion geplant werden, aber aufgrund von wetterbedingtem Mehreinsatz sanktionsfrei ausgesetzt werden. Umgekehrt sollten Landwirte eine Maßnahme nachmelden können, falls sich im Laufe der Vegetationsperiode zeigt, dass sie weniger PSM benötigt haben als ursprünglich geplant.
- Einzelpflanzenbehandlungen und angepasste Pflegearbeiten sollten im Rahmen von Grünlandmaßnahmen ermöglicht werden, um unnötige Einschränkungen zu vermeiden.

Bezahlungsmodell optimieren:

- Die Prämienkalkulation sollte sich stärker an realen Einkommensverlusten orientieren und für Landwirte nachvollziehbarer gestaltet werden. Die Bezahlung sollte entsprechend anhand der Ergebnisse von Modellbetrieben verschiedener Betriebsgrößen und Regionen überprüft und angepasst werden, um eine praxistaugliche Vergütung sicherzustellen.

- Transparente und standardisierte Auszahlungen könnten Unsicherheiten reduzieren und den administrativen Aufwand für Landwirte minimieren.

Langfristige Perspektive:

- Die Workshops haben gezeigt, dass langfristig wirksame Maßnahmen sowie ein kontinuierlicher Dialog mit der landwirtschaftlichen Praxis entscheidend sind. Die EOAP sollte als flexibles System konzipiert werden, das regelmäßig überprüft und an neue (agrar)politische Entwicklungen angepasst wird.

8.3 Zusammenfassung

Die Workshops zur *Erfolgsorientierten Agrarprämie* (EOAP) haben eindrucksvoll gezeigt, dass dieses Modell ein zukunftsweisendes Instrument für eine nachhaltige und leistungsorientierte Landwirtschaft sein könnte. Die EOAP wird von Landwirten aufgrund ihres flexiblen und transparenten Ansatzes geschätzt und bietet eine solide Grundlage, um ökologische und betriebswirtschaftliche Ziele in Einklang zu bringen. Gleichzeitig hat die Evaluation offengelegt, dass in verschiedenen Bereichen gezielte Weiterentwicklungen erforderlich sind, um das volle Potential des Prämienmodells zu auszuschöpfen.

Die EOAP konnte insbesondere bei der „Reduktion der Stickstoffdüngung um 20 %“ und der „Biodiversitätsstrategie“ große Erfolge verzeichnen. Diese Ergebnisse unterstreichen die Wirksamkeit klar definierter Ziele und praktikabler Umsetzungsansätze. Gleichzeitig wurde deutlich, dass komplexere Maßnahmen, wie die „Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes (PSM) um 50 %“, mit erheblichen Herausforderungen verbunden sind. Das mangelnde Angebot alternativer Technologien im Maßnahmenkatalog sowie der hohe technische und wirtschaftliche Aufwand hemmen hier die Zielerreichung. Der Maßnahmenkatalog bietet eine solide Grundlage, muss jedoch kontinuierlich an die sich wandelnden Anforderungen der Landwirtschaft und der Umwelt angepasst werden. Die Integration moderner Technologien wie Spot Spraying und Bandspritzen sowie die Berücksichtigung kleinteiliger Ansätze und Betriebskooperationen könnten die Zielerreichung erheblich verbessern. Zudem verdeutlichen die Workshops die Notwendigkeit, die Maßnahmen stärker an regionale Gegebenheiten anzupassen. Einheitliche Bundeslisten, ergänzt durch spezifische Regio-Listen, könnten die ökologische und agrarstrukturelle Vielfalt der Bundesländer besser berücksichtigen. Variierende Prämienhöhen je nach regionaler Relevanz und Maßnahmenschwierigkeit könnten zusätzliche Anreize schaffen und die Akzeptanz unter den Landwirten erhöhen. Die Teilnehmer der Workshops betonten zudem die Bedeutung einer leistungsorientierten und einkommenswirksamen Vergütung. Eine stärkere Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten und Einkommensverluste sowie eine Vereinfachung der Zahlungsmodalitäten sind entscheidend, um die Attraktivität der EOAP zu steigern. Darüber hinaus sollte über eine Absenkung des Schwellenwertes in der Einführungsphase der EOAP nachgedacht

werden, um Landwirten einen sanften Einstieg in dieses neue Politikmodell zu ermöglichen. Alternativ könnte, angelehnt an das „Niederländische Modell“, eine dauerhafte Einführung gestaffelter Schwellenwerte mit entsprechend angepassten Prämien erfolgen. Beispielsweise könnten Schwellen von 50 %, 75 % und 100 % der Zielerreichung definiert werden, um mehr Landwirte zur Teilnahme an der EOAP zu motivieren und damit mehr Fläche für Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen zu generieren.

Die EOAP hat das Potenzial, langfristig als stabiler Baustein einer nachhaltigen Landwirtschaft zu wirken. Damit das System zukunftsfähig bleibt, muss es flexibel genug sein, um sich an neue politische Zielsetzungen und technologische Entwicklungen anzupassen. Ein kontinuierlicher Dialog mit der landwirtschaftlichen Praxis sowie regelmäßige Evaluierungen sind essenziell, um die Wirksamkeit und Akzeptanz der Maßnahmen sicherzustellen. Die EOAP steht an einem Wendepunkt: Ihre bisherigen Erfolge und die konstruktiven Rückmeldungen aus den Workshops bieten eine starke Basis für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung. Um das Programm weiter zu stärken, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Landwirten, politischen Entscheidungsträgern und Wissenschaft erforderlich. Gemeinsam kann ein System geschaffen werden, das nicht nur ökologische und wirtschaftliche Ziele vereint, sondern auch als Vorbild für die nachhaltige Transformation der europäischen Landwirtschaft dienen kann.

9. Anhang

Anhang 1: Eingabemaske der Webanwendung - Personenbezogene Daten

Angaben zu Ihrer Person

Sämtliche Informationen werden anonym erfasst, es besteht für uns nicht die Möglichkeit von den Informationen auf Ihre Person zu schließen.

Bitte wählen Sie Ihr Geschlecht aus.

- Weiblich Männlich Divers

Bitte geben Sie Ihr Geburtsjahr an.

Bitte geben Sie die ersten zwei Stellen Ihrer Postleitzahl an.

Welches ist Ihr höchster Berufsabschluss?

- Abgeschlossene landwirtschaftliche Berufsausbildung Abgeschlossene landwirtschaftliche Fachschule oder Meisterprüfung Landwirtschaftlicher (Fach-)Hochschulabschluss
- Berufsabschluss außerhalb der Landwirtschaft Ohne abgeschlossene Berufsausbildung
- Sonstiges

Welcher Partei stehen Sie am nächsten?

- Keiner Partei SPD Bündnis 90/Die Grünen
- CDU/CSU FDP AfD
- Die Linke
- Sonstiges

Zurück

9%

Nächster Schritt

Anhang 2: Eingabemaske der Webanwendung – Einstellung der Probanden

Aussagen	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme weder zu noch lehne ich ab	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Ich interessiere mich für Politik im Allgemeinen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich sehe mich als Landwirt zunehmend der öffentlichen Kritik ausgesetzt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich bin bereit Risiken einzugehen, um meinen Betrieb voranzubringen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bevor ich etwas Neues in meinem Betrieb ausprobiere, warte ich lieber erstmal ab, ob andere damit Erfolg haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich informiere mich regelmäßig über neue Produktionstechniken (Spot Spraying, Gülleverschlachtung, etc.)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wenn mein Berater mir rät, dass ich an Förderprogrammen teilnehmen soll, werde ich das auch tun.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich bespreche die Teilnahme an Politikmaßnahmen mit der Familie oder den Berufskollegen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich nehme an Informations-, Beratungs- und Weiterbildungsangeboten teil, um auf dem neusten Stand zu bleiben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich passe meinen Betrieb kontinuierlich den Anforderungen des Marktes an.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Aussagen	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme weder zu noch lehne ich ab	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Die Umweltproblematik wird von vielen Umweltschützern stark übertrieben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es macht mich wütend, wenn ich sehe, wie Deutschland seine Klimaschutzziele verfehlt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir brauchen in Zukunft mehr Wirtschaftswachstum, auch wenn das die Umwelt belastet.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Zugunsten der Umwelt sollten wir alle bereit sein, unseren derzeitigen Lebensstandard einzuschränken.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Jeder Einzelne trägt Verantwortung dafür, dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir müssen Wege finden, wie wir unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich engagiere mich aktiv für den Umwelt- und Naturschutz.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Aussagen	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme weder zu noch lehne ich ab	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Ohne kundige Berater ist eine Betriebsplanung und Antragsstellung nicht mehr möglich.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die aktuelle GAP ist durch die gestiegene Komplexität kaum noch zu durchblicken.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Eine solide Einkommensgrundstützung (früher "Basisprämie") ist für die Landwirtschaft weiterhin notwendig.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Junglandwirteprämie sollte abgeschafft werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Umverteilungsprämie sollte abgeschafft werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die freiwilligen Öko-Regelungen (Eco-Schemes) finde ich attraktiv.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Agrarpolitik der aktuellen Förderperiode bietet den Landwirten genügend Planungssicherheit.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Vision der EU einer klimafreundlichen, nachhaltigen und erdverbundenen Landwirtschaft weckt bei mir Existenzängste.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ein Ausstieg aus der EU-Agrarförderung kann ich mir aktuell vorstellen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Aussagen	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme weder zu noch lehne ich ab	Stimme zu	Stimme voll und ganz zu
Die "Erfolgsorientierte Agrarprämie" erhöht meine Teilnahmebereitschaft an den EU-Agrarförderprogrammen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die "Erfolgsorientierte Agrarprämie" stellt im Vergleich zur aktuellen GAP eine Vereinfachung dar.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die GLÖZ-Standards sollten ins Ordnungsrecht übernommen werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die angebotenen Maßnahmen finde ich attraktiv.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die ausgewählten "Green Deal"-Ziele halte ich für erstrebenswert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Vergütungen für die Erreichung der einzelnen "Green Deal"-Ziele halte ich für angemessen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Erreichung der zielspezifischen Schwellenwerte stellt für mich eine Herausforderung dar.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die EU-Agrarpolitik zukünftig verstärkt nach dem Prinzip "öffentliches Geld für öffentliche Leistungen" ausgerichtet werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die "Erfolgsorientierte Agrarprämie" halte ich für ein gutes Mittel zur Umsetzung des Prinzips "öffentliches Geld für öffentliche Leistungen".	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Den Ansatz der „Erfolgsorientierten Agrarprämie“ kann ich mir als Konzept für die künftige Agrarpolitik vorstellen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Anhang 3: Eingabemaske der Webanwendung – Betriebscharakteristika

Bitte wählen Sie die in Ihrem Betrieb vorhandenen Betriebszweige aus und geben Sie - wenn möglich - die vorhandenen Stallplätze an

<input type="checkbox"/> Marktfruchtbau	<input type="checkbox"/> Ackerfutterbau/Silomais	<input type="checkbox"/> Sonderkulturen
<input type="checkbox"/> Rinderaufzucht/-mast <input type="text" value="0"/>	<input type="checkbox"/> Milchviehhaltung <input type="text" value="0"/>	<input type="checkbox"/> Mutterkuhhaltung <input type="text" value="0"/>
<input type="checkbox"/> Geflügelmast <input type="text" value="0"/>	<input type="checkbox"/> Legehennenhaltung <input type="text" value="0"/>	<input type="checkbox"/> Sauenhaltung <input type="text" value="0"/>
<input type="checkbox"/> Schweinemast <input type="text" value="0"/>	<input type="checkbox"/> Hofladen/Direktvermarktung	<input type="checkbox"/> Biogas/Photovoltaik/Windkraft

Sonstiges:

Auf welche Art bewirtschaften Sie Ihren Betrieb?

Konventionell Ökologisch

In welcher Erwerbsform bewirtschaften Sie Ihren Betrieb?

Haupterwerb Nebenerwerb

Wie viel Fläche bewirtschaften Sie in „Roten Gebieten“?

ha

Bewirtschaften Sie Flächen in Schutzgebieten?

Sofern Sie Flächen in Schutzgebieten bewirtschaften, wählen Sie bitte die entsprechenden Schutzgebiete aus.

Ich bewirtschafte keine Flächen in Schutzgebieten. FFH-Gebiete Vogelschutzgebiete
 Wasserschutzgebiete

Sonstiges:

Können Sie den in Ihrem Betrieb anfallenden Wirtschaftsdünger auf der eigenen Fläche unterbringen?

Nein Ja In meinem Betrieb fällt kein Wirtschaftsdünger an

Ist die Hofnachfolge Ihres Betriebes gesichert?

Nein Ja Unsicher
 Noch nicht relevant

Nehmen Sie aktuell an Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) oder Eco-Schemes teil?

Nein Ja

Zurück

36%

Nächster Schritt

Anhang 4: Eingabemaske der Webanwendung – Eingabemaske Beispielbetrieb

Grünland
Grünland

Kultur	Ausgangssituation	Erfolgsorientierte Agrarprämie	Maßnahme in ha
- Wiese	100 <input type="text"/> ha / 67%	100 <input type="text"/> ha / 67%	Altgrasstreifen <input type="text"/> 10 <input type="text"/> + Reduktion N-Düngu <input type="text"/> 10 <input type="text"/> + + Maßnahme hinzufügen
- Mähweide	50 <input type="text"/> ha / 33%	50 <input type="text"/> ha / 33%	Weidetierhaltung <input type="text"/> 50 <input type="text"/> + + Maßnahme hinzufügen
Gesamt:		150 <input type="text"/> ha / 100%	150 <input type="text"/> ha / 100%
Mähweide <input type="text"/> +		Ausgangssituation übernehmen	

Ackerland
Ackerland

Kultur	Ausgangssituation	Erfolgsorientierte Agrarprämie	Maßnahme in ha
- Getreide: Winterweizen	100 <input type="text"/> ha / 33%	100 <input type="text"/> ha / 33%	Halbierter PSM-Ein <input type="text"/> 10 <input type="text"/> + Schlaginterne Segre <input type="text"/> 90 <input type="text"/> + + Maßnahme hinzufügen
+ Hülsenfrüchte: Ackerbohnen	50 <input type="text"/> ha / 17%	50 <input type="text"/> ha / 17%	Anbau großkörnig... <input type="text"/> 50 <input type="text"/> Halbierter PSM-Ei... <input type="text"/> 25 <input type="text"/> Pflugverzicht <input type="text"/> 0 <input type="text"/>
- Ölsaaten: Winterripps	50 <input type="text"/> ha / 17%	50 <input type="text"/> ha / 17%	Schlaginterne Segre <input type="text"/> 25 <input type="text"/> + + Maßnahme hinzufügen
- Getreide: Hafer	50 <input type="text"/> ha / 17%	50 <input type="text"/> ha / 17%	Pflugverzicht <input type="text"/> 50 <input type="text"/> + + Maßnahme hinzufügen
- Getreide: Winterroggen	50 <input type="text"/> ha / 17%	50 <input type="text"/> ha / 17%	+ Maßnahme hinzufügen
Gesamt:		300 <input type="text"/> ha / 100%	300 <input type="text"/> ha / 100%
Winterroggen <input type="text"/> +		Ausgangssituation übernehmen	

Fläche aus Produktion
Fläche aus Produktion

Kultur	Ausgangssituation	Erfolgsorientierte Agrarprämie	Maßnahme in ha
- Stilllegung/Brache	10 <input type="text"/> ha / 50%	10 <input type="text"/> ha / 50%	Grünbrache <input type="text"/> 10 <input type="text"/> Aufwertung Grün... <input type="text"/> 5 <input type="text"/>
- Landschaftselemente	10 <input type="text"/> ha / 50%	10 <input type="text"/> ha / 50%	Nichtproduktive ... <input type="text"/> 10 <input type="text"/>
Gesamt:		20 <input type="text"/> ha / 100%	20 <input type="text"/> ha / 100%
Knicks/Hecken <input type="text"/> +		Ausgangssituation übernehmen	

Übergreifend
Übergreifende Maßnahmen

Maßnahme	Ausgangssituation	Erfolgsorientierte Agrarprämie	Maßnahme in ha
- Zwischenfrucht	40 <input type="text"/> ha	40 <input type="text"/> ha	Winterbegrünung... <input type="text"/> 40 <input type="text"/>
+ Fruchtfolgeerweiterung		300 <input type="text"/> ha	Fruchtfolgeerwei... <input type="text"/> 300 <input type="text"/> <small>Max. Getreideanteil Soll: 66% Ist: 67% Min. verschiedene Ackerlandkulturen (min. 10%) Soll: 5 Ist: 5</small>
- Ansäuerung bei Gülleausbringung	100 <input type="text"/> ha	100 <input type="text"/> ha	Ansäuerung bei G... <input type="text"/> 100 <input type="text"/>
Grasuntersaat <input type="text"/> +		Ausgangssituation übernehmen	

Zurück

64%

Nächster Schritt

Anhang 5: Eingabemaske der Webanwendung – Ergebnis der EOAP für einen Beispielbetrieb

Ihre Prämien

Green-Deal-Ziele	Prämie	Zielvorgabe	Erreichte Fläche	Gesamtprämie
Reduktion der N-Düngung um 20 %	165,00 €/ha	338 ha	430 ha	70.950,00 €
Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	165,00 €/ha	249 ha	73 ha	0,00 €
Reduktion der N-Verluste um 50 %	77,00 €/ha	450 ha	352 ha	0,00 €
Aufstockung der nicht-produktiven Fläche auf 10 %	750,00 €/ha	32 ha	29 ha	0,00 €
Biodiversitätsstrategie	150,00 €/ha	470 ha	160 ha	0,00 €
			Summe	151,00 €/ha 70.950,00 €

Zurück
73%
Nächster Schritt

Anhang 6: Faktorenmatrix der EOAP

Maßnahmen	Prämienhöhe	Green Deal-Ziele					Biodiversitätsstrategie
		Reduktion der N-Düngung um 20 %	Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 %	Reduktion der N-Verluste um 50 %	Aufstockung der nicht-produktiven Fläche auf 10 %		
Anbau großkörniger Leguminosen	200 €/ha	5	0	2	0	0	0
Grünbrache	750 €/ha	5	2	2	1	0	0
Aufwertung Grünbrache mit Blütmischung	200 €/ha	0	0	0	0	0	2
Halbierter PSM-Einsatz	165 €/ha	0	1	0	0	0	0
Schlaginterne Segregation I	110 €/ha	1	0	0.4	0	0	0
Schlaginterne Segregation II	120 €/ha	1	0.2	0.4	0.1	0	0
Verzicht PSM und Mineraldünger	300 €/ha	1	2	0.4	0	0	0.7
Pflugverzicht	50 €/ha	0	0	0	0	0	1
Reduktion N-Düngung um 20 %	100 €/ha	1	0	0.4	0	0	0
Mehrfähriger Ackerfutterbau	100 €/ha	2	2	0.8	0	0	1
Artenreiches & extensives Grünland	240 €/ha	3.5	0	1.4	0	0	1
Weidetierhaltung	200 €/ha	0	0	0	0	0	1
Altgrasstreifen	100 €/ha	0.5	0	0.2	0	0	1
Extensive Weidetierhaltung	350 €/ha	1	0	0.4	0	0	1
Verzicht PSM und Mineraldünger	200 €/ha	1.5	0	0.6	0	0	1
Verzicht organische Düngung	200 €/ha	3.5	0	1.4	0	0	1
Reduktion N-Düngung um 20 %	90 €/ha	1	0	0.4	0	0	0
Winterbegrünung (Zwischenfrüchte, Untersaat...)	100 €/ha	0	0	2	0	0	1
Unbearbeitete Stoppelläcker	50 €/ha	0	0	0	0	0	2
Kleinteilige Landwirtschaft	60 €/ha	0	0	0	0	0	0.5
Räumlicher Kulturartenwechsel	50 €/ha	0	0	0	0	0	1
Ansäuerung bei Gülleausbringung	30 €/ha	0	0	1	0	0	0
Fruchtfolgeerweiterung	150 €/ha	0	0	0	0	0	0.5

Grünland Maßnahmen

Grünland Maßnahme 1 (G1): Altgrasstreifen

- Pro Hektar Maßnahmenfläche sind 10 % Altgrasstreifen anzulegen.
- Der Altgrasstreifen darf nicht bewirtschaftet werden.
- Eine mineralische und organische Stickstoffdüngung des Altgrasstreifens ist unzulässig.
- Der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln auf dem Altgrasstreifens ist unzulässig.
- *Prämie: 100 €/ha*
- **Kombinierbar mit: G2, G3, G4, G5, G6, G7**

Grünland Maßnahme 2 (G2): Artenreiches und extensives Grünland

- Die ausgebrachte Menge an organischem Gesamtstickstoff ist auf 65 kg/ha zu limitieren.
- Eine mineralische Stickstoffdüngung ist unzulässig.
- Der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.
- Es müssen vier regionale Kennarten im Bestand nachgewiesen werden.
- *Prämie: 240 €/ha*
- **Kombinierbar mit: G1, G3**

Grünland Maßnahme 3 (G3): Extensive Weidetierhaltung

- Den Tieren ist jährlich an 180 Tagen Weidegang zu ermöglichen.
- Der tägliche Weidegang darf dabei sechs Stunden nicht unterschreiten.
- Bei der Beweidung ist eine maximale Viehdichte von 4 GVE/ha zulässig.
- Bsp. Eine Herde mit 100 GVE muss mindestens 25 ha zur Verfügung stehen.
- *Prämie: 350 €/ha*
- **Kombinierbar mit: G1, G2, G7**

Grünland Maßnahme 4 (G4): Weidetierhaltung

- Im angegebenen Zeitraum ist eine vollständige Beweidung sicherzustellen. Auch kurzzeitige Weide oder Joggingweide ist zulässig.
- Ein Pflegeschnitt ist zulässig.
- Mahd vor Weide ist unzulässig.
- *Prämie: 200 €/ha*
- **Kombinierbar mit: G1, G5, G7**

Grünland Maßnahme 5 (G5): Reduktion der Stickstoffdüngung um 20 %

- Auf der eingebrachten Maßnahmenfläche muss die mineralische und organische Stickstoffdüngung um 20 % reduziert werden.
- Als Referenz dienen die Düngebedarfswerte aus der Düngebedarfsermittlung.
- Die in den roten Gebieten geltende reduzierte Stickstoffdüngung kann nicht über die Maßnahme kompensiert werden.
- *Prämie: 90 €/ha*
- **Kombinierbar mit: G1, G4**

Grünland Maßnahme 6 (G6): Verzicht auf organische Düngung

- Eine organische Düngung ist unzulässig.
- Der Verzicht auf organische Düngung ist nur in Kombination mit einem Mineraldüngerverzicht (Maßnahme G7) zulässig.
- *Prämie: 200 €/ha*
- **Kombinierbar mit: G1, G7**

Grünland Maßnahme 7 (G7): Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger

- Der generelle Einsatz von Mineraldüngern aus dem konventionellen Anbau ist unzulässig.
- Der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.
- Eine vollständige Beweidung der Maßnahmenfläche ist zulässig.
- *Prämie: 200 €/ha*
- **Kombinierbar mit: G1, G3, G4, G6**

Ackerbauliche Maßnahmen

Ackerbauliche Maßnahme 1 (A1): Anbau großkörniger Leguminosen

- Anbau großkörniger Leguminosen (z.B. Futtererbsen, Ackerbohnen)
- Eine mineralische und organische Stickstoffdüngung ist unzulässig.
- *Prämie: 200 €/ha*
- **Kombinierbar mit: A2, A4**

Ackerbauliche Maßnahme 2 (A2): Halbierter Einsatz von chemisch-synthetischen PSM

- Auf der eingebrachten Ackerfläche ist der Einsatz der Wirkstoffmenge um die Hälfte zu reduzieren.
- In welchen Wirkstoffgruppen reduziert wird, bleibt dem Anwender selbst überlassen.
- Als Referenz gilt der Stoffeinsatz im Betriebsdurchschnitt der Jahre 2015 – 2017.
- Mittel aus dem ökologischen Landbau dürfen weiterhin eingesetzt werden und zählen nicht zur reduzierenden Menge.
- *Prämie: 165 €/ha*

- **Kombinierbar mit: A1, A4, A5, A6, A7,**

Ackerbauliche Maßnahme 3 (A3): Mehrjähriger Ackerfutterbau

- Auf der eingebrachten Maßnahmenfläche besteht die Verpflichtung mehrjährig (mindestens zweijährig) Klee gras anzubauen.
- In der Aussaatmischung muss mindestens 50 % (nach Gewichtsanteil) kleinkörniger Leguminosenanteil vorhanden sein.
- *Prämie: 100 €/ha*
- **Kombinierbar mit: A4**

Ackerbauliche Maßnahme 4 (A4): Pflugverzicht in der Hauptkultur

- Auf der eingebrachten Maßnahmenfläche ist der Pflugeinsatz zur Bestellung Hauptkultur unzulässig.
- *Prämie: 50 €/ha*
- **Kombinierbar mit: A1, A2, A3, A5, A6, A7, A8**

Ackerbauliche Maßnahme 5 (A5): Reduktion der Stickstoffdüngung um 20 %

- Auf der eingebrachten Maßnahmenfläche muss die mineralische und organische Stickstoffdüngung um 20 % reduziert werden.
- Als Referenz dienen die Düngebedarfswerte aus der Düngebedarfsermittlung.
- Die in den roten Gebieten geltende reduzierte Stickstoffdüngung kann nicht über die Maßnahme kompensiert werden.
- *Prämie: 100 €/ha*
- **Kombinierbar mit: A2, A4**

Ackerbauliche Maßnahme 6 (A6): Schlaginterne Segregation I

- Es werden jeweils ganze Schläge in die Maßnahme eingebracht.
- Auf 90% des Schlages sind lediglich 90 % der mineralischen und organischen Stickstoffdüngung zulässig.
- Auf den verbleibenden 10 % des Schlages kann eine Hauptkultur angebaut werden. Die mineralische und organische Stickstoffdüngung dieser ist unzulässig.
- Die in den roten Gebieten geltende reduzierte Stickstoffdüngung kann nicht über die Maßnahme kompensiert werden.
- *Prämie: 110 €/ha*
- **Kombinierbar mit: A2, A4**

Ackerbauliche Maßnahme 7 (A7): Schlaginterne Segregation II

- Es werden jeweils ganze Schläge in die Maßnahme eingebracht.
- Auf 90% des Schlages sind lediglich 90 % der mineralischen und organischen Stickstoffdüngung zulässig.
- Auf den verbleibenden 10 % des Schlages muss eine Brache angelegt werden (gemäß der Maßnahme „Grünbrache“).
- *Prämie: 120 €/ha*
- **Kombinierbar mit: A2, A4**

Ackerbauliche Maßnahme 8 (A8): Verzicht auf chemisch-synthetische PSM und Mineraldünger

- Der generelle Einsatz von Mineraldüngern aus dem konventionellen Anbau ist unzulässig.
- Der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.
- *Prämie: 300 €/ha*
- **Kombinierbar mit: A4**

Fläche aus Produktion

Fläche aus Produktion 1 (FAP1): Grünbrache

- Stilllegung von Ackerfläche nach der Ernte der Hauptkultur.
- Eine Pflegemaßnahme (z.B. Mulchen, Mahd) ist ab dem 15.08. des Folgejahres zulässig.
- Eine mineralische und organische Stickstoffdüngung ist unzulässig.
- Der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.
- Beispiel: Eine Anlage der Grünbrache in Form von Ackerrandstreifen ist zulässig
- *Prämie: 750 €/ha*
- **Kombinierbar mit: FAP3**

Fläche aus Produktion 2 (FAP2): Nichtproduktive Flächen

- Zur nichtproduktiven Fläche zählen Landschaftselemente jeglicher Art wie beispielsweise Hecken und Knicks.
- *Keine Prämie aber Beitrag zur Zielerreichung*

Fläche aus Produktion 3 (FAP3): Aufwertung Grünbrache mit Blühmischung

- Im Betrieb existierende Grünbrache kann mit Blühmischung aufgewertet werden
- Die Zusammensetzung der förderfähigen Blühmischungen wird vorgegeben.
- Eine mineralische und organische Stickstoffdüngung ist unzulässig.
- Der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.
- *Prämie: 200 €/ha*

Übergreifende Maßnahmen

Übergreifende Maßnahme 1 (Ü1): Ansäuerung bei Gülleausbringung

- Es muss eine Ansäuerung der Gülle bei der Ausbringung erfolgen.
- Durch die Ansäuerung von Gülle werden die Stickstoffverluste um bis zu 60 % reduziert.
- Referenzmenge: 30 m³/ha
- *Prämie: 30 €/ha*

Übergreifende Maßnahme 2 (Ü2): Fruchtfolgeerweiterung

- Die Maßnahme wird auf der gesamten Netto-Ackerfläche (Netto-Ackerfläche = Brutto-Ackerfläche abzüglich der „Fläche aus Produktion“) durchgeführt.
- Es müssen mindestens 5 unterschiedliche Früchte mit einem minimalen Anbauanteil von 10 % angebaut werden.
- Der Getreideanteil darf maximal 66 % betragen.
- *Prämie: 150 €/ha*

Übergreifende Maßnahme 3 (Ü3): Kleinteilige Landwirtschaft

- Jeder Schlag der laut Sammelantrag eine Größe unter 5 ha aufweist, kann als Maßnahmenfläche eingebracht werden, wenn der eingebrachte Schlag mit festen Landschaftselementen von den benachbarten Schlägen abgetrennt ist.
- Lediglich ein Wechsel der angebauten Hauptkultur ist nicht zulässig.
- Als feste Landschaftselemente gelten: Knicks, Wälder, Feldgehölze, Grünlandstreifen von min. 5m Breite und Gräben.
- *Prämie: 60 €/ha*

Übergreifende Maßnahme 4 (Ü4): Räumlicher Kulturartenwechsel

- Maximale (Teil-)Schlaggröße 10 ha. Auf benachbarten (Teil-)Schlägen müssen verschiedene Hauptfrüchte angebaut werden.
- Als Unterbrechung des Schlages reicht ein Wechsel der Hauptfrucht aus.
- *Prämie: 50 €/ha*

Übergreifende Maßnahme 5 (Ü5): Unbearbeitete Stoppeläcker

- Nach der Ernte verbleiben die Stoppeln unbearbeitet auf der Maßnahmenfläche und überwintern dort.
- Jegliche Stoppelbearbeitung ist unzulässig.
- Eine mineralische und organische Stickstoffdüngung ist unzulässig.
- Der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.
- Nicht nach Mais zulässig.
- *Prämie: 50 €/ha*

Übergreifende Maßnahme 6 (Ü6): Winterbegrünung (z.B. Untersaat, Zwischenfruchtanbau)

- Die eingebrachten Ackerflächen müssen aktiv begrünt werden.
- Als zugelassene Maßnahmen gelten: Untersaaten in einer Hauptkultur und Zwischenfruchtanbau nach einer Hauptkultur.
- Eine mineralische und organische Stickstoffdüngung der *Untersaat* ist nach der Ernte der Hauptfrucht unzulässig.
- Eine Düngung der Zwischenfrüchte mit maximal 30 kg/ha Ammonium-N ist bis zum 01.10. zulässig, sofern die Zwischenfrucht einen Düngebedarf hat.
- *Prämie: 100€/h*

Literaturverzeichnis

- Ahrens, Sandra (2024): Landwirtschaftliche Nutzfläche in Deutschland in den Jahren 1949 bis 2024. Hg. v. Statista. Online verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/206250/umfrage/landwirtschaftliche-nutzflaeche-in-deutschland/>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.
- Bayrisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Bayrisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (2022): Cross-Compliance 2022. Hg. v. Bayrisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bayrisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Online verfügbar unter <https://www.stmelf.bayern.de/foerderung/agrarpolitik/cross-compliance/index.html>, zuletzt geprüft am 26.11.2024.
- Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (2022): Rindermast in Deutschland - Ein Überblick. Online verfügbar unter <https://www.nutztierhaltung.de/rind/mast/>, zuletzt geprüft am 04.12.2024.
- Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (2024): Frauen in der Landwirtschaft. Landwirtinnen: Hofnachfolge und betriebliche Zukunft. Landwirtschaft wird weiblicher - doch gilt das auch für Deutschland? Und wie schätzen Landwirtinnen hierzulande ihre Zukunftsaussichten und die Nachfolge auf dem Betrieb ein? Online verfügbar unter <https://www.praxis-agrar.de/betrieb/betriebsfuehrung/landwirtinnen-hofnachfolge-und-betriebliche-zukunft>, zuletzt geprüft am 04.12.2024.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2014): Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Online verfügbar unter <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-geschichte.html>, zuletzt geprüft am 28.10.2022.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2023): GAP-Strategieplan für die Bundesrepublik Deutschland. Hg. v. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Online verfügbar unter <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-strategieplan.html>, zuletzt geprüft am 26.11.2024.
- Europäische Kommission (2020): Farm to Fork strategy. Europäische Kommission. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/actions-being-taken-eu/farm-fork_de, zuletzt geprüft am 28.10.2022.
- Europäischer Rat (2019a): GAP: Direktzahlungen nach 2013. Hg. v. Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/cap-reform/direct-payments/>, zuletzt geprüft am 26.11.2024.
- Europäischer Rat (2019b): Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013. Hg. v. Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/cap-reform/>, zuletzt geprüft am 26.11.2024.
- Europäischer Rat (2023): Zeitleiste - Geschichte der GAP. Hg. v. Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/cap-introduction/timeline-history-of-cap/>, zuletzt geprüft am 26.11.2024.
- Europäisches Parlament (2015): Ende der Milchquotenregelung. Hg. v. Europäisches Parlament. Online verfügbar unter https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/O-8-2015-000034_DE.html, zuletzt geprüft am 26.11.2024.
- Große Hüttmann, Martin; Wehling, Hans-Georg (Hg.) (2013): Das Europalexikon. Begriffe, Namen, Institutionen. 2., aktualisierte und erw. Aufl. Bonn: Dietz Nachf.

- Heinze, Rolf G.; Bieckmann, Rabea; Kurtenbach, Sebastian; Küchler, Armin (2021): Bauernproteste in Deutschland. Aktuelle Einblicke und politische Verortung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34 (3), S. 360–379. DOI: 10.1515/fjsb-2021-0035.
- Infodienst Landwirtschaft, Ernährung, Ländlicher Raum (2023): Erweiterte Konditionalität. Hg. v. Infodienst Landwirtschaft, Ernährung, Ländlicher Raum. Online verfügbar unter <https://foerderung.landwirtschaft-bw.de/,Lde/Startseite/Agrarpolitik/Konditionalitaet>, zuletzt geprüft am 26.11.2024.
- Kockerols, Konstantin (2024): EU-Kommission plant Radikalkur des GAP-Budgets. Hg. v. Top agrar. Online verfügbar unter <https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/brussel-plant-radikalkur-des-gap-budgets-c-20007560.html>, zuletzt geprüft am 21.11.2024.
- Latacz-Lohmann, U.; Noack, M.; Buhk, J., H. (2021): Green Deal und GAP: Wenn Landwirte nationale Strategiepläne selbst gestalten könnten. Abschlussbericht an die Edmund Rehwinkel-Stiftung.
- Michalczyk, R. (2023): Agrarreform 2023 - ein Überblick. Hg. v. Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen. Online verfügbar unter <https://www.landwirtschaftskammer.de/foerderung/hinweise/agrarreform.htm>, zuletzt geprüft am 26.11.2024.
- Michel-Berger, S. (2023): Umbau Nutztierhaltung. Sonder-AMK beerdigt Borcherd-Kommission. Online verfügbar unter <https://www.agrarheute.com/politik/umbau-nutztierhaltung-sonder-amk-beerdigt-borchert-kommission-606496#:~:text=Die%20Sonder%2DAgrarministerkonferenz%20von%20Bund,Nutztierhaltung%20kaum%20etwas%20erreichen%20wird.,> zuletzt geprüft am 07.06.2023.
- Milchtrends (2024): Entwicklung der Milchproduktion in Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.milchtrends.de/daten-und-fakten/milchproduktion#:~:text=Im%20Durchschnitt%20stehen%20auf%20einem,in%20den%20%E2%80%9Eneuen%E2%80%9C%20Bundesl%C3%A4ndern.,> zuletzt geprüft am 04.12.2024.
- Milicevic, Vera (2023): Die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik: Zahlen und Fakten. Hg. v. Europäisches Parlament. Online verfügbar unter <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/106/die-finanzierung-der-gemeinsamen-agrarpolitik-zahlen-und-fakten>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.
- Schubert, Klaus; Klein, Martina (2021): Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. 8., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn: Dietz.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021): Strukturwandel in der Landwirtschaft hält an. Umstellung auf den Ökolandbau hält an: Anteil der Ökofläche steigt auf 9,6 %. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_028_412.html, zuletzt geprüft am 04.12.2024.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2023): Zahl der Ökobetriebe in der Landwirtschaft zwischen 2020 und 2023 um 10 % gestiegen. Anstieg der ökologischen Wirtschaftsweise sowohl bei der landwirtschaftlichen Nutzfläche als auch in der Tierhaltung. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_136_41.html#:~:text=Der%20Anteil%20der%20%C3%B6kologisch%20bewirtschafteten,%25%20auf%2011%2C2%20%25., zuletzt geprüft am 04.12.2024.
- Taube, F. (2021): Vorschläge der Zukunftskommission Landwirtschaft mit DüV umsetzen: Warum und wie vorübergehend 20 Prozent unter Bedarf in Deutschland düngen - Erläuterung zu BDEW-Gutachten zur DüV 2020. In: *Agrar Europe* 36 (21), S. 1–4.
- Umweltbundesamt (2024): Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen in der europäischen Agrarförderung. Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land->

forstwirtschaft/umweltmassnahmen-im-agrarbereich#umweltschutz-in-der-landwirtschaft,
zuletzt geprüft am 05.12.2024.

Weingarten, Peter (2021): Die Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/umwelt/landwirtschaft/327284/die-entwicklung-der-gemeinsamen-agrarpolitik-der-eu/>, zuletzt geprüft am 22.05.2024.